



1939 | 2009
zum spanischen
bürgerkrieg und
seinen folgen

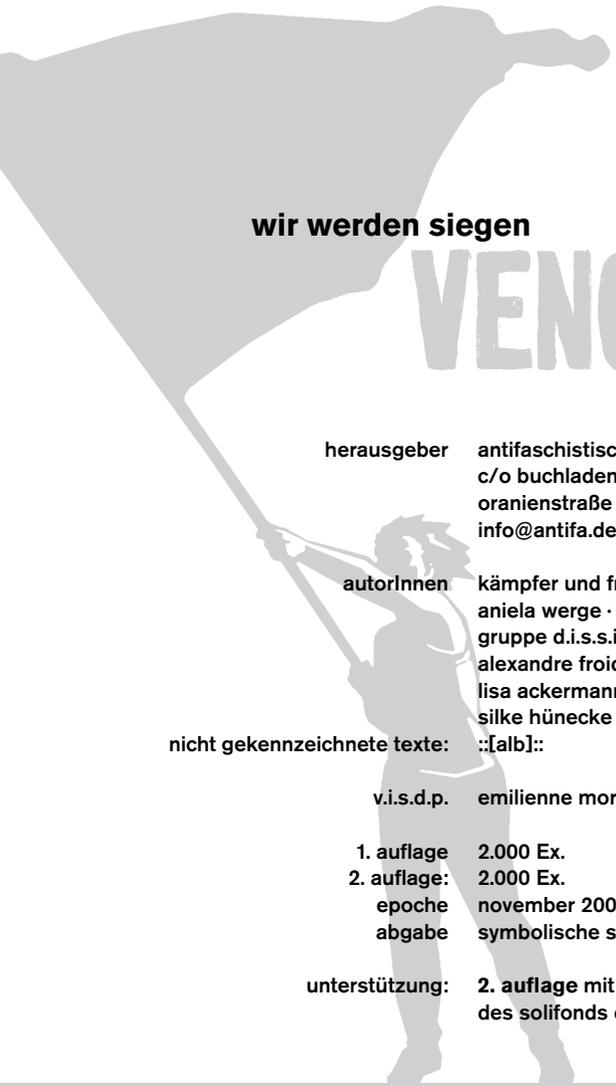
VENCEREMOS

wir werden siegen

resistencia
widerstand eines
jahrhunderts



:: antifaschistische linke berlin [alb] ::



wir werden siegen

VENCEREMOS

herausgeber antifaschistische linke berlin ::[alb]::
c/o buchladen O21
oraniestraße 21 · 10999 berlin
info@antifa.de · www.antifa.de

autorInnen kämpfer und freunde der spanischen republik [KFSR]
aniela werge · hispanistin · leipzig
gruppe d.i.s.s.i.d.e.n.t. · marburg
alexandre froidevaux · historiker/romanist · nürnberg
lisa ackermann · lektorin/übersetzerin · berlin
silke hünecke · politologin · berlin

nicht gekennzeichnete texte: ::[alb]::

v.i.s.d.p. emilienne morin · hans-beimler-str. 36-39 · 16348 wandlitz

1. auflage 2.000 Ex.
2. auflage: 2.000 Ex.
epoche november 2009 · berlin/kreuzberg 36
abgabe symbolische spende von 1 €

unterstützung: 2. auflage mit freundlicher finanzieller unterstützung
des solifonds der hans-böckler-stiftung.

eigentumsvorbehalt Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Broschüre solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird sie nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit Angabe von Gründen zurückzusenden.

dedicatoria este folletín dedicamos a tod@s participantes de la resistencia contra el fascismo en el pasado y en el presente. tenemos el máximo respeto y reverencia. especialmente recordamos con cariño a **david** – amigo y luchador militante.





vorwort · »die erinnerung darf nicht verblassen ...«	5
kampf für eine emanzipatorische gesellschaft	7
militärputsch gegen das aufbegehren	12
die rolle der katholischen kirche	18
mujeres libres	20
franquismus. der beginn dunkler zeiten	24
»wir sind die zukunft ...«	31
die »transición«. zwischen bruch und reform	39
»erinnern, man muss sich erinnern«	47
geschichte wird gemacht	
linke erinnerungspolitik von unten	54
interview xavi sarría [obrint pas]	
»auf eigene faust unsere geschichte aneignen«	62
interview mit josef eisenbauer/spanienkämpfer	
»nicht zu jung, um zu kämpfen«	65
interview mit antonio sanchez/gewerkschafter und	
und ricard vargas/ehemaliges mitglied der MIL	
»lebenslanger kampf«	68
zu empar salvador/präsidentin des forums	
für die erinnerung der region valencia	
»die wunden wurden nie geschlossen«	71
auch ein verlorener kampf ist nicht vergebens. [alb]	76
glossar	78
literaturliste	86

INDICE

inhaltsverzeichnis



straßenkampf gegen putschende militärs
barcelona · 1936

»die erinnerung darf nicht verblassen und die geschichte darf nicht verfälscht werden«

venceremos

5

Der Kampf des spanischen Volkes gegen die franquistischen Putschisten und ihre ausländischen Helfer, insbesondere aus Deutschland und Italien, wird auch in Zukunft nicht nur für Historiker interessant und wichtig bleiben.

Die Gründe dafür sind der ungleiche Kampf des spanischen Volkes gegen die Putschisten, die weltweite internationale Solidarität für die spanische Republik, die ihren sichtbarsten Ausdruck in der Bildung der internationalen Brigaden hatte, die Problematik des Verhältnisses der linken Organisationen in Spanien während der II. Spanischen Republik zueinander, die unterschiedliche Darstellung der Gründe für die Niederlage der Spanischen Republik, der für das spanische Volk durch die Franco-Diktatur opferreiche Epoche, die fehlende Aufarbeitung der Geschichte in den 20 Jahren nach der Franco-Diktatur und die heutigen vielseitigen Initiativen in Spanien, die die Geschichte des Krieges und seiner Folgen aufarbeiten.

Bei der Darstellung der Geschichte der II. Spanischen Republik und des Kampfes gegen die Putschisten muss immer im Mittelpunkt stehen, dass es das spanische Volk war, das die Hauptlast des Kampfes trug und damit auch die höchsten Opfer brachte. Es waren die Arbeitermilizen der Gewerkschaften, die sich den Putschisten teilweise ohne Waffen in den Weg stellten und sich die Waffen für den Kampf eroberten. Und dabei kämpften anarchistische Milizen Seite an Seite mit Sozialisten und Kommunisten und den zur Republik stehenden militärischen Einheiten.

Selbst in den Internationalen Brigaden kämpften in Verlauf des Krieges immer mehr Spanier, da der »Nachschub« an internationalen Antifaschisten zunehmend geringer wurde – insbesondere, weil die Internationalen Brigaden an den Brennpunkten des Krieges eingesetzt wurden und dementsprechend die Verluste sehr hoch waren.

Es muss aber auch sehr deutlich gesagt werden, dass die unterschiedlichen politischen Auffassungen und die daraus teilweise resultierend sich widersprechenden Entscheidungen einem erfolgreichen Kampf nicht

vorwort

PRÓLOGO

**Kämpfer und Freunde
der Spanischen Republik
1936-1939 e.V. [KFSR]**

www.spanienkaempfer.de

Die Erinnerung darf nicht verblassen und die Geschichte darf nicht verfälscht werden, das sind zwei der Ziele, die sich unser Verein u.a. gesetzt hat. Aus einer Arbeitsgruppe des VVN/BdA zur Unterstützung von Aktivitäten der Spanienkämpfer, die im damaligen Interessenverband der Verfolgten des Naziregimes [IVVdN] organisiert waren, wurde in den vergangenen zwölf Jahren ein Verein, dessen Mitglieder im heutigen Deutschland maßgeblich an der Aufarbeitung des Anteils deutscher Antifa-

gerade förderlich waren. Die sektiererischen Haltungen sowohl der Kommunisten als auch der Anarchisten wirken bis in die heutige Zeit. Sehr deutlich wurden die Verluste des spanischen Volkes nach dem Krieg. Die Wirtschaft war auf den Stand



19. Juli 1936
barrikaden in
barcelona

zu Anfang das 20. Jahrhunderts zurückgefallen, der größte Teil der Künstler und der Intelligenz war ins Exil gegangen, 500.000 Flüchtlinge waren in französischen Lagern und die Franco-Diktatur forderte weitere große Opfer insbesondere unter den Linken.

*Harald Wittstock
Kämpfer und Freunde der Spanischen Republik 1936-1939*

schisten am Kampf der II. Spanischen Republik gegen die spanischen Putschisten und ihre internationalen Helfer beteiligt sind.

Seitdem die deutschen Spanienkämpfer 1997 die Fahne der XI. Internationalen Brigade als Staffstab an unseren Verein übergeben haben, steht er bei Problemen, Aktivitäten und Veranstaltungen, die im Zusammenhang mit dem Kampf in Spanien im heutigen Deutschland stehen, zunehmend in der Verantwortung.

Hauptaufgabe des Vereins ist es, die Geschichte des Kampfes in Spanien und seiner Kämpfer so aufzuarbeiten, dass Menschen, die bisher kei-

ne, wenig oder einseitige Kenntnisse über diese unvergessliche Solidaritätsaktion haben, sich dafür interessieren. Es gilt, die Lehren aus der Geschichte für den Kampf gegen den heutigen Faschismus, für Frieden und Solidarität, zu ziehen und zu vermitteln.

Dazu wurden in den vergangenen Jahren Reisen nach Spanien, vielfältige Veranstaltungen und Veröffentlichungen genutzt. Im Mittelpunkt standen dabei die Veranstaltungen, an denen die Zeitzeugen aktiv teilnahmen. Dazu gehörten sowohl die Reisen zu Jubiläumsveranstaltungen in Spanien, die Jahrestreffen des Vereins und die viertel-

kampf für eine emanzipatorische gesellschaft

Am 14. April 1931 wurde in Spanien die Monarchie für abgeschafft erklärt, die Republik ausgerufen und eine Koalition aus Sozialisten und Republikanern übernahm die Regierung. Die Diktatur Miguel Primo de Riveras, getragen von der Oligarchie und dem Bürgertum, hatte sich als ineffizient erwiesen. »La niña bonita«, das schöne Mädchen, wie die Republik ob des unblutigen Übergangs zur demokratischen Staatsform genannt wurde, trat das schwierige Erbe eines zutiefst gespaltenen Landes an. Weite Teile des städtischen, vor allem aber des ländlichen Proletariats lebten in bitterer Armut. Ursache hierfür war Spaniens archaische Agrarstruktur, die von nahezu feudalen Verhältnissen geprägt war und den Kern für einen sozialen Konflikt enormer Sprengkraft in sich barg.

Ein weiteres Problem stellte das Verhältnis zwischen bewaffneter Macht und Staat dar; der Einfluss des Militärs auf die Politik war gewaltig; seit dem 19. Jahrhundert zeichnete fast immer die Armee verantwortlich für die häufigen Regierungswechsel. Auch die katholische Kirche nahm eine Sonderstellung ein. In Spanien hatte bis zu diesem Zeitpunkt noch keine Säkularisierung stattgefunden. So beherrschte die katholische Kirche von einigen Ausnahmen – wie der 1876 von liberalen Intellektuellen gegründeten Institución Libre de Enseñanza – abgesehen, nicht zuletzt den gesamten Bildungsbereich. Darüber hinaus war das Verhältnis zwischen ausgebeuteter, verarmter Bevölkerung und katholischer Kirche seit dem Ende des 19. Jahrhunderts mehr als angespannt. Die Mitglieder des Hohen Klerus, die zu den größten Grundbesitzern und den einflussreichsten Personen im Bankensektor gehörten, waren in den Augen der ArbeiterInnenklasse enge Verbündete der jeweils herrschenden Ausbeutenden.

Die Regierungskoalition unter Ministerpräsident Manuel Azaña ging in der ersten Phase der Republik, dem »bienio de reformas« [Doppeljahr der Reformen] verschiedene Probleme an. Die größte Herausforderung aber, die überfällige Agrarreform, wurde nur zögerlich und halbherzig angegangen. Grund hierfür

venceremos

7

Aniela Werge
Hispanistin
Leipzig

kampf um eine emanzipatorische gesellschaft

LUCHA EMANCIPATORIA

jährlichen Spanientreffs, auf denen sich nicht nur mit der Geschichte, sondern auch mit aktuellen politischen Ereignissen und Entwicklungen beschäftigt wurde.

Ergebnis der Vereinsarbeit sind u.a. drei Bücher zum Spanienkrieg, die unter aktiver Mitarbeit von Vereinsmitgliedern erschienen sind. Aber auch Filmprojekte, Rundfunkbeiträge, Konferenzen in Deutschland und im europäischen Ausland, wissenschaftliche Arbeiten von Studenten u.a. wurden aktiv unterstützt.

Unser Verein unterhält vielfältige Kontakte in viele Länder Europas und Amerikas zu Einzelpersonen

und zu Organisationen, die sich ebenfalls mit dem Spanienkrieg beschäftigen. Aus diesen Kontakten sind Freundschaften und gemeinsame Aktionen und Veranstaltungen hervorgegangen.

Wie wichtig die Beschäftigung mit diesem Thema ist, kann man an Ereignissen der jüngsten Vergangenheit in Deutschland sehen.

- Der damalige Außenminister Fischer stellte die am Jugoslawienkrieg beteiligten deutschen Soldaten in die Traditionslinie der Internationalen Brigaden. Unser Verein protestierte mit einem offenen Brief gegen diesen Vergleich.

waren die Befindlichkeiten des rechtskonservativen, katholisch-traditionalistischen Lagers. So war für die verarmten Schichten wenig zu spüren von den reformerischen Bemühungen der Regierung. Die grundbesitzenden Oligarchen aber sahen ihre säkularen Rechte trotzdem in Gefahr und entzogen der Republik ihre ohnehin zweifelhafte Unterstützung.

Der Großteil der LandarbeiterInnen, bereits seit dem späten 19. Jahrhundert dem Christentum entfremdet und von anarchistischen Ideen durchdrungen, war seit ihrer Gründung 1910 in der CNT [Confederación Nacional del Trabajo] organisiert. Diese anarcho-syndikalistische Gewerkschaft zählte Anfang der 1930er Jahre etwa 1,5 Millionen Mitglieder und hatte somit gewaltiges politisches Gewicht.

Ähnlich wie die weltlichen Granden [höchster Adelstitel] wandte sich auch die katholische Kirche bald von der Republik ab, als die Regierung Azaña ihr Vorhaben umsetzte, Spanien in einen laizistischen Staat [Zivilehe, Nationalisierung des Kirchenbesitzes...] zu verwandeln. Die viel zitierte Äußerung des Ministerpräsidenten im Oktober 1931, Spanien habe »aufgehört katholisch zu sein«, wurde außerdem von einem nicht unbeträchtlichen Teil gläubiger SpanierInnen als unzumutbare Diskriminierung empfunden und löste die erste Regierungskrise der jungen Republik aus.

Kein hungriges Zögern

Durch die zögerliche Umsetzung der beschlossenen Reformen nahmen mancherorts die hungrigen Massen mit dem Mut der Verzweiflung selbst die von der Regierung nicht durchgesetzten Enteignungen vor und proklamierten einen libertären Kommunismus. Mit der Verfolgung der AnarchistInnen bzw. der »Klärung« solcher Krisen beauftragte die Regierung die Guardia Civil bzw. die neu gegründete Guardia de Asalto [Sturmgarde, Oberbefehlshaber General Mola], die Versuche von Selbstverwaltung mit äußerster Härte unterdrückten. Ein dramatisches Beispiel bilden die Geschehnisse in Casas Viejas, einem kleinen Dorf in einem der ärmsten Landstriche Andalusiens im Januar 1933. Das Eingreifen der *guardistas* führte zu 21 Toten, darunter zwölf ohne Gerichtsverhandlung erschossene, zwei von ihnen Kinder. Die Vorkommnisse in Casas Viejas lösten einen Sturm der Entzündung und eine das ganze Land erfassende Streikwelle aus. Im Parlament wurde zwar die Bildung einer Untersuchungskommission beschlossen, nichtsdestotrotz

- Eine Bundeswehreinheit trug den Namen eines aktiven Teilnehmers der Legion Condor, die auf der Seite der Putschisten gegen die Spanische Republik kämpfte. Unser Verein wurde aktiv bei der erfolgreichen Aktion zur Umbenennung dieser Einheit.
- Die Ablehnung einer Würdigung der antifaschistischen deutschen Teilnehmer am Spanienkrieg durch das offizielle Deutschland. Unser Verein organisierte gemeinsam mit der Linkspartei eine Debatte im deutschen Bundestag anlässlich des 70. Jahrestages der Bildung der Internationalen Brigaden.

Auch in Zukunft wird unser Verein die Ziele, die in seiner Satzung fixiert sind, intensiv verfolgen. Dabei ist er für jede Unterstützung sowohl personeller als auch materieller Art dankbar.

Salud!

Harald Wittstock [KFSR]

war die Regierung Azaña politisch am Ende, da öffentlich geworden war, dass Azaña das Vorgehen der Gardisten gebilligt und explizit »auf den Bauch« hatte schießen lassen.

Letztlich wurde deutlich, dass Azaña und weitere Angehörige des »aufgeklärten« Bürgertums herablassend auf die Arbeiterschaft blickten und deren prekäre Lebensumstände nicht anerkannten. Azaña verkündete bspw. grundsätzlich »keine Klassenkampfpolitik« betreiben zu wollen und hielt beruhigt Ende 1931 in seinem Tagebuch fest: »Auch die Reichen sind froh.«

Es wurden mehrere repressive Gesetze verabschiedet, die gegen AnarchosyndikalistInnen, LinkssozialistInnen und MarxistInnen gerichtet waren und jeden revolutionären Funken im Keim ersticken sollten. Hier stachen besonders das »Gesetz zur Verteidigung der Republik« und das »Gesetz über Faulenzer und Delinquenten« hervor. Bei letzterem handelte es sich um eine juristische Finte, um unbequeme erwerbslose ArbeiterInnen – insbesondere AktivistInnen aus den Reihen der CNT – willkürlich verhaften und kriminalisieren zu können. In einem solchen Klima wundert es wenig, dass Ministerpräsident und Innenminister über weite Strecken mittels Ausnahmegesetzen regierten.

Die Wahlen im November 1933 läuteten mit dem Sieg des rechten Parteienbündnisses CEDA [Confederación española de Derechas autónomas, Spanische Föderation der unabhängigen Rechten] das »bienio negro«, das schwarze Doppelpaar ein. Die Mitglieder dieser neuen, reaktionären Regierung zeichneten sich durch einen aggressiven Konservatismus aus und hegten offenkundig Bewunderung für die austrofaschistische Diktatur Dollfuss'. Auch ihr faschistischer Sprachgebrauch sowie das militant-aggressive Auftreten der Parteijugend versetzten die progressiven Kräfte im Land in höchste Alarmbereitschaft.

Wie die Wahlkampagne der Rechten bereits hatte erahnen lassen, bedeutete der Sieg der CEDA nicht nur eine Paralisierung der Reformen, vielmehr wurden die wenigen bis dahin realisierten Veränderungen zurückgenommen. Die traditionellen Eliten, Landoligarchie, Kirche und Heer ließen die ArbeiterInnen in Stadt und Land spüren, dass der Wind gedreht hatte; die sozial-politischen Spannungen verschärften sich dramatisch. Schwere Unruhen und häufige Kabinettskrisen waren die Folge. Die Organisationen der Linken bereiteten sich zunehmend

Durruti starb am 20. November 1936 durch eine Kugel. Kurz zuvor war er mit der 4.000 Milizionäre zählenden »Kolonne Durruti« der von RepublikanerInnen, KommunistInnen und InterbrigadistInnen gehaltenen Stadt Madrid zur Hilfe geeilt. Um die Figur Durrutis rangensich zahlreiche Geschichten, vor allem was seinen Tod betrifft. Von einem versehentlich gelösten Schuss aus seiner eigenen Waffe, über einen Mord durch stalinistische Agenten bis zu franquistischen Scharfschützen reichen die Spekulationen.

Kein Zweifel besteht jedoch daran, dass Durruti Zeit seines Lebens ein überzeugter Revolutionär der Tat und Anarchist war. Seit seinem 14. Lebensjahr musste Durruti hart arbeiten. Er beteiligte sich am von der UGT durchgeführten Streik 1917, der von der Armee blutig niedergeschlagen wurde. Dieses Ereignis prägte den erst 21-jährigen Durruti nicht nur, sondern trieb ihn auch nach Paris ins Exil. 1920 nach Barcelona zurückgekehrt, gründete er Arbeiter-Selbstverteidigungsgruppen. 1923 musste er wieder nach



**Buenaventura
Durruti**

* 14.7.1896 · León
† 20.11.1936 · Madrid

venceremos

10

19./20. Juli 1936
barrikaden auf der
»plaza de chicago«
in barcelona

darauf vor, im Notfall auch bewaffnet Widerstand zu leisten gegen die von ihnen in ihrem Wesen als faschistisch charakterisierte Regierung. Selbst die Sozialisten aus UGT und PSOE, deren linker Flügel sich unter Francisco Largo Caballero nach der Casas-Viejas-Affäre schrittweise radikalisiert hatte, fühlten sich von der zunehmenden Faschisierung bedroht und riefen zur Revolution auf. Daraufhin kämpften in Asturien im Oktober 1934 70.000 sozialistische, anarchistische und kommunistische ArbeiterInnen Seite an Seite fünf Wochen lang gegen die Armee. Die Repression gegen die Aufständischen war unerbittlich. 4.000 ArbeiterInnen



Paris ins Exil, nachdem Diktator Miguel Primo de Rivera an die Macht kam. Als Arbeiter bei Renault fanden Buenaventura Durruti, Francisco Ascaso und Juan Garcia Oliver zusammen, die später als »schwarzes Kleeblatt« bezeichnet wurden.

Diese standen zu Beginn des spanischen Bürgerkrieges symbolisch für den entschlossenen, militant-bewaffneten Widerstand der einfachen Bevölkerung.

Nach zahlreichen Aktionen [Banküberfälle, Streiks und Tötungen von reaktionären Vertretern der Macht] standen sie auf den Fahndungslisten in Spanien, Frankreich und Südamerika.

Als Durruti sich 1924 nach Kuba begeben wollte, landete er ein Jahr im Gefängnis in Paris. Von dort sollte er nach Argentinien ausgeliefert werden, wo ein Todesurteil auf ihn wartete. Öffentlicher Druck verhinderte seine Auslieferung. 1928 in Deutschland, wurde er auch dort ausgewiesen, bekam aber 1930 politisches Asyl in Belgien.

Als 1931 die II. Spanische Republik ausgerufen wurde, ging Durruti nach Spanien, wurde bereits im Februar 1932 mit 104 GenossInnen nach Spanisch-Sahara deportiert. Er konnte jedoch im November 1932 nach einem Generalstreik der CNT nach Spanien zurückkehren.

wurden getötet, tausende kamen ins Gefängnis. Vor den Volksfrontwahlen vom Februar 1936 befanden sich allein 30.000 AnarchosyndikalistInnen in Haft. Auch in Katalonien hatte man sich gegen die Zentralregierung erhoben, da den katalanischen Nationalisten jedoch die Unterstützung der CNT fehlte, brach die Erhebung dort binnen weniger Stunden zusammen. Die asturisch-katalanische »Oktoberrevolution« machte deutlich, dass die linken Organisationen zusammen agieren mussten, wollten sie erfolgreich sein.

Kampf und Wahlsieg

So kam es am 15. Januar zur Bildung der Frente Popular. Das linke Wahlbündnis umfasste im Wesentlichen die gemäßigten Republikaner der Izquierda Republicana [Republikanische Linke] und der Unión Republicana, die SozialistInnen der PSOE und der UGT, die KommunistInnen der PCE sowie die LinkskommunistInnen der POUM. Unterstützt wurde die Volksfront außerdem von der katalanischen ERC [Esquerra Republicana de Catalunya, Republikanische Linke Kataloniens] sowie den AnarchistInnen von CNT/FAI; Letztere verzichteten auf einen Aufruf zum Wahlboykott.

Nach dem Wahlsieg der Frente Popular am 16. Februar 1936 und der damit verbundenen erneuten Inkraftsetzung der Agrarreform sowie durch die revolutionären Bewegungen auf dem Land wurde den Großgrundbesitzern und Großindustriellen bewusst, dass sie nicht nur die politische Macht verloren hatten, sondern auch Gefahr liefen, die wirtschaftliche und soziale Macht zu verlieren. Da das parlamentarische System den traditionellen Eliten keine Möglichkeiten zur Bewahrung ihrer privilegierten Position an die Hand gab, waren sie bald über eine gewaltsame »Lösung des republikanischen Problems« einig. Schon im Vorfeld der Februarwahlen hatte es für den Fall eines Wahlsieges der Linken Gespräche zwischen der CEDA und dem Militär gegeben. Die Regierung wusste um die konspirative Tätigkeit diverser hoher Militärs, unterschätzte aber offensichtlich den Ernst der Lage. Trotz eindringlicher Warnungen seitens der CNT, der Sozialisten um Largo Caballero oder auch des Präsidenten der katalanischen Regierung, Lluís Companys, begnügte sie sich mit der Versetzung einzelner Generäle in abgelegene Garnisonen. Im Kern fürchtete man in Madrid wohl aber eher sozial-revolutionäre Umtriebe der Linken als das konspirative Treiben der traditionellen Eliten. ▲

Aufgrund politischer Veränderungen rückten die CNT und die FAI näher zusammen. Durruti selbst war einer der Köpfe der jungen FAI.

Als 1936 die Linke in Spanien die Wahlen gewannen, kam es zu einem bewaffneten Aufstand in Barcelona. Mit dem Sieg der CNT/FAI kam es zu einer bisher in der Geschichte Europas einmaligen anarcho-syndikalistischen Regierung der Selbstverwaltung.

»Unser Anliegen ist es, den Faschismus ein für allemal zu zerstören. Und das ungeachtet der Regierung. Keine Regierung der Welt bekämpft Faschismus bis zum Tod. Wenn die Bourgeoisie

sieht, daß ihnen ihre Macht entgleitet, greift sie auf den Faschismus zurück, um sie zu erhalten. Die liberale Regierung Spaniens hätte die faschistischen Elemente schon längst unschädlich machen können. Stattdessen hat man sich zusammengetan und ist Kompromisse eingegangen. Auch jetzt noch gibt es Leute in der Regierung, die mit den Rebellen schonend umgehen wollen [bzw. ihnen entgegenkommen wollen].« [...] *»Man kann ja nie so genau sagen, wissen Sie, ob sie sie nicht noch brauchen könnten, um die Arbeiterbewegung zu zerschlagen... Wir wissen was wir wollen. Es hat für uns keinerlei Bedeutung,*

militärputsch gegen das

aufbegehren

venceremos

12

Aniela Werge
Hispanistin
Leipzig

Am 17. Juli 1936 schließlich bestätigten sich alle Befürchtungen und es kam ausgehend von Melilla [Spanisch-Marokko] zum Militärputsch unter den Generälen Sanjurjo, Goded, Franco, Mola und Queipo de Llano. Drei von ihnen waren zuvor »sicherheitshalber« versetzt worden. Binnen zwei Tagen hatte der Putsch ganz Spanien erfasst. Insbesondere im Süden der iberischen Halbinsel, in der kastilischen Hochebene und im Nordwesten war der Putsch erfolgreich. Franco gelang es, die Fremdenlegion und die marokkanischen Söldner [insgesamt 34.000 Soldaten] nach Andalusien transportieren zu lassen und so sahen sich die Anhänger der Republik in diesem Teil des Landes mit einer erdrückenden Übermacht konfrontiert.

Hinter den Militärs standen auch reaktionäre Karlisten; hier insbesondere bewaffnete Formationen der Requetés, Monarchisten – Alphons XIII bspw. unterstützte den Putsch aus dem Exil in Paris –, Katholiken sowie die von José Antonio Primo de Rivera gegründete faschistische Falange. Außerdem wurden Putschisten wenig später vom faschistischen Deutschland, von Italien und Portugal militärisch unterstützt.

Was die Aufständischen »verteidigten« war unter anderem die Verewigung der politischen und ökonomischen Macht der latifundistas [Großgrundbesitzer] in Andalusien, der Estremadura, in Kastilien und Aragón. Diese fürchteten die Enteignung ihrer riesigen Ländereien, denn die Volksfrontregierung war diesmal tatsächlich im Begriff, eine umfassende Agrarreform in die Wege zu leiten.

Die Formierung des Widerstands

Glücklicherweise bewiesen in dieser Situation AnarchistInnen, SozialistInnen und KommunistInnen politische Weitsicht. So hatte die CNT bereits Monate vor dem Putsch in den Kasernen geheime antimilitaristische Komitees gebildet, um sich Informationen über die politische Gesinnung und das Tun der Offiziere zu verschaffen. In den ersten Tagen unterschätzte die amtierende Volksfrontregierung noch immer die Tragweite des Putsches und weigerte sich, die ArbeiterInnen zu

der militärputsch

EL GOLPE MILITAR

daß es da irgendwo eine Sowjetunion gibt, die unter Stalin zur Wahrung ihres Friedens und ihrer Ruhe die Arbeiter Deutschlands und Chinas an die faschistischen Barbaren geopfert hat. Wir wollen eine Revolution hier in Spanien, genau jetzt, und nicht etwa nach dem nächsten europäischen Krieg. Wir bereiten Hitler und Mussolini weitaus mehr Sorgen als die ganze Rote Armee Rußlands. Wir geben der deutschen und italienischen arbeitenden Klasse ein Beispiel dafür, wie man mit Faschismus umzugehen hat.«

Noch vor seinem Tod im Juli 1936 war Durruti mit seiner 1.000 Milizionäre zählenden Kolonne an der Befreiung Zaragozas (Aragonien) beteiligt. Danach wuchsen die Verbände der Milizionäre auf bis zu 8.000 kämpfende Männer und Frauen an, die Mehrzahl von ihnen AnarchistInnen und CNT-Mitglieder.

bewaffnen. Stattdessen versuchte sie zunächst mit den Putschisten zu verhandeln. In den meisten Großstädten und wichtigsten Industriezentren waren es große Teile der Bevölkerung – zumeist einfache ArbeiterInnen –, die mit ihrer Entschlossenheit [vorerst] das Schlimmste verhinderten. Die CNT rief am 18. Juli 1936 zum Generalstreik auf. Tausende ArbeiterInnen strömten auf die Straßen – allein ihre physische Präsenz lähmte die Initiative der Verschwörer. Kasernen wurden rechtzeitig von bewaffneten ArbeiterInnen sowie Mitgliedern der Guardia Civil und der Guardia de Asalto umstellt, manchmal auch gestürmt. In einigen Kasernen kämpften Mannschaften und republikanische Offiziere gemeinsam gegen die Putschisten.

In Madrid waren bereits am Morgen des 19. Juli 1936 die Straßen und strategischen Punkte weitgehend unter der Kontrolle der ArbeiterInnenmilizen. Die Kirchen der Stadt und andere religiöse Einrichtungen wurden in Brand gesetzt. ArbeiterInnen lieferten sich Gefechte mit Falangisten und anderen Parteigängern der Verschwörer. Seit dem frühen Nachmittag des 19. Juli 1936 war José Giral neuer Ministerpräsident der Republik. Er erklärte sich endlich bereit, dem Volk Waffen auszuhändigen. Bereits am 18. Juli hatte der Chef des Artillerieparks, Oberstleutnant Rodrigo Gil, 5.000 Gewehre an das sozialistische Volkshaus geliefert. Außerdem stürmten am Nachmittag des 19. Juli ArbeiterInnen die Waffengeschäfte der Stadt.

Der entscheidende Kampf um Madrid aber fand am 20. Juli 1936 statt. Dort belagerte eine große, allerdings schlecht bewaffnete Menschenmenge die Montaña-Kaserne, in der sich etwa 1.400 Putschisten versammelt hatten. Unter den kämpfenden RepublikanerInnen waren viele Frauen. Massive Maschinengewehrsalven mähten all diejenigen nieder, die sich den Mauern der Kaserne näherten. Erst die Bombardierung der Kaserne durch die republiktreue Luftwaffe veranlasste die Mannschaften, ihre Offiziere aufzufordern, sich zu ergeben. Die meisten Soldaten verbündeten sich mit den MilizionärInnen. Die Mehrheit der Offiziere sowie 55 Falangisten wurden erschossen. Der Rest der in Madrid befindlichen Putschisten ergab sich nach der Eroberung der Montaña-Kaserne kampflös.

In Barcelona war die CNT die stärkste Kraft. Ihre Mitglieder hatten bereits in den Wochen vor der »nationalen Erhebung« Verteidigungs- und Stadtteilkomitees gebildet. In den letzten Tagen glichen die Gewerkschaftslokale militärischen

Einer der Schlachtrufe des Spanischen Bürgerkrieges auf Seiten der republikanisch Kämpfenden war das **«¡no pasaran!»** [»Sie werden nicht durchkommen!«]; ein Aufruf, den **Dolores Ibárruri** im Herbst 1936 in einer leidenschaftlichen Rede zur Mobilisierung zur Verteidigung Madrids den franquistischen Truppen entgegenhielt. Er wurde zum geflügelten Wort. Gerade die Fähigkeit, mit Reden große Teile der einfachen Bevölkerung für die Idee der Befreiung zu begeistern, machte Dolores Ibárruri zu einer der

bedeutendsten und beliebtesten Figuren des Spanischen Bürgerkrieges.

Auch als sie nach 38 Jahren Exil [Sowjetunion/Tschechoslowakei] 1977 nach Spanien zurückkehrte und als Abgeordnete der PCE wieder ins Parlament in Asturien gewählt wurde, war die über 80-jährige weiterhin aktiv.

Ihr frühes Leben war gezeichnet durch extreme Armut, sie verlor vier ihrer sechs Kinder durch Hunger und Elend. Bereits 1917 trat sie der PSOE im Alter von 22 Jahren bei. 1920 wurde sie in das



**Dolores
Ibárruri**

* 9.12.1895 · Gallarta
† 12.11.1989 · Madrid

Rekrutierungsbüros. Es wurden Kampfeinheiten organisiert, Kolonnen zur Errichtung von Barrikaden gebildet und nach Möglichkeit Waffen verteilt. Außerdem traf ein Generalstreikkomitee Vorbereitungen für eine vollständige Arbeitsniederlegung. Am 19. Juli 1936 heulten die Sirenen der Fabriken, das vereinbarte Signal für den Beginn des Kampfes. Die Putschisten gerieten bald in die Defensive, zumal viele Soldaten zu den ArbeiterInnen überliefen. Obgleich die schlecht bewaffneten MilizionärInnen hohe Verluste erlitten, eroberten sie im Laufe des Tages alle Kaser-



ende 1936
milizionäre
im umland
von madrid

nen. Rückblickend wird berichtet, dass die ArbeiterInnen in Barcelona nur siegten, weil sie sich mit dem Mut und der Wut der Unterdrückten und ohne Rücksicht auf ihr eigenes Leben dem Maschinengewehrfeuer entgegenstellten. Die Fakten sprechen einmal mehr für die antiautoritäre Gesinnung, den Widerstandsgeist, die Selbstachtung und den ausgeprägten Sinn für Gleichheit, der die spanischen An-

Provinzkomitee der baskischen Kommunistischen Partei gewählt und war anschließend Mitbegründerin der Kommunistischen Partei Asturiens. Sie arbeitete als Redakteurin unter dem Pseudonym »La Pasionaria« [»Die Passionsblume/Die Leidenschaftliche«]. Als sie 1930 in das Politbüro der PCE gewählt wurde, zog sie nach Madrid. 1933 wurde sie in die Kommunistische Internationale gewählt und nahm 1934 als Vorsitzende der Frauenkommission der PCE am Weltfrauenkongress in Paris teil. Ab 1936 beteiligte sie sich aktiv an der Mobilisierung auf Seiten der republikanisch-antifaschistischen Front und hatte großen Anteil

an der Einbeziehung vieler Frauen im Spanischen Bürgerkrieg. Sätze wie »*Lieber stehend sterben als auf Knien leben!*« gehen auf sie zurück.

Obwohl Dolores Ibárruri eine sehr linientreue Parteikommunistin war, hielt sie sich doch aus den internen Machtkämpfen heraus.

Noch 1937 wurde sie Vizepräsidentin der Cortes [Spanisches Parlament] und kurz darauf Präsidentin, was aber dennoch nicht verhindern konnte, dass sie 1939 politisches Asyl in der Sowjetunion beantragen und emigrieren musste. Vor ihrer eigenen Flucht hatte sie zahlreichen [verfolgten] Familien die Flucht in die Sowjetunion ermöglicht.

archistInnen auszeichnete. Außerdem kamen ihnen die in diversen Auseinandersetzungen der Vorjahre gesammelten Erfahrungen zugute. Ihre Guerillataktik war den meist geschlossenen Formationen der Putschisten an mancher Stelle überlegen, da sie sich durch Flexibilität und Improvisationsfähigkeit auszeichnete.

Unmittelbar nach der Niederschlagung des Putsches leitete das Regionalkomitee der CNT verschiedene Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Armen ein. So wurden bspw. Volksküchen eingerichtet und die Straßenbahnen nahmen den Betrieb wieder auf, waren nun aber kostenlos.

Ende Juli wurde das Zentralkomitee der antifaschistischen Milizen gegründet, um die durch den Staatsstreich entstandenen Probleme in den Griff zu bekommen und den bewaffneten Kampf gegen die Putschisten auch außerhalb Barcelonas zu organisieren. Innerhalb des Komitees hatten alle beteiligten Parteien und Gruppierungen die gleiche Anzahl von Posten, obwohl die CNT eindeutig die stärkste Kraft darstellte – sowohl Mitgliederzahlen betreffend als auch in Bezug auf ihre Aktionsfähigkeit. Die katalanischen AnarchistInnen hatten sich mehrheitlich für eine Zusammenarbeit mit anderen Organisationen entschieden.

In Barcelona hatten sich innerhalb weniger Tage 150.000 Freiwillige zu den Milizen gemeldet. Man hatte bei weitem nicht genug Waffen für alle. Nach der Befreiung Kataloniens setzten sich dennoch sofort mehrere Kolonnen von MilizionärInnen unter dem Kommando von Durruti, Ascaso und Ortiz in Bewegung, um dem benachbarten Aragón zu Hilfe zu eilen. In kurzer Zeit befreiten die Einheiten, in denen AnarchistInnen, POUM-Mitglieder, SozialistInnen und KommunistInnen gemeinsam kämpften, viele Kleinstädte und Dörfer, in denen dann unmittelbar Kollektivwirtschaft organisiert wurde. Die MilizionärInnen gelangten bis 30 Kilometer vor Zaragoza, aufgrund unzureichender Bewaffnung konnte den Putschisten die aragonesische Hauptstadt aber nicht entrissen werden.

Im Süden Spaniens war die Lage der ArbeiterInnen quasi hoffnungslos. Zwar stießen die aufständischen Militärs besonders in den Arbeitervierteln von Sevilla, Cádiz, Granada, Córdoba oder Málaga auf heftigen Widerstand, mit Hilfe der aus Marokko anrückenden Truppenteile wurden die republiktreuen ArbeiterInnen aber binnen weniger Tage besiegt. In der Folge kam es überall zu Massenerschießungen.

1942 wurde sie Generalsekretärin der PCE im Exil und noch im gleichen Jahr fiel ihr einziger Sohn in der Schlacht um Stalingrad gegen die faschistischen deutschen Truppen.

Ende der 1960er Jahre wandte Dolores Ibarruri sich mehr und mehr vom Stalinismus ab, was sich unter anderem in der Kritik gegenüber der Sowjetunion bezüglich des »Prager Frühling« äußerte. In den 1970ern gehörte sie zu den BefürworterInnen des »Eurokommunismus«.

Sie starb mit 93 Jahren in Madrid.

Die Kollektivierung der Wirtschaft

Die ArbeiterInnen in Stadt und Land gaben sich nicht damit zufrieden, die Republik unter Einsatz ihres Lebens zu verteidigen, sondern antworteten auf den Putsch mit einer tiefgreifenden Sozialrevolution. Durch die Vergesellschaftung der Industrie, der Landwirtschaft, des Handwerks und des Dienstleistungsbereichs wollten sie eine egalitäre Gesellschaftsordnung schaffen. Der Sozialisierungsprozess entwickelte sich am umfassendsten in Katalonien, an der Ostküste und dem zugehörigen Hinterland und in Aragón, erstreckte sich aber auch auf andere Teile des republikanischen Spanien. Ausgangspunkt der Kollektivierungen war Barcelona; in Katalonien erfassten sie 70 Prozent der Industrie, Teile der Landwirtschaft und des Kleingewerbes und die meisten Dienstleistungsunternehmen. So wurde das komplette Transportwesen kollektiviert, Wasser- und Elektrizitätsbetriebe, Gastronomie, Hotels, Warenhäuser, Bäckereien, Friseursalons und selbst einige Bereiche der Kulturindustrie wie Theater, Kino oder die Filmproduktion. In kleineren Betrieben und Firmen, die ausländischen Investoren gehörten, verzichtete man auf Enteignungen und führte »nur« die Arbeiterkontrolle ein. Dies geschah im Hinblick auf die schwierige außenpolitische Lage der Republik.

Das im Oktober 1936 von der Generalität [Regierung Kataloniens] erlassene Kollektivierungsdekret institutionalisierte quasi nachträglich den von den ArbeiterInnen spontan initiierten Prozess. Da das Dekret allerdings für die Gründung von Kollektiven die Genehmigung der katalanischen Regierung vorsah und nicht zuletzt deswegen ein bürokratisches Hemmnis darstellte, wurde, solange es ging [solange Abad de Santillán Wirtschaftsrat war] daran vorbei operiert [mindestens bis April 1937].

Die Kollektivierungen erfolgten sicher nicht überall ohne Druck, im Großen und Ganzen aber waren die Werktätigen überzeugt vom libertären Konzept und die Selbstverwaltung erwies sich als funktionstüchtig und leistungsfähig. Es klingt unglaublich, aber es gelang den AnarchistInnen trotz des Krieges, den sie »nebenher« zu führen hatten, überall die sozialen Bedingungen der Arbeit zu verbessern und gleichzeitig die Produktion zu erhöhen. ▲



**Hans
Beimler**

* 2.7.1895 · München
† 1.12.1936 · Madrid

Hans Beimler starb im Schützengraben vor Madrid als Kommissar der XI. Kolonne »Ernst Thälmann« als Interbrigadist. Seine genauen Todesumstände sind bis heute ungeklärt.

Hans Beimlers politisches Leben begann als organisierter Metallarbeiter, im Deutschen Metallarbeiter-Verband [DMV] schon vor dem I. Weltkrieg.

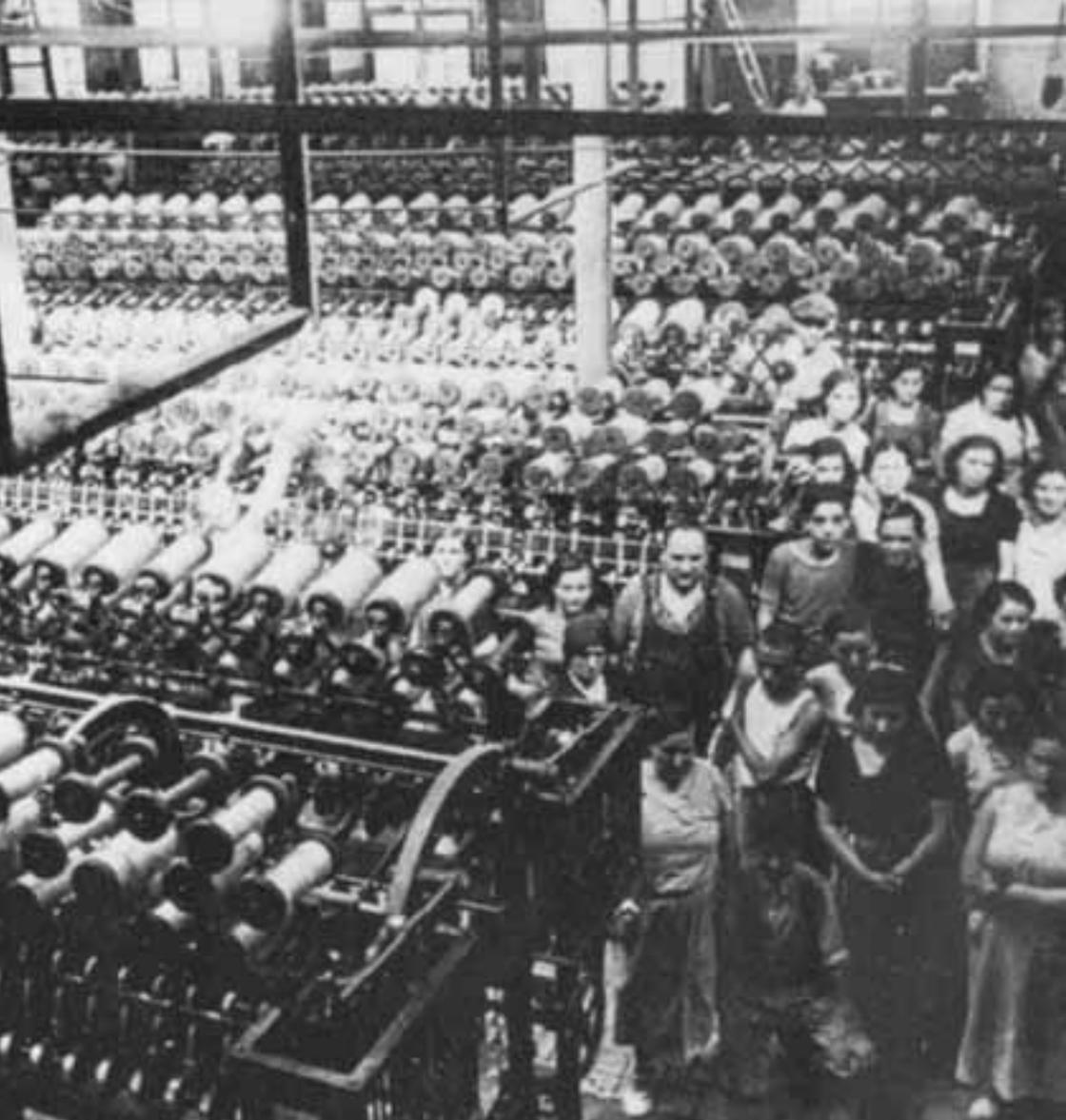
Als Marinesoldat nahm Hans Beimler an den revolutionären Aufständen 1918 in Deutschland teil, war im selben Jahr Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates

kollektivierte textilfabrik godó in barcelona · 1936

in Cuxhaven, war im Spartakusbund und einer der ersten Mitglieder der KPD.

Zurückgekehrt nach München beteiligte er sich an den Kämpfen zum Erhalt der Münchner Räterepublik [2. Phase], war Gründer der KPD-Ortsgruppe München und wurde nach der blutigen Niederschlagung der Räterepublik kurz inhaftiert.

Als er 1921 vergeblich versuchte, einen Truppentransport durch die Sprengung einer Brücke zu stoppen, brachte ihm das zwei Jahre Festungshaft ein. Nach der Entlassung war der nimmermüde



Beimler wieder gewerkschaftlich tätig, was ständig von Repression begleitet war. Auch der DMV schloss den Kommunisten 1928 aus. Von 1925 bis 1933 war Beimler mit verschiedenen gewerkschaftlichen und organisatorischen Aufgaben innerhalb der KPD Südbezirk Bayern und im Reichstag betraut.

Im April 1933 wurde der bayerische Landtagsabgeordnete und Vertreter der KPD im Reichstag von den Nationalsozialisten nach wochenlanger illegaler Arbeit ins KZ Dachau verschleppt. Zuvor war er im Münchener Polizeipräsidium brutal gefoltert worden. Im Mai gelang Beimler durch

die Tötung eines SS-Mannes die Flucht. Im Exil in Prag und Zürich veröffentlichte er im August 1933 die Broschüre »Mörderlager Dachau«. 1934 wurde er offiziell von den Nazis ausgebürgert.

Im Rahmen der ersten Bemühungen der KPD in Paris im Sommer 1936, Internationale Brigaden zur Unterstützung der Republikaner im Kampf gegen Francos Truppen zusammenzustellen, begab sich Hans Beimler am 5. August 1936 nach Barcelona. Dort begann er als einer der ersten Freiwilligen und politischer Kommissar sofort mit der Organisation der deutschen Bataillone.

die rolle der katholischen

kirche

Bereits im Bürgerkrieg stellte sich die katholische Kirche auf Francos Seite und verteidigte den Krieg als »Kreuzzug« und »nationale Bewegung zur Verteidigung der grundlegenden Prinzipien jeder zivilisierten Gesellschaft«. Die Positionierung der Kirche ist auf die Erwartung zurückzuführen, dass sie im »nationalen Spanien« wieder ihre alten vorrepublikanischen Privilegien wie das faktische Monopol über die Schulerziehung, zurückerhalte und die eingeleitete Trennung von Kirche und Staat revidiert werde. Schon wenige Jahre nach der Etablierung des faschistischen Regimes erfüllte Franco diese Erwartungen: 1945 wurde der Katholizismus zur Staatsreligion erhoben, 1947 wurden zivile Ehen und Scheidungen für ungesetzlich erklärt und 1953 wurden durch das Konkordat mit dem Vatikan die Privilegien [Staat bezahlt Priester, obligatorischer Religionsunterricht, Möglichkeit der Zensur] nochmals erweitert.

Für das Regime zahlte sich dieses Bündnis aus; die Kirche wurde zu einer der wirkungsvollsten Stützen des Franquismus und trug durch das Konkordat 1953 wesentlich zur internationalen Anerkennung Spaniens bei. Den Einfluss auf die Lebenswelt nutzte das Regime geschickt aus: Franco ernannte sich zum »Führer Spaniens von Gottes Gnaden«. Zudem konnte die Kirche ein engmaschiges System zur Verfügung stellen, welches gleichzeitig systemkonforme Indoktrination wie Überwachung leisten konnte. Die Kirche war eine zentrale Institution der sozialen Kontrolle. Oftmals wird zur Kennzeichnung des franquistischen Regimes der Begriff »Klerikalfaschismus« verwendet. Als Gegner wurden demokratische und liberale Prinzipien sowie Organisationen der antiklerikalen Linken und der ArbeiterInnenbewegung bekämpft. Der Nationalkatholizismus als Grundlage der iberofaschistischen Ideologie kreiste um zwei Grundpfeiler: die nationale Einheit und die katholische Tradition Spaniens. Der Katholizismus gilt als Grundlage der »Hispanität«. Den historischen Beleg für diese Auffassung stellt die Ablehnung der Reformation dar. Zur Verschränkung von nationaler und katholizistischer Ideologie passt die Integration antisemitischer Vorstellungen: die Judenvertreibung auf der

die katholische kirche

LA IGLESIA CATÓLICA



**Erich
Weinert**

* 4.8.1890 - Magdeburg
† 20.4.1953 - Berlin

»Dem Faschistengesindel keine Gnade, keine Gnade dem Hund, der uns verrät! Vorwärts, Internationale Brigade! Hoch die Fahne der Solidarität!« Eine Strophe aus »Vorwärts, Internationale Brigade«, der Hymne der deutschen InterbrigadistInnen, deren Text **Erich Weinert** verfasste. Von 1937-1939 war er Mitglied der Internationalen Brigaden in Spanien als Frontberichterstatter.

Nach dem Angriff Hitler-Deutschlands auf die Sowjetunion 1941 war Erich Weinert auf sowjetischer Seite als [Gegen] Propagandist tätig. 1943 wurde er zum Präsidenten des »Nationalkomitee Freies Deutschland« gewählt.

Schon in den 20er Jahren der Weimarer Republik war Weinert einer der wichtigsten Lyriker und Satiriker der »proletarischen Literaturbewegung«, gründete den »Bund

iberischen Halbinsel nach der katholischen Reconquista 1492 ff. wird als historische Heldentat stilisiert, die erst die Wiederherstellung der nationalen wie auch katholischen Einheit ermöglicht habe.

venceremos

19



barcelona 1936 · CNT-aktivist bearbeitet eisenhaltiges material zerstörter kirchen. es wird eingeschmolzen für gewehre und kriegsausrüstung gegen die franco-truppen

proletarisch-revolutionärer Schriftsteller« und trat 1929 der KPD bei. Er war nach seiner Ausbildung als Lokomobilbauer, dem Besuch der Kunstgewerbe- und Handwerkerschule Magdeburg und dem Abschluss an der Königlichen Kunstschule Berlin [Zeichenlehrer] 1912 zunächst künstlerisch-gestalterisch tätig. Ab 1920 veröffentlichte er erste Gedichte, schrieb in kommunistischen und linksbürgerlichen Zeitungen und erhielt u.a. in Preußen Redevertretung.

1933-1935 ging Erich Weinert mit Frau und Kind ins Exil [Schweiz/Saargebiet] und wurde 1934 steckbrieflich durch die Nationalsozialisten gesucht. 1935 ging er über Paris nach Moskau und war dort Teil der Moskauer Parteigruppe der KPD. 1946 kehrte er schwer erkrankt nach Deutschland zurück und wurde Vizepräsident für Volksbildung in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands. Am 20. April 1953 starb Erich Weinert in Berlin.

»mujeres libres« freie frauen

venceremos
20

Ähnlich wie in ganz Europa entwickelte sich auch in Spanien in den 1920er Jahren eine Bewegung für Frauenrechte. Während in Deutschland 1919 durch die revolutionären Aufstände – mit dem Ende des I. Weltkrieges – das Frauenwahlrecht eingeführt wurde, dauerte es in Spanien bis 1931, dass Frauen ebenfalls an Parlamentswahlen teilnehmen durften.

Ausdruck dieser Veränderung war sicherlich auch die von der KP Spanien gegründete Frauenorganisation »Mujeres antifascistas«.

Die »Mujeres Libres« hingegen war eine im April 1936 gegründete anarchistische Frauenorganisation. Sie vertrat das theoretische Konzept der »Doble Lucha« [doppelter Kampf]. Sie wollten gemeinsam mit den [anarchistischen] Männern für eine herrschaftsfreie Gesellschaft kämpfen, aber gleichzeitig *»gegen die sexistische Tradition ankämpfen, die sich sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen festgesetzt hat«*. Ihr Hauptaugenmerk lag auf der ökonomischen Unabhängigkeit und Bildung von Arbeiterfrauen.

1936 wurde Abtreibung im katholizistischen Spanien durch die einzige anarchistische Gesundheitsministerin der Geschichte [Federica Montseny] legalisiert. Um die hohe Analphabetenrate unter den spanischen Frauen zu verringern und ihnen Zugang zu Kultur zu ermöglichen, wurden in Barcelona, Madrid und Valencia eigene Schulen [häufig in Räumen der CNT] eingerichtet. In diesen Schulen fanden Kurse für Fremdsprachen und soziale und technische Berufe statt.

In der Stadt waren diese Bildungsangebote bald von Erfolg gekrönt, viel schwieriger gestaltete sich die Situation auf dem Land. In den ländlichen Kollektiven bestanden Benachteiligungen für die Frauen fort, dort waren sie lediglich formal gleichgestellt und erhielten nach wie vor weit weniger Lohn als Männer. Dennoch wuchs die Organisation rasch an, von etwa 500 Mitstreiterinnen im Frühjahr 1936 auf an die 30.000 in 143 Ortsgruppen organisierte Frauen im Jahre 1938.

Mit Beginn des Bürgerkrieges tauschten Frauen der »Mujeres Libres« ihre »Röcke gegen Overalls« – wie es damals symbolisch beschrieben wurde – und

freie frauen

MUJERES LIBRES



*miliciana
an der front
in aragonien
sommer 1936*

Repression gegen Frauen

Laut einer Studie der CICRC [Comissions Internationales Contre le Régime Concentrationnaire] von 1950 befanden sich zu dem Zeitpunkt 20.000-30.000 Frauen in den franquistischen Gefängnissen. Die Studie schließt dabei die Frauen, die in Straf- oder Arbeitsbattalionen eingeschlossen waren, aus. Inzwischen dokumentieren auch etliche lokale und regionale Untersuchungen die sexuelle Gewalt gegen Frauen. Infolge der Vergewaltigungen wurden viele Frauen schwanger und gezwungen, die Kinder auszutragen, da eine Abtreibung den klerikalfaschistischen Vorstellungen der Franquisten widersprach. Eine besondere Form der Gewalt gegen Frauen war, ihnen die Haare abzurasierern. Dadurch waren sie für alle deutlich als »Rebellinnen« gebrandmarkt und Diskriminierungen, sozialer Ausgrenzung und tätlichen Übergriffen ausgeliefert.

»Milicianas«
Spanien · 1936

beteiligten sich bewaffnet an der Front [genaue Zahlen finden sich leider nicht]. Es gab auch eine Kolonne der »Mujeres Libres«. Ein Bataillon benannte sich nach der Gründerin der deutschen KP Rosa Luxemburg, die am 15. Januar 1919 in Berlin von Freikorps unter politischer Verantwortung der SPD ermordet worden war. Die Argentinierin Mika Etchebehere hatte das Kommando über eine Kolonne der POUM.

Die Beteiligung am Kampf war für die Anarchistinnen eine Möglichkeit ohnegleichen – neben der sozialen Revolution –, die tatsächliche Gleichberechtigung der Frauen voranzutreiben. Zusätzlich zum Kampf mit der Waffe stellten sie u. a. die Weiterleitung der Post oder die Organisation und den Transport von Lebensmitteln für die Front sicher. Die »Mujeres Libres« kämpften, bis die republikanische Regierung im Dezember 1936 den Rückzug der »Milicianas« von der Front anordnete.

In dieser frühen Phase des spanischen Bürgerkrieges war der angeordnete Rückzug ein frustrierender Vorgang; Frauen könnten Aufgaben wie die Versorgung im Hinterland oder Sanitätsdienst oder Botengänge gelungener ausführen, so die Sicht der [anarchistischen] Genossen.

Nach der Niederlage wurden nicht nur sämtliche Errungenschaften, die auf eine Egalität zwischen Männern und Frauen zielten, rückgängig gemacht, die Repression und gesellschaftliche Ächtung der kämpfenden »Milicianas« führte auch zu einem Schweigen, weshalb die Aufarbeitung dieses Teils der Geschichte bis heute unvollkommen und schwierig ist. ▲



Clara Thalmann

* 1910 · Basel
† 27.1.1987 · Nizza

Von der sozialistischen Jugend kommend trat **Clara Thalmann** 1918 in die kommunistische Partei der Schweiz ein und arbeitete in den 1920er Jahren für die kommunistische Zeitschrift »L'Humanité«. Nach dem Tod Lenins 1924 und der Stalinisierung der KP wandte sie sich 1928 von der orthodoxen Parteilinie ab. Später wurde sie wegen antistalinistischer Propaganda aus der Partei geworfen. 1936 ging sie nach Spanien, um gegen Franco zu kämpfen. Als Milizionärin war sie Mitglied der »Kolonne Durruti«. Als der

Widerspruch zwischen KommunistInnen und AnarchistInnen/TrotzkistInnen 1937 in Spanien eskalierte, wurde sie vom sowjetischen Geheimdienst kurzzeitig verhaftet.

1937 ging sie daraufhin nach Paris und beteiligte sich von 1940-44 am Kampf der französischen Résistance gegen deutsche Faschisten.

Clara Thalmann blieb in Frankreich und gründete in den Bergen bei Nizza die Kommune Séréna, wo sie 1987 starb.



demonstration · madrid · november 1936
calle génova · frauenbataillon »rosa luxemburg«

franquismus. der beginn

Es ist strittig, ob der Franquismus als Faschismus zu bezeichnen ist oder »nur« eine autoritäre Diktatur war. Die erste Phase weist jedoch deutliche politische und ideologische Merkmale faschistischer Herrschaft auf. Und bis 1945 war der franquistische Staat eng mit den faschistischen Regimen Deutschlands und Italiens verbunden. Mit dem Sieg der Alliierten gingen die Franquisten auf Distanz zu ihrer bisherigen politischen Ausrichtung. Vor dem Hintergrund der geostrategischen Lage wurde die iberische Halbinsel für die US-Militärs im sich abzeichnenden »Kalten Krieg« Ende der 1940er Jahre interessant. Ohne die Tolerierung der Westmächte hätte sich der Franquismus nicht bis zum Tode Francos 1976 halten können.

Die Konsolidierung des Franquismus

Der Putsch der Nationalisten 1936 war zunächst als rein militärische, anti-demokratische Erhebung gegen die II. Spanische Republik geplant. Ein schneller Sieg der Putschisten rückte jedoch in die Ferne und der republikanische Widerstand wurde so bedeutsam, dass die Kämpfe zu einem Bürgerkrieg wurden. Für die Fortführung des Krieges waren die politischen Unterschiede bei den Aufständischen nicht unerheblich, denn konservative Monarchisten, Katholiken und Großgrundbesitzer hatten mit der sozialrevolutionären Falange nicht viel gemein und es kam zu schweren Differenzen in der Führungsebene und zu Ausschreitungen gegen die jeweils andere Seite. In dieser Situation entschied sich die Junta, einen provisorischen Staatschef und Oberkommandierenden zu ernennen, General Francisco Franco. Um die Gegensätze zu überwinden, vereinigte dieser 1937 die Traditionalisten und die Falange zur »Falange Española Tradicionalista«. Der kleinste gemeinsamen Nenner setzte sich zusammen aus dem herausragenden Stellenwert der katholischen Kirche, dem Erhalt des Privateigentums, einem staatlich gelenkten Ausgleich zwischen Arbeitgebern und -nehmern, autoritär-korporativen Strukturen und dem strengen Bezug auf die Traditionen des Spaniens der katho-

der terror

EL TERROR

lischen Könige. Obwohl Franco der Monarchie nie abschwor, blieb der Sitz des Königs während seiner Herrschaft vakant und Franco selbst stellte das Bindeglied des Systems dar. Sein System bestand aus einem Kompromiss zwischen Militär, dem Movimiento Nacional [eine andere Bezeichnung für die Falange Española Tradicionalista] und der katholischen Kirche. Franco zeichnete sich in den nächsten Jahren durch die Fähigkeit zum Erhalt dieses Kompromisses aus. Dies gelang ihm, indem er fortwährend alle innenpolitischen Gruppierungen, die ihn stützten bzw. die er nicht ignorieren konnte, einerseits mit Privilegien bedachte und sie andererseits gegeneinander ausspielte.

Gleichschaltung

Jegliche Opposition wurde mit dem Sieg der Franquisten gewaltsam ausgeschaltet. Bis 1975 war die spanische Einheitspartei, die »Falange Española Tradicionalista«, die einzige zugelassene Partei. Neben einer gleichgeschalteten und unter starker Zensur stehenden Presse war auch die Justiz auf die Rolle als verlängerter Arm der Repressionsorgane reduziert. Im spanischen Staat gab es während des Franquismus keine kodifizierte Verfassung, sondern nur eine geringe

venceremos

25

erschöpfte
freiheitskämpfer
ebro-front · 1938



Anzahl von Franco erlassener Grundgesetze mit Verfassungsrang. Franco schuf eine auf seine Person verdichtete, uneingeschränkte Machtkonzentration, indem er alle wichtigen politischen Ämter auf der Basis persönlicher Vertrauensverhältnisse besetzte.

Im Zusammenhang mit dem Aufbau des franquistischen Staats dürfen ferner die Zwangskorporationen zwischen Arbeitnehmern und -gebern, die »Sindicatos verticales«, nicht vergessen werden. Während alle Gewerkschaften verboten worden waren, wurden hier die Arbeitnehmer und -geber entlang ihrer Berufsfelder in einem Ständesystem zusammengefasst. Sie fungierten als direkte Kontroll- und Unterdrückungsinstanz gegenüber jeglicher Interessensvertretung der Arbeitenden.

Ideologische Ausrichtung

Während des Bürgerkrieges hatte Franco eine enge Allianz mit Hitler und Mussolini geschaffen. Er formulierte Ende 1943 gegenüber dem deutschen Botschafter seine Position, dass »die Einstellung der spanischen Regierung gegenüber Bolschewismus und Kommunismus sich nicht ändern werde, und dass dieser Kampf im In- und Ausland fortgeführt werden würde, ebenso wie gegen das Judentum und die Freimaurerei«. Der Franquismus gab sich somit extrem antikommunistisch, reaktionär. Darüber hinaus orientierte er sich an einem spätmittelalterlichen System der Ständegesellschaft.

Seine Legitimation leitete der Franquismus im Wesentlichen aus dem militärischen Sieg im Spanischen Bürgerkrieg ab. Bereits der Putsch selbst war als »cruzada« [Kreuzzug] zur Verteidigung der spanischen und europäischen Zivilisation und Kultur verstanden worden, da die christliche Zivilisation einer permanenten Bedrohung durch den Parlamentarismus und Marxismus ausgesetzt sei. Prägend für die franquistische Ideologie war somit ein reaktionärer Katholizismus kombiniert mit einem zentralspanischen Nationalismus. Es ging um den Erhalt der so genannten »Hispanidad«, unter der man sowohl die Gesamtheit der spanischsprachigen Welt als auch eine Spanien verherrlichende Lehre von der Größe, Ausstrahlung und Auserwähltheit des Landes versteht. Da der Katholizismus als integrativer Bestandteil der spanischen Kultur betrachtet wurde, wurde eine konservativ-katholische gesellschaftliche Renaissance ange-



faschisten unter sich · francisco franco und adolf hitler

strebt. Kirche und Staat arbeiteten eng zusammen. Der Kirche wurde in weiten Teilen die Erziehungsarbeit übertragen. Sie konnte so ihren gesellschaftlichen Einfluss weit über ihre religiösen Tätigkeiten hinaus festigen.

Nach außen ging es dem Franquismus um den alten, kolonialen Führungsanspruch Spaniens in der spanischsprachigen Welt, nach innen um die Konsolidierung der Machtkonzentration Zentralspaniens gegenüber den sich als autonom verstehenden Regionen. Der Unterricht in nicht-kastilischen Sprachen wurde abgeschafft, so dass alleine noch der Unterricht in »christlicher« [kastilischer] Sprache zulässig war. Ortsnamen wurden hispanisiert und der Gebrauch der katalanischen, baskischen und galizischen Sprache wurde unter Einsatz des Slogans »*Wenn du Spanier bist, sprich spanisch!*« bei Behörden und in der Öffentlichkeit verboten.

Kennzeichnend für den Franquismus war auch ein extremer Führerkult. Als Steigerung seines Personenkults legte Franco sich monarchische Attribute zu – von Gott eingesetzt zu sein, verschaffte ihm eine quasi göttliche Legitimation. Diese personalistische Ausrichtung wirkte wohl weitaus stärker als die Ideologie.

Repression und Blauer Terror

Von Beginn des Bürgerkriegs an dominierten in den nationalspanisch beherrschten Landesteilen Repression, Folter und Rache am politischen Gegner. Nach dem Ende des Bürgerkrieges teilte sich die spanische Gesellschaft in Sieger und Besiegte, und die Besiegten sollten zahlen und büßen. Nach der Parteifarbe der Falange wurden die systematischen Säuberungs- und Vergeltungsaktionen nach 1939 auch als »Blauer Terror« bezeichnet. Der Historiker Collado Seidel sieht hinter den Verbrechen der Franquisten eine »tendenziell genozidale Intention«, die Spanien durch die »physische Vernichtung alles als unspanisch wahrgenommenen Lebens« reinigen wollte. Francos Presseattaché gab zu Protokoll, »für das Ziel, das Krebsgeschwür des Marxismus in einer blutigen Operation aus dem spanischen Volkskörper zu entfernen, dürfe ein Drittel der männlichen Bevölkerung Spaniens eliminiert werden«. Unterstützung fanden die Franquisten dabei in breiten Teilen der katholischen Kirche, die umfangreiche Personennamen und Informationen weitergab. Im Februar 1939 wurde ein Dekret über das »Verfahren mit politischen Missetätern« in Kraft gesetzt, das Aktivitäten, die von den Franquisten als umstürzlerische

Repression gegen Kinder

Ungefähr 12.000 Kinder wurden ihren Eltern weggenommen, sie kamen in katholische Internate, Waisenhäuser und Erziehungsheime. Ab 1941 erlaubte es ein Gesetz, den Kindern neue Namen zu geben, was überzeugten Militärs und Franquisten erleichterte, diese Kinder zu adoptieren. Dies bedeutete schlussendlich eine jahrzehntelange Trennung von den Eltern bzw. eine Trennung für immer. Weiter wurden republikanische Kinder auch häufig Opfer von Diskriminierungen und Ausschlüssen aus dem gesellschaftlichen Leben oder direkt Opfer von Gewaltanwendungen. Auch wuchsen etliche Kinder gezwungenermaßen in den Gefängnissen ihrer Mütter auf. Allein im Gefängnis La Venta in Madrid waren 200 Kinder den widrigen Haftbedingungen wie Schmutz, fehlendem Wasser und unzureichender Ernährung ausgesetzt.

Tätigkeit angesehen wurden, rückwirkend bis in das Jahr 1934 unter Strafe stellte. Die Zahl derer, die im franquistischen Spanien zwischen 1936 und 1944 durch politischen Mord und Justizverbrechen ums Leben kamen, wird auf 150.000 bis 200.000 Menschen geschätzt. Die letzte Hinrichtung eines politischen Gefangenen erfolgte im Jahre 1974. Weiter »verschwanden« viele der politischen Gegner. Eine jüngere wissenschaftliche Studie aus Andalusien spricht von 40.000 Verschwundenen allein in der südspanischen Region. Insgesamt verschwanden mindestens 200.000 Franco-Gegner.

Die Zahl der politischen Häftlinge in den Gefängnissen und Konzentrationslagern nach dem Bürgerkrieg wird auf 1,5 Millionen geschätzt. Die Bedingungen hier waren katastrophal: Wegen der Überfüllung wurden die Gefangenen auf engstem Raum zusammengepfercht. Aufgrund der Mangelernährung, fehlender Hygienemöglichkeiten und der Zwangsarbeit starben viele Gefangene an Hunger und Krankheiten. Auch Folter wurde massiv gegen die politischen Gegner angewandt. Mit nationalsozialistischer Unterstützung wurden an politischen Häftlingen in den KZs medizinische Versuche vorgenommen, die im Zusammenhang mit ihren marxistischen Anschauungen deren angebliche geistige und rassenbiologische Minderwertigkeit belegen sollten. Die letzten Konzentrationslager, von denen es über ganz Spanien verteilt rund 190 gegeben hat, wurden erst 1962 geschlossen.

Hinzu kamen Strafbataillone, deren Angehörige vor allem im Straßenbau eingesetzt wurden. Weitere 50.000 Republikaner wurden als »staatenlose Feinde« in deutsche Konzentrationslager transportiert, wo 6.000-7.000 von ihnen dort umgebracht wurden. Nach seiner Festigung ging das Regime zu weniger offen gewaltsamen Repressionsmaßnahmen über.

Die Maquis – früher Widerstand gegen Franco

Im franquistischen System gab es keine legale Opposition, wohl aber, insbesondere in den ersten Jahren, Widerstandsgruppen der traditionellen Linken, die den Guerillakampf gegen Franco aufnahmen. Sie orientierten sich an dem französischen Resistance-Modell der Maquis – Guerillagruppen, die im Hinterland operierten und starken Rückhalt in der lokalen Bevölkerung hatten. Insbesondere in den



**Heinz
Kiwitz**

* 4.9.1910 - Duisburg
† Herbst 1938
Ebro-Schlacht/Spanien

»Ich bin im Januar 1937 aus Deutschland emigriert. Ich wünsche nicht, anerkannt zu werden von jenen, die heute in Deutschland regieren, die die Kunst in Kasernen sperren und von Kommissstiefeln zurechttreten lassen. In mir bäumt sich alles auf gegen den gewaltsamen Missbrauch der Kunst, der mit schönen, heiteren und heroischen Bildchen die Fratze des Krieges verdecken soll.« [27.8.1938, Paris]

Das obige Zitat stammt aus »Absage eines Deutschen Künstlers an Hitler«, das **Heinz Kiwitz** im August 1938 im Pariser Exil veröffentlichte. Nur einige Monate später fiel er als freiwilliger Kämpfer der Internationalen Brigaden. Heinz Kiwitz steht exemplarisch für viele KommunistInnen/AntifaschistInnen, die wenig bekannt waren und ihr Leben ließen im internationalen Kampf gegen den

nicht-kastilischen Regionen, die von Franco als »abtrünnig« angesehen wurden und im Bürgerkrieg Hochburgen der Republikaner waren, formierten sich die Maquis.

Sie wurden auch von denjenigen unterstützt, die im französischen Exil gegen die deutsche Besatzung gekämpft hatten und ab 1944 versuchten, von Frankreich aus den Kampf gegen den Faschismus fortzusetzen. Im August 1944 waren das französische Baskenland und das Departement Bearn von deutschen Truppen befreit. Sie wurden zunächst weitgehend von den Maquis kontrolliert. Von dort aus planten diese die Invasion. Vergeblich hofften die Maquis, ihre alliierten Verbündeten würden sich anschließen und den militärischen Vorstoß unterstützen. Maquis-Führungsmitglied Victorio Vicuña erinnert sich: *»Die Einbeziehung von ein oder zwei Divisionen der US-Armee sollte dazu führen, dass die Militärs Franco im Stich lassen. Das war unsere Fehleinschätzung, wir waren politisch leichtgläubig«*. Der Einfluss des beginnenden »Kalten Krieges« auf die Außenpolitik der Alliierten wurde von den Maquis unterschätzt – insbesondere die US-amerikanische Politik sah in Franco-Spanien ein geeignetes Bollwerk im Kampf gegen den Kommunismus.

Zwar hatte die UNO 1946 einen diplomatischen Boykott gegen den spanischen Staat verhängt, was dazu führte, dass nach dem Ende des II. Weltkrieges Franco-Spanien außenpolitisch und wirtschaftlich isoliert war. Doch konnte Franco 1953 mit den USA ein Truppenstationierungsabkommen abschließen und war so in die antikommunistische Strategie des »Kalten Krieges« fest eingebunden. Wenig später wurde ein Konkordat mit dem Vatikan geschaffen und so waren 1955 die Wege zum Eintritt in die UNO geebnet.

Die Maquis mussten in den 1950er Jahren infolge der Apathie der Bevölkerung, aber auch deren Ablehnung einer neuerlichen bewaffneten Auseinandersetzung, die Waffen vollends strecken. Als sich herausstellte, dass der Franquismus bis auf weiteres weder von innen noch durch Interventionen von außen zu stürzen war, orientierten sich die Widerstandsstrukturen neu und einigten sich auf andere Vorgehensweisen wie den Aufbau illegaler Gewerkschaftsstrukturen. ▲

venceremos

29

milizionäre
ebro-front · 1938



Faschismus. Als Sohn eines Buchdruckers studierte Heinz Kiwitz von 1927-1931 in Essen Kunst/Grafik. Als Kommunist war er Mitglied der »Assoziation Revolutionärer Bildender Künstler Deutschlands« [ARBKD] und arbeitete als Illustrator und Holzschnitzer. Ab 1932 in Berlin lebend, wurde sein Atelier nach der Machtübertragung auf die Faschisten im Januar 1933 von der SA verwüstet. Im August 1933 wurde er verhaftet und in die KZ Kemna/Wuppertal und das KZ-Emslager Börger-

moor verschleppt. 1934 kam er frei und vernichtete zum Schutze seiner Familie einen Großteil seiner Kunstobjekte und Bilder.

Er arbeitete dann für den Verleger Heinz Rowohlt, mit dessen Hilfe er 1937 über Dänemark nach Paris ins Exil ging. Er beteiligt sich noch 1938 an einer Ausstellung mit dem Titel: *»Cinq ans de dictature hitlerienne«*, meldete sich im Frühjahr 1938 freiwillig als Interbrigadist und fiel im Herbst 1938 in der Ebro-Schlacht.
www.heinzkiwitz.de



abschied der internationalen brigaden
15. november 1938 · barcelona

Internationale Brigaden

In den Internationalen Brigaden kämpften vor allem KommunistInnen und SozialistInnen aus insgesamt 53 Ländern gemeinsam gegen den faschistischen Militärputsch. Insgesamt beteiligten sich rund 40.000 AntifaschistInnen an den Internationalen Brigaden, darunter 5.000 Deutsche. Der Frauenanteil war verschwindend gering. Rekrutiert wurden die internationalen Brigaden von der Kommunistischen Internationalen. Bereits Anfang Oktober 1936 erreichten die ersten von ihnen die spanische Küste. Unterteilt

waren die Internationalen Brigaden in fünf eigene Brigaden, die sich wiederum in 21 Bataillone untergliederten.

Für viele AntifaschistInnen war der Spanische Bürgerkrieg der Ort, an dem sie dem Faschismus begegnen konnten, was ihnen in ihren eigenen Ländern nicht mehr möglich war. Weiter war der »Proletarische Internationalismus«, der nicht länger nach Parteizugehörigkeit oder Nationalität unterschied, in Spanien ohne Zweifel gelebte Wirklichkeit.

»wir sind die zukunft, und die zukunft kann man nicht verurteilen«

venceremos

31

Anfang der 1950er Jahre war der militante Widerstand gegen das franquistische Regime gescheitert, auch wenn einzelne Guerilla-Gruppen noch bis zu Beginn der 1960er Jahre weiter kämpften. Außerdem konsolidierte sich das Regime nach Jahren der Isolation auch außenpolitisch. Im Zuge des Kalten Krieges konnten 1953 wichtige Abkommen mit den USA und dem Vatikan geschlossen werden. Doch zugleich entstanden innerhalb der spanischen Gesellschaft Keimzellen eines neuen Widerstandes, der die Diktatur immer stärker herausfordern sollte.

In der zweiten Hälfte des Franquismus [1956-1976] formierte sich eine neue, schlagkräftige Opposition

Alexandre Froidevaux
Historiker und Romanist

1956 – 1961 | Neuer Widerstand formiert sich

Es begann an den Universitäten. Diese waren zuvor ganz den korporatistischen Vorstellungen der faschistischen Staatspartei Falange unterworfen worden. Das falangistische Universitätssyndikat [SEU] hatte das Sagen. Im Februar 1956 ließ die Regierung erstmals die freie Wahl von Funktionären des SEU zu, wohl in der irrigen Annahme, die Studenten würden regimetreu abstimmen. Immerhin handelte es sich bei diesen um privilegierte Spanier. Nur etwas mehr als 60.000 Studenten gab es zu dieser Zeit im Land und ein Studium berechtigte zu Hoffnungen auf materielle und soziale Rendite.

Dennoch hatten sich viele der [meist männlichen] Studenten vom »ewigen und imperialen Spanien« ab- und demokratischen Ideen zugewandt. Als sie dies bei der Universitätswahl kundtaten, wurde diese annulliert. In Madrid besetzten Studenten daraufhin das Universitätsgelände. Es kam zu blutigen Zusammenstößen zwischen den Studenten einerseits sowie Falangisten und Polizisten andererseits. Ein Wesenszug der neuen antifranquistischen Studentenbewegung war, dass ihr Söhne und Töchter sowohl der nationalistischen Sieger als auch der linken Verlierer des Bürgerkrieges angehörten.

Ende der 1950er, Anfang der 1960er Jahre entstand mit den Comisiones Obreras [Arbeiterkommissionen, CC.OO.] die zweite große antifranquistische Bewegung.

wir sind die zukunft

SOMOS EL FUTURO

Jedoch wurden die Internationalen Brigaden, ob sie es wollten oder nicht, zur Manövriermasse im politischen Machtgerangel der konkurrierenden Fraktionen der republikanischen Zone. Im Herbst 1938 wurden die Internationalen Brigaden auf Beschluss der linken Regierung Negríns aufgelöst und nach Hause geschickt. Die Regierung Negríns versprach sich irrtümlicherweise, dass man durch die Einhaltung des »Nichteinmischungsabkommens« die Unterstützung der Westmächte gewinnen könnte und dass Deutschland und

Italien von ihrer Hilfe für die Franquisten Abstand nehmen würden. Dennoch blieben ca. 2.000 deutsche und italienische AntifaschistInnen, da sie in ihre Heimatländer nicht zurückkehren konnten. Viele von ihnen wurden später als »Rotspanier« in deutsche Konzentrationslager deportiert. Heute existieren noch weltweit Vereine, die sich für die Erinnerung an die Internationalen Brigaden einsetzen.

Die einst starken sozialistischen [UGT] und anarchistischen [CNT] Klassengewerkschaften hatten aufgrund massiver Repression nach dem Bürgerkrieg im Inland nicht mehr Fuß fassen können. Sie hatten sich beharrlich geweigert, im falangistischen »vertikalen Syndikat« mitzuarbeiten, in dem Arbeiter und Kapitalisten zwangsweise organisiert waren. Freie Gewerkschaften waren im Spanien Francos verboten.

Die Arbeiterkommissionen entstanden als direkte Interessensvertretung in der Fabrik: Die Arbeiter versammelten sich und wählten eine Kommission, die mit der Unternehmensleitung über die Forderungen verhandelte. Danach löste sich die Kommission wieder auf. Anfangs bezogen sich die Forderungen meist auf konkrete wirtschaftlich-soziale Verbesserungen [Löhne, Arbeitszeit, Urlaub etc.]. Dabei wurden die Kommissionen von den Unternehmern akzeptiert [und deshalb vom Regime zunächst geduldet], weil in Konfliktsituationen wie bei [illegalen] Streiks der SEU als Vermittlungsinstanz versagt hatte.

Der Charakter der CC.OO. war rätendemokratisch und in ihnen organisierten sich Arbeiter verschiedener politischer Couleur. Es dominierten jedoch kommunistische und katholische Arbeiter. Die Kommunistische Partei [PCE] hatte schon früh, 1947/48, die Zwecklosigkeit des Versuchs erkannt, den Sturz der faschistischen Diktatur durch einen militärisch organisierten Aufstand zu erreichen. Sie vollzog deshalb einen radikalen Strategiewechsel. Das Ziel sollte nun ohne Waffengewalt und mittels Massenorganisation erstritten werden.

Die Strategie, im falangistischen Zwangssyndikat mitzuarbeiten und dieses zu unterwandern, zeitigte schon beim ersten großen Streik der Nachkriegsgeschichte, 1951 in Barcelona, erste Erfolge und sollte später die Arbeiterkommissionen entscheidend voranbringen. Ab 1956 proklamierte die Partei zudem die »nationale Versöhnung« und strebte seither eine breite antifranquistische Oppositionsbewegung an, die auch ehemalige Kriegsgegner in sich vereinen sollte. Mit ihrem Versuch, den Franquismus mittels friedlichem Generalstreik [Huelga Nacional Pacifica] zu überwinden, scheiterte die KP Ende der 1950er Jahre jedoch.

Die katholische Kirche war in den ersten beiden Jahrzehnten nach 1939 eine der zentralen Stützen der Diktatur. Doch Angehörige des niederen Klerus, später »Arbeiterpriester« genannt, zeigten sich schon früh sensibel für die Probleme der Proletarier. Die katholischen Arbeiterbruderschaften [Hermandades Obreras de



**Marcelino
Camacho**

* 21.1.1918 - Soria
Lebt bei Madrid

1935 trat **Camacho** in die Kommunistische Partei Spaniens [PCE] ein und kämpfte im Bürgerkrieg auf der »republikanischen« Seite gegen die aufständischen Militärs. Am Ende des Krieges wurde er verhaftet und zu Zwangsarbeit im spanischen Protektorat in Marokko verurteilt. 1944 gelang ihm die Flucht nach Algerien, wo er Jahre im Exil verbrachte. Jahre später kehrte er nach Spanien zurück und baute dort die Arbeiterkommissionen mit auf. Als Mitglied in deren zentralem Entscheidungsgremium wurde er immer wieder inhaftiert.

1973 wurde er im »Prozess 1001«, in dem die Führer der Arbeiterkommissionen zu hohen Haftstrafen verurteilt werden, zur Verkörperung des antifranquistischen Widerstands. Aus dem Gefängnis sagte **Camacho**:

»Sie wollen uns einschüchtern, uns und unser Volk. Doch wir können ihnen sagen: Bemühen Sie sich nicht, meine Herren. Das Volk, unser Vaterland, alle Völker, alle Arbeiter haben ihr Urteil über uns schon gefällt. Wir sind die Zukunft und die Zukunft kann man nicht verurteilen.«

Acción Católica] waren lange die einzige [legale] Organisation, welche Interessen der Arbeiterschaft offen vertrat. Auch bei der Konsolidierung der dritten wichtigen antifranquistischen Bewegung, dem antspanischen Nationalismus an der Peripherie, spielte die katholische Kirche eine gewichtige Rolle.

Neben der »normalen« franquistischen Herrschaft litten Katalonien und das Baskenland unter einer besonderen Art der Unterdrückung. Beide Regionen hatten sich im Bürgerkrieg gegen die aufständischen Militärs gestellt und bedrohten zudem mit ihren antspanischen Nationalbestrebungen die Einheit der spanischen Nation, die Generälen wie Francisco Franco naturgemäß als höchstes Gut galt. Beide wirtschaftlich starke, Regionen »bezahlten« dafür mit großen Mittelabflüssen an den Zentralstaat. Jegliche Äußerung nationalen Selbstbewusstseins wurde verfolgt, die katalanische und baskische Sprache waren verboten.

In Katalonien formierte sich gegen diese Unterdrückung ein Widerstand, der trotzig die katalanische Sprache und Tradition verteidigte. Zu einem Zentrum dieses kulturellen Widerstandes wurde die Benediktinerabtei von Montserrat, wo unter anderem die Messe in katalanischer Sprache gelesen wurde. Wie in Katalonien äußerte sich Opposition zum Regime durch Wahlenthaltung bei Referenden und der Entstehung zahlreicher zivilgesellschaftlicher Vereine wie Folklore- oder Wandergruppen. Aus manchen von diesen wie aus Studentengruppen der jesuitischen Universität von Bilbao entwickelte sich Ende der 1950er Jahre die baskische Bewegung ETA [Euskadi Ta Askatasuna, Baskenland und Freiheit], die einige Jahre später begann, das Regime mit Waffengewalt zu bekämpfen.

Zu Beginn der 1960er Jahre waren somit verschiedene oppositionelle Bewegungen am Entstehen. Ein Merkmal dieses neuen Widerstandes war, dass sich die Bewegungen gegenseitig überlappten. Studenten wollten sich als Teil der Arbeiterbewegung artikulieren, katholische Geistliche unterstützten regionale Nationalisten, Kommunisten versuchten, in allen gesellschaftlichen Gruppen Fuß zu fassen.

1962 – 1969 | Der Widerstand gewinnt an Kraft

Nach dem Sieg im Bürgerkrieg hatte die Franco-Diktatur lange Zeit eine falangistisch inspirierte Politik der wirtschaftlichen Autarkie verfolgt, die jedoch zu wirtschaftlicher Stagnation führte. Mitte der 1950er Jahre war das Land immer noch

vorwiegend agrarisch geprägt, weit entfernt vom Entwicklungsstand der modernen Industrieländer des Nordens. Doch Ende der 1950er steuerte das Regime um. Bei einer Regierungsumbildung erhielten 1957 Mitglieder des katholischen Laienordens Opus Dei Schlüsselfunktionen im Staat und entwarfen einen »Stabilitätsplan«, der 1959 in Kraft trat. Die »technokratischen« Maßnahmen wie wirtschaftliche Öffnung nach außen, Liberalisierung der Wirtschaftspolitik im Innern oder Infrastrukturprojekte lösten eine rasante Wirtschaftsentwicklung aus, die Spanien innerhalb weniger Jahre vom Status eines Entwicklungslandes auf Rang zehn der Industrieländer katapultierte. Diese atemberaubende Entwicklung veränderte die sozialen Gegebenheiten und die Bedingungen für den Widerstand gegen die Diktatur.

Durch Millionen Touristen und spanische Gastarbeiter auf Heimaturlaub gelangten liberale Ideen und Verhaltensweisen in ein auch in moralischen Fragen reaktionäres Land. Hunderttausende von Arbeitern wanderten aus armen Regionen wie der Extremadura oder Andalusien in industrielle Zentren wie Katalonien oder Madrid ab. Dort entstanden riesige Suburbs und Slums, in denen die Proletarier unter erbärmlichen infrastrukturellen und hygienischen Bedingungen hausen mussten. Diese Wohnverhältnisse förderten durch ihren geschlossenen und deprimierenden Charakter das Klassenbewusstsein. Hier entstanden auch die *asociaciones de vecinos*, Nachbarschaftsvereine, die sich für die Verbesserung der Lebensverhältnisse einsetzten und mit ihrem basisdemokratischen Geist schnell in Opposition zu franquistischen Institutionen gerieten.

Ein anderer Ausdruck einschneidender Veränderungen war die Tatsache, dass es kaum mehr zu Landarbeiterstreiks kam, die lange Zeit eine wichtige Form des Sozialprotests gewesen waren. Stattdessen setzte 1962 ein Zyklus von intensiven Streiks in den Industrieregionen des spanischen Nordens ein, angefeuert durch die zunächst negativen Auswirkungen der neuen Wirtschaftspolitik für die Arbeiter wie etwa massive Reallohnverluste. Eines der Zentren der neuen Arbeiterbewegung waren die asturischen Kohlenbergwerke, wo 1962 auch die erste Arbeiterkommission gegründet wurde, die in direkte Verhandlungen mit den Unternehmern trat. Bald gingen die Arbeiter dazu über, dauerhafte Strukturen zu schaffen und Fabriken und Branchen zu vernetzen. Die Arbeiterkommissionen lösten sich nach Beendigung eines Arbeitskampfes nicht mehr auf und blieben der Arbeiterversammlung verantwortlich.



**Salvador
Puig Antich**

* 30.5.1948 · Barcelona
† 2.3.1974 · Barcelona

Im September 2007 kam »*Salvador – Der Kampf um die Freiheit*« in die Kinos. Eine einerseits wohlwollende Würdigung des Lebens und der bewaffneten Politik von **Salvador Puig Antich**. Andererseits ein Machwerk, dass wenig gesellschaftliche Hintergründe ausleuchtet oder wenig die generellen politischen Motivation der AktivistInnen vermittelt. Am Ende bleibt eine gehörige Portion Abenteuerum übrig. Der sozial-politische Hintergrund Salvador Puig Antichs als eines von sechs Kindern einer Arbeiterfamilie wird u.a. deutlich

durch seinen Vater, der zur Zeit der II. Spanischen Republik Mitglied der *Acció Catalana* war und nach Frankreich flüchten musste, da er zum Tode verurteilt worden war.

Salvador flog schon als Jugendlicher wegen »mangelnder Disziplin« von seiner stark religiösen Schule, ging aber anschließend zu Abendschule, wo er bereits Freunde traf, die später Mitglieder der MIL [Movimiento Ibérico de Liberación – Iberische Befreiungsbewegung] wurden. Salvador gehörte zum so genannten

Die CC.OO. waren mit ihrer Strategie, möglichst öffentlich aufzutreten, wobei sich ein organisierter Kern zugleich klandestinität vernetzte, außerordentlich erfolgreich. Bei den Wahlen des vertikalen Syndikats 1966 brachen Mitglieder der Bewegung massenhaft in dessen Struktur ein. Die Regierung erkannte die Gefahr und antwortete mit Repression auf verschiedenen Ebenen: Entlassungen, Verhaftungen, Absetzung der ins Syndikat gewählten Arbeitervereiner. 1967 wurden die CC.OO. ausdrücklich verboten. Zugleich versuchte das Regime, mit Integrationsmaßnahmen entgegenzusteuern. So wurden 1965 »Arbeitskonflikte« zugelassen, nicht aber politische Streiks.

1962 trafen sich in München Regimegegner aus dem Inland und den Exilländern [Frankreich, Mexiko u.a.]. Unter ihnen waren auch Monarchisten, Christdemokraten und sogar ehemalige Falangisten, die im Bürgerkrieg gegen die Linke gekämpft hatten. Manifest wurde so, was für große Teile der antifranquistischen Opposition zum Kennzeichen wurde: ihr Wille, sich über politische und emotionale Gräben hinweg zusammenschließen, um für Spanien eine Demokratie zu erkämpfen. Die politische Kraft, die diese »nationale Versöhnung« vorgedacht hatte, die Kommunistische Partei, war von dem Treffen in München im Zuge des Kalten Krieges jedoch ausgeschlossen. Und die Exilparteien wie die sozialistische PSOE hatten kaum Einfluss auf die Geschehnisse in Spanien selbst.

Die Politik mit »Zuckerbrot und Peitsche«, welche den Umgang des Regimes mit der Arbeiterbewegung charakterisierte, wandte es auch gegenüber der Studentenbewegung an, die sich radikalisierte. So kam es zum Jahreswechsel 1964/65 in Madrid zu wochenlangen Auseinandersetzungen. Immer offener forderten die Studenten eine demokratische Organisation der Hochschulen ein. Polizeiangriffe auf studentische Versammlungen und Demonstrationen gehörten zunehmend zum Universitätsalltag. Neben republikanischem machte sich unter den Studenten auch marxistisches Gedankengut breit.

In Katalonien verband sich der Aufruhr unter den Studenten mit einem stärker werdenden Katalanismus. Im Baskenland ging inzwischen die ETA zu bewaffneten Aktionen über. Nach Banküberfällen und Sprengstoffanschlägen mit Sachschäden reagierte die neue Stadtguerilla auf die Ermordung eines Ertarras durch die Polizei mit der gezielten Tötung eines Polizisten. Die Aktivitäten der Gruppe, die ein sozia-

militärischen Flügel der MIL, der u.a. für Geldbeschaffung [durch Banküberfälle] für Flugblätter, Streikende und Gefangene zuständig war.

Die Mitglieder des MIL lebten illegal zwischen Frankreich und Spanien. Auf einer Versammlung der MIL im August 1973 wurde die Auflösung diskutiert. Ende September 1973 wurden mehrere Mitglieder des MIL in Barcelona während einer gezielten Polizeiaktion verhaftet und Salvador angeschossen.

Am 7. Januar 1974 wurde Salvador Puig Antich in einem »Rache-Urteil« zum Tode verurteilt, weil beim Schusswechsel während der Verhaftungsaktion ein

Polizist der Guardia Civil erschossen worden war. Trotz gegenteiliger Beweise wurde Salvador der Tod des Polizisten angehängt. »Rache-Urteil« u.a. deshalb, weil am 20. Dezember 1973 ein geglücktes Attentat auf den damaligen Franco-Vertrauten und Regierungschef Luis Carrero Blanco das Leben desselben beendet hatte.

Trotz zahlreicher [internationaler] Proteste wurde das Urteil des Franco-Regimes an Salvador Puig Antich unter Anwendung der Garrote [qualvoll wirkendes Tötungsinstrument] am 2. März 1974 vollstreckt.

listisches und unabhängiges Baskenland erkämpfen wollte, waren Teil einer Eskalation, welche die letzten Jahre des Franquismus bestimmen sollte.

1970 – 1976 | Permanenter Aufruhr

Auf neue massive Streikbewegungen reagierte der franquistische Staat bereits Anfang 1969 mit der Verhängung des Ausnahmezustandes über das gesamte Land. Damit brachte er die Lage freilich keineswegs unter Kontrolle. 1970 rollte über Spanien eine Streikwelle nie gekannten Ausmaßes hinweg. Die letzten Jahre des Regimes waren von einer andauernden Konfliktsituation gezeichnet.

Die Arbeiter kämpften zunehmend nicht mehr nur für materielle Verbesserungen, sondern erhoben auch politische Forderungen wie die nach freien Gewerkschaften oder dem Recht auf Streik. Immer häufiger kam es zu Solidaritätsstreiks mit den Arbeitern anderer Fabriken oder Branchen, wuchs das Gefühl von Verbundenheit zwischen Antifranquisten verschiedener Provenienz. Vor allem die Erfahrung der Repression – Polizeiangriffe auf Demonstrationen, Haft, Folter u.a. – schweißte den Widerstand zusammen. Die Forderung nach Amnestie für politische Häftlinge wurde zum verbindenden Glied. Der erste Kristallisationspunkt dieser Entwicklung war der Prozess von Burgos im Dezember 1970, als 16 Etraras von drakonischen Strafen bedroht waren. Diese verstanden es jedoch, den Prozess in ein Tribunal gegen die franquistische Unterdrückung [Folter!] umzuwandeln. Sie erhielten breite Solidarität innerhalb und außerhalb Spaniens.

Von nun an trat der Franquismus in eine permanente Krise ein. Massive Streikbewegungen wie lokale Generalstreiks wollten nicht mehr abebben. Die Universitäten befanden sich in einer Art Daueraufstand, wurden immer wieder geschlossen. Soziale Bewegungen wie die Nachbarschaftsversammlungen, Frauengruppen oder der Katalanismus traten immer lautstärker auf den Plan. Die katholische Kirche geriet in der Folge des Zweiten Vatikanischen Konzils in immer offeneren Gegensatz zur Diktatur. Nicht mehr nur Arbeiterpriester, sondern nun auch Bischöfe forderten soziale und politische Rechte ein. 1973 brach zudem der enorme Wirtschaftsaufschwung zusammen, der Anfang einer tiefen Wirtschaftskrise.

Am 20.12.1973 und zeitgleich mit dem Beginn des »Prozesses 1001«, bei dem führende Vertreter der Arbeiterkommissionen zu langjährigen Haftstrafen verurteilt



**Augustin
Souchy**

* 28.8.1892 · Ratibor
† 1.1.1984 · München

»Student der Revolution«, nannte sich **Augustin Souchy** selbst, der die russische Revolution 1917 und die revolutionären Aufstände 1918 erlebt hatte, 1936-1939 am spanischen Bürgerkrieg in der Informationsstelle der CNT in Barcelona teilgenommen und versucht hatte, für die FAI Geld und Waffen aus Frankreich zu organisieren. Auch die kubanische Revolution 1959 und die portugiesische Nelkenrevolution 1974 erlebte er aktiv. Schon als 22-jähriger ging der überzeugte Anarchist und Antimilitarist beim Ausbruch

des I. Weltkrieges nach Österreich, wurde er gleich wieder abgeschoben mit einem Schild um den Hals: »Vorsicht Anarchist!«. Nach diversen Inhaftierungen und Passproblemen in Dänemark, Norwegen und Schweden kehrte Souchy 1919 nach Deutschland zurück und war fortan anarcho-syndikalistisch organisiert in der Freien Arbeiter Union Deutschlands [FAUD]. 1920 reiste er nach Russland, traf Lenin und wurde Kritiker einer parteizentralistischen Idee. 1921 ging er nach Frankreich, wurde wieder des Landes verwiesen und

werden sollten, gelang ETA ein spektakulärer Coup: Mitten in Madrid sprengten sie das Fahrzeug in die Luft, mit dem der Admiral Luis Carrero Blanco unterwegs war. Carrero Blanco war der Nachfolger des kranken 81-jährigen Franco als Regierungschef gewesen. Das Regime war ins Mark getroffen. Der »Prozess 1001« stärkte die antifranquistische Solidarität und vergrößerte die außenpolitische Isolation Franco-Spaniens. Als ein Jahr darauf im benachbarten Portugal die maßgeblich von linken Militärs getragene »Nelkenrevolution« den Diktator Marcelo Caetano hinwegfegte, schien auch das Schicksal des Franquismus besiegelt.

Die Kommunistische Partei als stärkste antifranquistische Kraft, die auch die CC.OO. dominierte, sah als Strategie zum Sturze der Diktatur weiterhin eine friedliche Massenmobilisierung vor. Dabei stand für die Kommunisten trotz des Fernziels Sozialismus nicht etwa eine proletarische Revolution auf der Tagesordnung, sondern ein demokratisches und republikanisches Spanien. Unter dem Slogan »pacto por la libertad« [Pakt für die Freiheit] versuchten sie, alle Antifranquisten in einer Einheitsfront zu vereinen. Dies gelang nur teilweise, denn die wichtige sozialistische Partei PSOE stellte sich quer. Und auch die Versuche, mit einem landesweiten Generalstreik und Massendemonstrationen die Machtfrage zu stellen, scheiterten wie schon Ende der 1950er Jahre. Trotz aller Schwierigkeiten saß das Regime zu fest im Sattel. Die Gründe hierfür müssen u.a. im Fehlen einer starken soldatischen Opposition wie in Portugal gesehen werden, wie auch in der Tatsache, dass trotz der hohen Mobilisierungsfähigkeit insbesondere der antifranquistischen Arbeiterbewegung nicht übersehen werden darf, dass die große Mehrheit der Spanier sich politisch weiter indifferent verhielt.

Auch als Franco am 20.11.1975 starb, war der Franquismus keineswegs am Ende. Zu Jahresbeginn 1976 setzte daraufhin eine intensive Streik- und Pro-Amnestie-Bewegung ein, die auf den demokratischen Bruch [ruptura democrática] drängte. Doch spätestens als es der Polizei gelang, die großen Mobilisierungen zum 1. Mai zu verhindern bzw. einzudämmen, war offensichtlich: Die franquistische Machtelite und die Opposition befanden sich in einer Pattsituation. Weder konnte der Franquismus einfach fortgesetzt werden, noch konnte der Widerstand einen Regimewechsel erzwingen. ▲

arbeitete anschließend als verantwortlicher Redakteur der FAUD-Zeitung »Der Syndikalist«. Als Internationalist reiste Souchy durch verschiedene Länder, lernte autodidaktisch verschiedene Sprachen und beteiligte sich an der Vernetzung der »Internationalen Arbeiter Assoziation« [IAA]. 1933 floh er vor den Nationalsozialisten nach Paris und ging 1936 nach Spanien. 1939 flüchtete Souchy nach Frankreich, wo er zwei Jahre in einem Gefangenenlager eingesperrt war. 1942 konnte er nach Mexiko ins Exil fliehen und veröffentlichte zahlreiche Bücher, u.a. »Nacht über Spanien«. Er lebte bis 1948 in Mexiko, wo er land-

wirtschaftliche Kollektive beriet. 1952 reiste er nach Israel und setzte sich mit der Kibbuzim-Bewegung auseinander. Diese Erfahrungen wiederum trug er nach Kuba und begab sich auf eine [Vortrags-]Reise durch Lateinamerika, um gewerkschaftliche Selbstorganisation zu unterstützen.

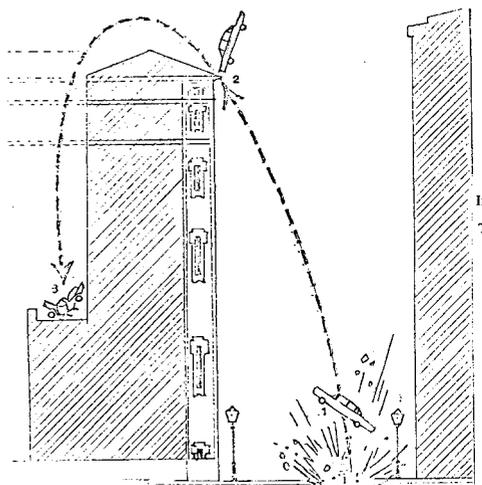
Von 1963-66 war er aufgrund seiner Erfahrungen im Auftrag des Internationalen Arbeitsamtes Genf als Bildungsexperte in der Karibik.

1966 ging er in die BRD nach München, publizierte regelmäßig und trat bis ins hohe Alter als Zeitzeuge auf.

Mit 91 Jahren starb er an einer Lungenentzündung.



**aufräumarbeiten der polizei
nach der sprengung durch ETA**



der wagen des regierungspräsidenten carrero blanco mit seinen drei Insassen wurde durch die explosion in die luft geschleudert [1], prallte an das gesims [2] des fünfstöckigen gebäudes, flog über das dach und sollte seine flugbahn auf der terrasse [3] beenden, die den innenhof umrandet. dort wurde es zertrümmert und in form eines V gebogen gefunden.

die »transición«. zwischen bruch und reform

Als am 25. April 1974 in Portugal das Lied »Grandola vila morena« erklang und den Aufstand einläutete, war nicht nur die Zeit der dortigen Diktatur abgelaufen, sondern auch den Herrschenden im spanischen Staat wurde ihr mögliches baldiges Ende vor Augen geführt. Bereits Ende 1973 hatte die ETA den designierten Garanten für ein Fortbestehen des Franquismus, den Militär Carrero Blanco, samt Auto über einen Häuserblock fliegen lassen. Was damals niemand wissen konnte: Dieses Attentat markierte den Anfang vom Ende der Franco-Diktatur und leitete den Prozess des Übergangs hin zur »Demokratie« ein. Diese transición gilt dem politischen Mainstream als Musterbeispiel für die friedliche Ablösung einer Diktatur. Was nach außen oftmals als gelungenes Transformationsmodell dargestellt wird, war allerdings ein von massiven sozialen Auseinandersetzungen geprägter Übergangsprozess, der bei weitem nicht das gegenwärtige politische System Spaniens zum Ergebnis hätte haben müssen.

Spätfranquismus · Stärke des antifranquistischen Widerstands

Ab Ende der 1960er Jahre kam es in Spanien zu einer Verschärfung der sozialen Konflikte und mit dem Aufleben und der Radikalisierung der breiten Oppositionsbewegung auch zu einer politischen Krise des Franquismus. Der Aufschwung der spanischen Wirtschaft in den 60er Jahren konnte von dem franquistischen Regime kaum für die eigenen Zwecke genutzt werden, im Gegenteil: es wurde immer krisenanfälliger. Damit korrespondierend und durch die Proteste hervorgerufen wurden Risse im herrschenden Machtgefüge deutlich. Während sich die Oligarchie für ein unverändertes Fortbestehen des Regimes stark machte und insbesondere im »bunker« [den Hardlinern] Bündnispartner hatte, strebten andere Kapitalfraktionen eine Liberalisierung bzw. einen Wandel hin zu einem demokratisch-parlamentarischen System an. Die mangelnde Integrationskraft des Regimes und die fehlende politisch-ideologische Mobilisierung der Arbeiterinnen und Arbeiter durch die Massenorganisationen des Staates drückte sich in der steigenden Inten-

venceremos

39

gruppe
d.i.s.s.i.d.e.n.t.
Marburg

die übergangszeit

LA TRANSICIÓN

sität der Kämpfe aus, die vor allem die Unternehmer des industriellen Sektors zur Akzeptanz gegenüber den sich bildenden Arbeiterkommissionen [CC.OO.] zwang. Insbesondere diese Kapitalfraktionen wurden später vom staatstragenden Teil der Linken als Bündnispartner anerkannt. Sie wurden jedoch als Gegner unterschätzt, da die Bourgeoisie trotz ihrer zeitweiligen Funktion als Bündnispartnerin selbst im Demokratisierungsprozess nie aufhört gegnerische Positionen zu vertreten. Dies formulierte bereits im Jahr 1977 der griechisch-französische Politologe und Philosoph Nicos Poulantzas.

Die Gleichzeitigkeit des Auftretens unterschiedlicher Oppositionsbewegungen verdeutlichte die schwindende Integrationskraft des Regimes und seiner Institutionen.

Trotz der Politisierung und den widerständigen Praxen innerhalb der spanischen Bevölkerung konnte das verhasste politische System nicht überwunden werden. Erst nach Francos Tod am 20. November 1975 – angeblich war in Madrid schon Tage vorher der Champagner ausverkauft – konnte ein weitergehender Wandel eingeleitet werden.

Die »transición«

Zentrale Person der transición war der heute noch regierende König Juan Carlos. Bereits 1969 wurde er als Nachfolger von Franco auserkoren und schwor einer politischen Legitimität Treue, die am 18. Juli 1936 [dem Tag des Militärputsches gegen die Republik] entstanden sei. Ihm sollte die Rolle der Sicherung des Fortbestehens des Staates zufallen. Am 22.11.1975 wurde er schließlich zum König von Francos Gnaden gekrönt und leitete die Etablierung eines »normalen« parlamentarischen Systems ein.

Die Stärke der Opposition sowie die Kontinuität und Intensivierung von Streikaktivitäten machte den herrschenden Fraktionen schnell klar, dass sie zur Aufrechterhaltung ihrer politisch-ökonomischen Macht der Unterstützung zentraler Figuren aus der ArbeiterInnenbewegung bedürften. Die Entwicklung der Streikaktivität macht deutlich, unter welchem Druck die Modernisierungsstrategien der herrschenden Klassen standen: 1964-66: 171.000 Streiktage, 1967-69: 345.000, 1970-72: 846.000, 1973-75: 1.548.000 und schließlich in den ersten Jahren nach dem Tod Francos 1976-1978: 13.240.000 Streiktage. Joaquin Satrustegui, der für



polizei belagert demonstration in madrid

Streiks und Repression

In den letzten Jahren des Franquismus kam es zu immer neuen Wellen von Streikbewegungen in den industriellen Zentren in Madrid, Katalonien, dem Baskenland und andernorts. Millionen ArbeiterInnen beteiligten sich an Streiks mit immer politischeren Forderungen und legten ganze Branchen und Regionen wirtschaftlich lahm. Der Staat reagierte mit massiver Repression und entfesselter Polizeigewalt. Schlagstöcke, Tritte und Tränengas gegen ArbeiterInnen waren an der Tagesordnung. Die »grises«, wie die Polizisten

die Regierung Verhandlungen mit den ArbeiterInnen führte, bemerkte schon 1973: *»Wir müssen, koste es was es wolle, auf jeden Fall die Kommunisten beherrschen und, noch wichtiger: ihre Führer in unser Projekt integrieren, so dass sie es sind, die die Streiks kontrollieren und die Gewalt der Streiks und der Studenten verhindern, auf die sie einen so großen Einfluss haben«.*

Zurückhaltung der Linken

Wichtige, teils überraschende Schritte bei der Modernisierung des politischen Systems, wie zum Beispiel die Legalisierung freier Gewerkschaften und der Kommunistischen wie der Sozialistischen Partei, sind vor diesem Hintergrund zu verstehen. Von Seiten ultrarechter Kräfte wurde die Legalisierung der Partido Comunista de España [PCE] scharf kritisiert, ein Putsch blieb aber aus, da man die Zulassung »aus dem Geist des Patriotismus und der Pflicht gegenüber dem Vaterland« akzeptierte. Trotz stark zunehmender Streikaktivitäten und massenhaften Aktionen auf den Straßen schlug insbesondere die PCE einen legalistisch-reformistischen Weg ein. Die PCE arrangierte sich mit der Bourgeoisie und den Kräften des alten Regimes und trug zur Befriedung und Einbindung der radikalen Kräfte bei. Mittels eines bewusst gemäßigten Auftretens wollte man – ähnlich wie 1936 – nicht die BürgerInnen verschrecken. So erkannte die PCE die Monarchie ebenso an wie die spanische Fahne, die der Flagge der Franco-Diktatur ähnlicher war als die Spanische Republik von 1936. Bei den ersten freien Wahlen 1977 konnte die PCE schließlich 9,2 Prozent der Stimmen gewinnen. Ihre moderaten Interventionen in einem Kontext sich zuspitzender sozialer Konflikte brachten der PCE schließlich auch Lob seitens der »Financial Times« ein, die im Dezember 1978 anerkennend erwähnte, dass *»die aktive Moderation der Kommunisten [...] entscheidend war, um zu verhindern, dass Spanien in einen Abgrund ziviler Konflikte hinabrutschte und die Kontinuität der Reformen zu ermöglichen«.* Die ständige Kompromissbereitschaft bezahlte die Kommunistische Partei teuer: Nach dem Wahldebakel 1982 stürzte die PCE praktisch zusammen.

Bis zu diesen Wahlen traten die Sozialisten mitunter konfrontativer auf und bedienten sich einer marxistischen Rhetorik. Der Wandel hin zu einer klassisch sozialdemokratischen Partei wurde unter der Führung des späteren Ministerpräsidenten

wegen ihrer grauen Uniform genannt wurden, schossen immer wieder scharf. So wurden 1970 in Granada drei Bauarbeiter von der Polizei ermordet und bei der Räumung der SEAT-Fabrik in Barcelona 1971 starb ein Arbeiter. Auch nach Francos Tod wütete die Polizei weiter. Das Baskenland war einer der Brandherde der klassenkämpferischen Auseinandersetzungen. Im Frühjahr 1976 kämpften die ArbeiterInnen der baskischen Stadt Gasteiz für bessere Arbeitsbedingungen und riefen einen lokalen General-

streik aus. Am 3. März 1976 sollte in einer Kirche eine Streikversammlung stattfinden. Die Polizei schoss in die geschlossenen Räume Gasgranaten. Als die ArbeiterInnen in Panik herausstürmten, eröffneten die Polizisten das Feuer. Fünf ArbeiterInnen wurden getötet, 150 durch Kugeln schwer verletzt. Die Verantwortlichen wurden nie zur Rechenschaft gezogen.

ten Felipe Gonzalez vollzogen und 1979 wurde das Adjektiv marxistisch aus dem Programm gestrichen. Trotzdem agitierte der PSOE weiterhin gegen die NATO-Mitgliedschaft und strebte ein Referendum darüber an. Nach dem Regierungsantritt 1982 wurde dieses Referendum auch wirklich durchgeführt. In der Zwischenzeit hatte sich die PSOE jedoch zur NATO bekannt.

Der Regierungsantritt der sozialdemokratischen PSOE wird von vielen als Abschluss der transición gewertet, weil mit diesem ein Wechsel von einer rechten Regierung hin zu einer »linken« stattgefunden hat. »Sieger« der transición ist die Bourgeoisie. Schon 1975 warnte Poulantzas davor, dass die Bourgeoisie gestärkt aus dem Sturz des Regimes hervorgehen würde. War es damals allerdings noch nicht entschieden, in welche Richtung sich die Kämpfe entwickeln würden, stand wenige Jahre später fest, dass die Politik von PSOE und PCE und ihrer Gewerkschaften für Akzeptanz der Marktwirtschaft unter den ArbeiterInnen gesorgt hatte. Die quasi korporatistische Einbindung, insbesondere in den ersten Jahren nach Francos Tod, führte zur besseren Regierbarkeit des Landes. Die PSOE betrieb in den Regierungsjahren ab 1982 eine konsequente Modernisierungspolitik, die auf eine Stabilisierung des Kapitalismus im neuen demokratischen Gewand abzielte.



spaniens elite unter sich · diktator franco
franco und könig juan carlos · 1975

Scheitern der Linken und/oder Erfolg der staatlichen Repression?

Für die Linke war die transición eine Geschichte des Scheiterns: ihre radikalen, auf umfassende soziale Transformationsprozesse abzielenden Strömungen wurden effektiv bekämpft und konnten, wenn überhaupt, nur um den Preis einer Mäßigung der eigenen Ziele Einfluss gewinnen. Dies lässt sich sowohl an der Entwicklung der PCE als auch der PSOE nachzeichnen. Auch die Geschichte der ArbeiterInnenbewegung lässt sich aus einer linken Perspektive als Prozess des Scheiterns beschreiben: Auf eine Phase wilder Streikbewegungen, die in einer demokratisch aufgebauten, von unten dominierten Institutionalisierung endete, folgte eine Phase, in

Linke Stadtguerillas

Ab Mitte der 1960er Jahre spalteten sich immer wieder Gruppen von der Kommunistischen Partei [PCE] ab. Dieser warfen sie wegen ihrer Politik der »nationalen Versöhnung« und ihres Ziels, eine parlamentarische Republik zu erkämpfen, Verrat an der Arbeiterklasse und »Revisionismus« vor. Die linksradikalen Gruppierungen orientierten sich am klassischen Marxismus-Leninismus, waren häufig maoistisch oder trotzkistisch inspiriert

und gründeten neue kommunistische Parteien. Im Zuge eines Radikalisierungsprozesses gingen einige dazu über, bewaffnete Kommandos zu bilden. Eine dieser Gruppen war der »Frente Revolucionario Antifascista y Patriótico« [Revolutionäre antifaschistische patriotische Front, FRAP], die am 1.5.1973 mit einem Angriff auf Polizisten erstmals in Aktion trat. Am 27.9.1975, kurz vor Francos Tod, wurden neben zwei Etaras

der die Kommunisten zunehmend die Arbeiterkommissionen CC.OO. beherrschten und eine mäßigende Kontrolle und Zurückhaltung der starken Bewegungen ausübten.

Die Zurückhaltung der Linken zeigt sich ebenfalls in der Mitarbeit an dem vergangenheitspolitischen Schweigepakt der transición. Es kam in der transición zu einem so genannten »Ehrenabkommen«, das wie eine totale Amnesie die blutige Vergangenheit des Franquismus mit einem Tabu belegte. Hinter dieser Amnesie stand der historische Ausgleich zwischen »progressiven« Angehörigen der franquistischen Eliten und der illegalen Opposition, vor allem den Sozialisten und der KP. Bedeutsam war auch die Generalamnestie, die franquistische Folterer und Henker einschloss. Die Ächtung und juristische Verurteilung der franquistischen Repression, die mindestens 140.000 Menschen das Leben gekostet hatte, konnte somit ausbleiben.

Doch bei der Beurteilung dieser Epoche sollte nicht vergessen werden, wie hoch die Gefahr eingeschätzt wurde, dass es zu einem rechten Putsch kommen könne. Die Furcht davor, die alten Eliten zu provozieren, war ein Motiv, das viele Linke zu einer systematischen Moderierung bewogen hat. Putschversuche und massive staatliche Gewalt gegen die Linke verdeutlichen ihre prekäre Lage. An einem Vorfall in der baskischen Stadt Gasteiz lässt sich diese Bedrohungssituation während der transición veranschaulichen: am 3.5.1976 wurde eine Versammlung der Streikbewegung in einer Kirche von der Polizei gestürmt. Bilanz des Gewaltexzesses: Fünf Tote und knapp einhundert Verletzte. Der Verantwortliche ist Manuel Fraga, der bereits unter Franco Tourismus- und Informationsminister war und 1975 Innenminister wurde. Fraga steht für die personellen Kontinuitäten im postfranquistischen Staatsapparat, der weitgehend – vor allem die »Ordnungskräfte« – von franquistischen Kräften durchsetzt ist. Die Gewalt gegen Linke, ausgeführt von der berüchtigten Spezialpolizei Guardia Civil, verantwortet von Altfranquisten: dies ist der Kontext, in dem die teilweise ängstliche Zurückhaltung gewisser Teile der Linken



putschversuch im spanischen parlament
durch militärs und guardia civil · madrid 1981

auch drei Mitglieder des FRAP hingerichtet. Als Antwort darauf entstand eine weitere marxistisch-leninistische Stadtguerilla, die Grupos de Resistencia Antifascista 1º de Octubre [Gruppen des Antifaschistischen Widerstandes 1. Oktober, GRAPO], die am 1.10.1975 erstmals in Aktion trat. Diese Stadtguerilla-Gruppen verfügten über keine Massenbasis und blieben politisch isoliert.

zu verstehen ist. Manuel Fraga steht aber auch für den Einfluss der alten Eliten im neuen Parteiensystem. Er ist noch heute Ehrenvorsitzender der konservativen Partido Popular [PP].

Der Vorfall von Gasteiz ist keine Ausnahme: Die transición, die Herstellung »normaler« Verhältnisse demokratischer bürgerlicher Herrschaft, ging mit einem gewaltsamen Vorgehen gegen radikale politische Strömungen einher. Neben der Anwendung klassischer Polizeigewalt bauten die Regierenden selbst unter der PSOE-Regierung staatlich gelenkte Todesschwadronen auf. Die so genannten »Grupos Antiterroristas de Liberación« [GAL] ermordeten zwischen 1983 und 1989 29 Menschen. Die Ermordeten waren mehrheitlich in der baskischen Unabhängigkeitsbewegung aktiv. Für eine Demokratie etwas untypisch: selbst Abgeordnete von Kommunalparlamenten wurden Opfer dieser staatlichen Gewalt. Am 20. November 1989 wurde der Journalist Josu Muguruza das bislang letzte Opfer des Staatsterrorismus. Heute ist bewiesen, dass diese Terrorkampagnen mit Mitteln des Innenministeriums finanziert wurden. Eine Aufarbeitung dieser Ereignisse konnte ansatzweise erst nach der Abwahl der PSOE im Jahr 1996 beginnen, eine offizielle Erklärung der Sozialdemokraten hierzu steht bis heute aus.



gedenkstein
für 4 aktive
der »comandos
autónomos
anticapitalistas«
im baskischen
küstendorf
pasaia.

Die staatliche Kill-Fahndung ergänzte die Arbeit der Todesschwadronen: So wurden beispielsweise 1984 im Hafen von Pasaia vier Aktive der bewaffnet kämpfenden Gruppe »Comandos Autónomos Anticapitalistas« erschossen. Neben den staatlichen Morden hatten zwischen 1975 und 1981 paramilitärische und faschistische Gruppen bereits zahlreiche Menschen umgebracht. Ihr Terror richtete sich auch gegen die Gewerkschaften. 1977

stürmte ein Kommando der »Alianza Apostólica Anticomunista« ein Büro von Anwälten der CC.OO. und erschoss fünf Personen.

Dass der Staatsterror insbesondere die baskische Linke traf, ist mit der mehrheitlichen Ablehnung des eingeschlagenen Weges der transición im Baskenland und dem Rückhalt für ETA in der baskischen Bevölkerung zu erklären. So lehnte die Mehrheit der baskischen Bevölkerung die Verfassung des spani-

Post-Franquistischer Terror gegen Links

Kurz nach dem Tod Francos und der dadurch eingeleiteten Demokratisierung entstanden verschiedene rechtsextreme Terrororganisationen, die für zahlreiche Attentate und Morde verantwortlich waren. Sie trugen Namen wie »Comandos Antimarxistas« [Antimarxistische Kommandos], »Guerrilleros de Cristo Rey« [Christo-Rey-Guerilla] oder Alianza Apostólica Anticomunista [Apostolische Antikommunistische Allianz]. Sie verfolgen zum einen das Ziel, die sich formierende Demokratie zu schwächen und wollten zum

schen Staates ab. In anderen Teilen des spanischen Staates blieben bewaffnete Gruppen von der Bevölkerung weitgehend isoliert.

Bruch, Kontinuität oder Reform?

Letztlich beschreibt die *transición* die Geschichte des Übergangs von der autoritären politischen Form des Franquismus zu einer liberal-demokratischen Form des kapitalistischen Staats, in dem die Etablierung und relativ freie Betätigung zivilgesellschaftlicher Strukturen ermöglicht wurden. Die blutigen Geschehnisse sowie die zu beobachtenden Kontinuitäten zum Franquismus werden in der herkömmlichen Betrachtung der *transición* zumeist vernachlässigt. Sowohl auf personeller [politische und wirtschaftliche Eliten] als auch auf symbolischer Ebene [z.B. keine Umbenennung von Plätzen und Straßen bis 1982] sind Kontinuitäten in einem Maße feststellbar, dass die Rede von einem Bruch unplausibel erscheint. Was sich oberflächlich betrachtet als die gelungene Herstellung eines westlichen parlamentarischen politischen Systems präsentiert, enthüllt sich bei näherer Betrachtung als eine allzu langsame Reform des alten Systems.

Die personellen Kontinuitäten, die fehlende Entmachtung der Trägergruppen des alten Regimes, die permanente Drohung eines rechten Putschs sowie die staatliche und paramilitärische Bekämpfung linker oppositioneller Bewegungen sind die Faktoren, die die Kontinuität gewisser Elemente des Spätfranquismus mehr als deutlich zeigen. So verwundert es auch kaum, dass Spanien auch nach 1975 ein ruhiger Rückzugsort für Alt-Nazis wie die SS-Offiziere Leon Degrelle, Ernst Otto Skorzeny oder Paul Hafner blieb.

Dass dennoch ein gewisser Fortschritt in Hinblick auf politische und soziale Rechte erkämpft werden konnte, ist als positives Resultat des widersprüchlichen Prozesses der *transición* festzuhalten.



tafel mit falangistischem symbol in elgoibar, baskenland

anderen einen Gegenpart zum bewaffneten Kampf der ETA zu bilden. Für den Zeitraum 1977 bis 1981 werden diesen Gruppierungen zwischen 15 und 40 Morde zur Last gelegt, darunter das Massaker an fünf Anwälten der Gewerkschaft CC.OO. am 24.1.1977 in Madrid.

In eine zweite Phase fielen die GAL – Grupos Antiterroristas de Liberación [Antiterroristische Befreiungsgruppen]. Diese agierten im geheimen Auftrag der sozialdemokratischen Regierung zwischen 1983 und 1987 als Todesschwadronen

gegen die baskische Untergrundorganisation ETA. Den Entführungen und Morden der GAL fielen 28 mutmaßliche oder tatsächliche Mitglieder oder Sympathisanten der ETA zum Opfer. Getötet wurde auch ein Politiker der inzwischen verbotenen baskischen Linkspartei Herri Batasuna. Rund ein Dutzend Männer wurden für die GAL-Morde verurteilt, darunter der sozialdemokratische Innenminister von Spanien, ein führender Politiker der PSOE sowie Polizisten und Angehörige der Guardia Civil.



**Ludwig
Renn**

* 22.4.1889 - Dresden
† 21.7.1979 - Berlin

1930 legte der aus dem deutschen Adel stammende Arnold Vieth von Golßenau aus Protest gegen Angriffe der Nationalsozialisten gegen seine Literatur seinen Namen ab und nannte sich von da an **Ludwig Renn**, nach der Heldenfigur eines seiner Romane. Der Globetrotter Renn war 1925/26 zu Fuß durch Südeuropa und den Orient gereist und hatte in Wien 1927 sein Studium der Archäologie beendet, nachdem er bereits

Jura, Nationalökonomie, Kunstgeschichte und russische Philologie studiert hatte. Ende der 20er Jahre trat er der KPD bei, war Mitglied im Rotfrontkämpferbund und Sekretär des Bundes proletarisch-revolutionärer Schriftsteller sowie Herausgeber der Literaturzeitschriften »Linkskurve« und »Aufbruch«. Nach dem Reichstagsbrand Ende Februar 1933 wurde Ludwig Renn zusammen mit Carl von Ossietzky und Ernst Torgler

»erinnern, man muss sich erinnern«

Madrid, Januar 1970. Eine Stimme im Radio: »Se declara el estado de excepción ... /Hiermit wird der Ausnahmezustand verhängt...«

Mit diesem Satz beginnt einer der aufregendsten Filme Pedro Almodóvars, Live Flesh/Carne trémula von 1997.

Im selben Jahr wird der spanische Regisseur seinen Filmanfang wie folgend begründen: »Ich war schockiert, daß der Mann, der diese monströse Sache verkündet hat, nicht nur noch am Leben ist, sondern auch immer noch im politischen Leben Spaniens eine Rolle spielt. Es ist seine Stimme, seine fürchterliche Stimme - er spricht sehr schlecht -, die man in dem Film hört, und die Spanier werden auch schockiert sein, alle werden seine Stimme wiedererkennen.«

Die Stimme des Ausnahmezustands von 1969 gehört Manuel Fraga Iribarne: 1962-1969 Tourismus- und Informationsminister unter Franco, nach dessen Tod Gründer der Alianza Popular, aus der der rechte ‚Partido Popular‘ [PP] 1989 hervorging, 1989-2005 Regierungschef in Galizien. Er gilt als einer der »Väter« der spanischen demokratischen Verfassung und des zwischen allen postfranquistischen politischen Kräften geschlossenen »Paktes«, dessen Ergebnis u.a. die 1976 erlassene Generalamnestie der während des spanischen Bürgerkriegs und der Franco-Diktatur begangenen politischen Verbrechen beinhaltet.

Als Informationsminister verkündete Fraga in den sechziger Jahren öffentlich die Todesurteile gegen politische Gefangene und war verantwortlich für die Pressezensur. Noch heute brüstet sich Fraga, ja nur Schlimmeres unter Franco verhindert zu haben.

Verdrängung und sich erinnern

Die Angst, sich zu erinnern, politisch Verantwortliche des Franquismus zu benennen und zur Verantwortung zu ziehen, prägt auch weiterhin den politischen und kulturellen Mainstream der spanischen Gesellschaft. Und noch immer wirkt die Drohung, die »gesellschaftliche Versöhnung nicht zu gefährden«, »den Pakt nicht

venceremos

47

Guerra Civil, Franco-Diktatur und anti-franquistischer Widerstand im spanischen Film

Lisa Ackermann
Freie Lektorin, Übersetzerin, mit dem Eiszeit-Kino in Berlin-Kreuzberg liiert, Mitglied der THINK POP groupe sonyaa guérrin

spanisches kino

CINE ESPAÑOL

aufgrund der »Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat« der internationalen Presse persönlich vorgeführt und verurteilt. Nach seiner Entlassung aus dem Zuchthaus Bautzen beteiligte er sich ab November 1936 an der Thälmann-Kolonnen der XI. Brigade auf Seiten der Republik im Spanischen Bürgerkrieg. Nach dem Sieg der Truppen Francos gelang ihm die Flucht über England und die USA nach Mexiko, wo er als Vorsitzender der Bewegung »Freies Deutschland« agierte.

1947 kehrte Ludwig Renn nach Deutschland zurück, ging in die DDR und war an der Technischen Hochschule Dresden sowie der Humboldt-Universität Berlin tätig. Ab 1952 arbeitete er als freier Schriftsteller und nach zahlreichen Auszeichnungen war er von 1969-75 Ehrenpräsident der Akademie der Künste der DDR. In Berlin verstarb er 1979.

zu brechen«; und nach wie vor bleiben Militärarchive für die kritische Öffentlichkeit sowie justizielle Untersuchungen geschlossen.

Jedoch gibt es und gab es seit den 1960er Jahren – noch während der Diktatur – immer wieder Ausdrucksversuche, dieser Geschichte und ihren lebenden ProtagonistInnen, dem antifranquistischen Widerstand, seinen Toten und Henkern, ein Gesicht zu verleihen.

Almodóvar als Vertreter der spanischen ‚Movida‘ – der metropolitanen Subkultur der 1980er Jahre – beschreibt eine symptomatische Haltung: »Vor zwanzig Jahren bestand meine Rache an Franco darin, daß ich nicht einmal sein Leben, die Erinnerung an ihn zur Kenntnis nahm, daß ich meine Filme machte, als hätte es ihn nie gegeben. Heute denke ich, daß es gut ist, diese Zeit nicht zu vergessen und sich zu erinnern, daß das nicht so lang her ist.«

Im spanischen Film zeigen sich noch andere Formen des Sich-erinnerns und der Verdrängung – bei gleichzeitiger Thematisierung des Bürgerkriegs und seiner Folgen: die Sentimentalisierung menschlichen Leidens, die Sucht nach Heroisierung von ZeitzeugInnen und eine kritiklos tradierte Oral History, die bis zur Verkitschung und Verharmlosung führt.

Letztendlich zeigt sich aktuell eine postmodern zu nennende Nivellierung nach dem Motto: »Alle haben gelitten; auf beiden Seiten – franquistischer wie republikanischer – gab es Gute und Böse.«

Filmische Beispiele stellen u.a. David Truebas »Soldados de Salamina« oder die britisch-spanische Produktion von Ken Loach, »Land and Freedom« dar. Hier sei nur an eine Filmszene erinnert: Der republikanische Milizionär, der in Slow Motion mit seinem Gewehr wie mit einer Geliebten im Arm tanzt.

Mach Dir keine Hoffnungen; solange die Mumie von El Pardo lebt, wird dieser Film nicht gezeigt werden

Seit den 1960er Jahren gab es in allen großen spanischen Städten – in Folge der StudentInnen- und ArbeiterInnenbewegungen – so genannte Cineclubs, die der politischen und kulturellen Diskussion dienten und als Treffpunkte genutzt wurden. Viele, die später offen politisch und/oder filmisch agierten, schufen sich dort ihre eigene, antifranquistische Bildung. In ganz Spanien gab es halb-klanestine



**Willi
Bredel**

* 2.5.1901 - Hamburg
† 27.10.1964 - Berlin

1937/38 nahm **Willi Bredel** als Kriegskommissar des Thälmann-Bataillons der XI. Internationalen Brigade am Spanischen Bürgerkrieg teil. Noch 1934 schrieb der sozialistische Schriftsteller im Moskauer Exil »Die Prüfung«, den ersten international veröffentlichten Roman über deutsche Konzentrationslager. Hier verarbeitete er seine »Schutzhaft« in Hamburg/Fuhlsbüttel, aus der ihm 1934 die Flucht über die Tschechoslowakei gelang. Schon bevor er 1933 von den Nationalsozialisten verhaftet worden war, musste

er ab 1930 zwei Jahre Festungshaft wegen »Vorbereitung literarischen Hoch- und Landesverrates« absitzen.

Als gelernter Dreher kam er durch seine politische Entwicklung zum Schreiben. 1917 wurde er Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend, ging 1917 in den Spartakusbund und schloss sich 1919 der KPD an. Die Teilnahme am Hamburger Aufstand 1923 brachte ihn zwei Jahre ins Gefängnis. Er schrieb für die »Bremer Arbeiterzeitung«, das »Essener Ruhrecho« und war Redakteur der »Hamburger Volkszeitung«.

»Parallelgesellschaften« in Form von ‚Sociedades‘. Möglich wurden seit Ende der 1950er Jahre – durch die zeitweise Lockerung der Zensur – dezent kritische Filme des so genannten »Nuevo Cine Español«, die die hermetische, klaustrophobische Atmosphäre der spanischen Gesellschaft – oftmals Familienszenarien der klerikal-faschistischen Bourgeoisie – abbildeten, ohne die Diktatur offen zu kritisieren.

Regisseure wie Luis García Berlanga oder Juan Antonio Bardem gehörten zu dieser Gruppierung.

Der Spanische Bürgerkrieg aus dem Blickwinkel der republikanischen Seite konnte erst Anfang der 1970er Jahre zum Thema werden. Einer der ersten und wichtigsten Filme ist Víctor Erices »El espíritu de la colmena«/Der Geist des Bienenkorbs von 1973. In einer wunderschönen, poetischen Filmsprache erzählt »El espíritu...« – aus der Sicht zweier kleiner Mädchen – die Situation in einem Dorf in Kastilien, unmittelbar nach Beendigung des Krieges 1940.

Die paralysierten, stummen Eltern, die Düsternis ihrer Umgebung bringen die Kinder dazu, sich eine Parallelwelt zu schaffen, in der eine imaginierte Sehnsuchtsfigur [el espíritu] die Hauptrolle spielt. Diese Figur wird dann real, als ein republikanischer Milizionär auf der Flucht eines der Mädchen um Hilfe bittet: *»Si eres su amiga, puedes hablar con él cuando quieras ... Cierras los ojos y le llamas ... Soy Ana, soy Ana .../Wenn du sein Freund bist, kannst du mit ihm sprechen, wann immer du willst ... Schließe die Augen und rufe ihn ... Ich bin's, Ana, Ana ...«*

Ab Mitte der 70er Jahre, mit Beginn der ‚Transición‘, dem Übergang [manche nennen es auch ‚Transacción‘: Übergabe] der politischen Macht der Diktatur an eine spätere monarchistisch-parlamentarische Demokratie, explodierte die Anzahl der Filme, die sich mit dem Bürgerkrieg auseinandersetzen und für die republikanische Seite Partei ergreifen.

Es entstand ein eigenes Genre: der ‚Bürgerkriegsfilm‘. Der Dokumentarfilm – vor allem auch im Baskenland – erlangte seine größte Bedeutung. Alles schien endlich darstellbar: Widerstand, ArbeiterInnenorganisation, subkulturelle Jugendliche, sozialer Widerstand, erlittene politische Repression und Folter, die Abrechnung mit Katholizismus, den »spanischen Werten« von patriarchaler Familie, ruhmreichen Militär, heiliger Kirche und normierter Heterosexualität. Herausragende Dokumentar- oder Semi-Dokumentarfilme sind beispielsweise Gonzalo Herral-

Ab 1941 nahm er auf sowjetischer Seite am II. Weltkrieg teil und war im Winter 1942/43 in Stalingrad, um deutsche Soldaten von der Sinnlosigkeit des Krieges zu überzeugen. 1943 war er Mitbegründer des »Nationalkomitee Freies Deutschland« [NKFD].

1945 ging er zurück nach Deutschland, war Abgeordneter des Mecklenburgischen Landtages und später Delegierter in der Volkskammer der DDR. 1962 wurde er Präsident der Deutschen Akademie der Künste der DDR und starb 1964 in Berlin.

des Film »Raza, el espíritu de Franco« [1977], eine Auseinandersetzung mit dem von Franco selbst entworfenen Propagandafilm »Raza« von 1941 und »La vieja memoria«/Die alte Erinnerung von Jaime Camino, der Interviews mit herausragenden antifranquistischen Militanten wie der kommunistischen »La Pasionaria« Dolores Ibárruri oder der Anarchosyndikalistin Federica Montseny enthält.

Ziel des postfranquistischen Films war die Entmystifizierung der offiziellen, unter Franco postulierten Geschichte und die direkte Konfrontation, in Zeiten der Transición, mit den noch lebenden politischen Verantwortlichen.

Auch eine Reihe wichtiger politischer Spielfilme entstand, wie »Operación Ogro« [1979] von Gillo Pontecorvo, dem italienischen Regisseur von »Die Schlacht um Algier«, der Organisation und Ablauf des erfolgreichen Attentats von 1974 auf Francos »Kronprinzen« Carrero Blanco durch ein ETA-Kommando filmisch sehr dicht beschreibt.

Zum Genre des politischen Spielfilms zählen u.a. auch Imanol Uribe »Der Prozess von Burgos« [1979], »El desencanto«/Die Entzauberung von Jaime Chávarri [1976] und »Las largas vacaciones del 36«/Die langen Ferien von 36 [1975] von Jaime Camino.

1977 wurde die Zensur in Spanien offiziell abgeschafft. Doch Pilar Mirós Film »El crimen de Cuenca«/Das Verbrechen von Cuenca [1979], der auf einer authentischen Geschichte basierend die Guardia Civil – mit seinen drastischen Folterszenen scharf angreift, konnte durch die Intervention der Militärjustiz erst 1981 aufgeführt werden. Es war einer der größten Skandale und zeigte die damalige politische Realität Spaniens. Mirós Film wurde jedoch Anfang der 1980er Jahre zum größten Publikums- und Kassenerfolg.

Eloy de la Iglesia und sein Film »Los placeres ocultos«/Die geheimen Freuden [1976] und viele andere radikale Filmemacher, die der ‚Movida‘ vorausgingen und das Fortwirken des Franquismus subvertierten, wären hier eine eigene Erzählung wert.

80er Jahre: Verdrängen, verdrängen, verdrängen

In den 1980er Jahren trat eine Kehrtwende im spanischen Film ein. Anhand von Literaturfilmen wurden der Spanische Bürgerkrieg und der Franquismus auf

private Familiengeschichten reduziert. Vom spanischen Fernsehen gefördert, politisch offiziell unterstützt, gingen diese Filme ihren propagierten ‚dritten Weg‘, der bedeutete mit ein wenig Kritik, jedoch ohne gesellschaftspolitisch anzuecken, die politische Erinnerung zu verharmlosen.

Zu erinnern, eine Art persönliche Gegengeschichte zu formulieren, ohne die politisch Verantwortlichen, ihre Strukturen und ihre noch leibhaftige Gegenwart im spanischen Staat und in der Gesellschaft zu benennen, wurde zu einer anderen Form von Verdrängung. Sie hinterließ den Eindruck: *»Alle haben diesen Krieg verloren. Und jetzt haben wir die bestmögliche Gesellschaft, die nicht zu kritisieren ist.«*

Diese Art Filme wurden zu großen Publikumserfolgen und befriedigten auch den Wunsch der seit 1982 regierenden Sozialdemokratie [PSOE] unter Felipe Gonzáles, nicht an den alten Wunden zu rühren und die Geschichte doch ruhen zu lassen.

Zum 50. Jahrestag des Beginns des Spanischen Bürgerkriegs 1986 sollte es denn auch kein offizielles Erinnern geben. Der Schauspieler und Regisseur Fernando Fernán Gómez bemerkte dazu: *»Vor längerem streckten einige die Waffen, vor kürzerem enthielten sich andere der Stimme. Und schon vernimmt man das Gerede: keine Feierlichkeiten, keine Übertragungen, keine Abhandlungen, keine Erinnerungen; es ist besser zu vergessen, das Vergessen heilt alles ... Man soll Informatik lernen, darin liegt die Zukunft, aber das Beste, was man mit der Geschichte machen kann, – außer sie zu verbieten, denn das ist rückständig –, ist, sie zu vergessen. Diejenigen, die um sie wissen, sollen sie vergessen, damit sie sie nicht an die anderen weitergeben können.«*

Die Subkultur der ‚Movida‘ hatte ihre eigenen Motive und Widerstände, die Erinnerung an den Spanischen Bürgerkrieg und die Franco-Diktatur zu verdrängen: »Man wollte leben«, eigene Strukturen der Libertinage schaffen; und landete dabei in den 1990er Jahren oftmals im kommerziellen Mainstream, in Professionalisierung und künstlerischem Erfolg.

Zeitgenössischer Mainstream und Gegenbewegungen?

Anders jedoch als Almodóvar, dessen Filme mit großer filmästhetischer und sozialer Radikalität die Geschlechterverhältnisse und andere Kruditäten der spa-

nischen Gesellschaft demaskieren, haben Filme wie »Soldados de Salamina« [2003] von David Trueba, nach dem Buch von Javier Cercas, kein authentisch gesellschaftsanalytisches Ziel. In einem vermeintlich kritischen Gewand zeigen sie ihre reaktionäre Ausrichtung und Wirken, in dem sie den Spanischen Bürgerkrieg verkitschen und beim Publikum eine sentimentale Berührung erzeugen: *»Es gab damals Gute und Böse auf beiden Seiten. Auch der führende Falangist war ein Mensch mit Widersprüchen und Gefühlen. Auch der republikanische Milizionär hatte Mitleid mit seinen Feinden«* – und sitzt nun in der Gegenwart [im Film] als alter Mann verbittert in einem Altenheim und fühlt sich um seine Jugend betrogen.

Buch und Film hatten einen riesigen Erfolg in Spanien. Möglicherweise zeigt sich darin jedoch auch der Wunsch einer jüngeren Generation, genauer wissen zu wollen, *»wie die Geschichte wirklich war«*.

Auch der international gefeierte Film des mexikanischen Regisseurs Guillermo del Toro, *»El laberinto del fauno«/Pan's Labyrinth* [2006], der seine Phantasy-Geschichte über ein kleines Mädchen, das an Feen glaubt, zeitlich in den Anfängen der Franco-Diktatur ansiedelt, wird dem jungen spanischen Publikum keine exakten Antworten und Informationen geben können: Der Film beginnt mit: *»Spanien 1944«* und endet mit: *»Der Tod ist die Schwelle zum Leben«*; mittendrin die Frage der republikanischen Milizionärin: *»Und was, wenn wir nicht gewinnen können?«* mit der ihr folgenden Antwort des männlichen Protagonisten: *»Wir können es ihnen [jedoch] schwer machen.«*

Victor Erice, auf dessen Film *»El espíritu de la colmena«* sich angeblich del Toro mit *Pan's Labyrinth* bezieht, machte hingegen 1990 in einem Interview deutlich: *»Ebenso wenig [wie gesamtgesellschaftlich] gab es einen kulturellen Wandel von notwendiger Tragweite und Radikalität, der einen wirklichen Bruch mit der Vergangenheit bedeutet hätte ... Für das spanische Kino hat sich kein historischer Wechsel ergeben ...«*

Vielleicht werden die erinnerungspolitischen Bewegungen in Spanien und ihre Dokumentarfilme, indem sie die virulente Geschichte des Spanischen Bürgerkriegs und des Franquismus durcharbeiten, dazu ihren Beitrag leisten. Denn – frei nach Foucault: Der Kopf des Königs ist noch nicht zu Boden gerollt. ▲



REBEL★S'TORE

WWW.DISORDER-BERLIN.DE

MARIANNENSTR.49 BLN.XBERG★



geschichte wird gemacht. linke erinnerungspolitik von unten

venceremos

54

**Silke
Hünecke**
Politologin
Berlin

»Die Verfü- gungsgewalt über die Geschichte und die Hegemonie ihrer Lesarten stellen wesentliche Instrumente zur Aufrechterhaltung politischer Systeme dar. Ob nun durch bewusste Manipulation geschichtlicher Fakten zur besseren Macht- legitimisation oder durch normative Festschreibungen des herrschenden Konsens – es werden Traditionslinien erfunden, die den status quo historisch sanktionieren und soziale Befriedung garantieren.

Die Durchbrechung des konventionellen Geschichtsbildes und die Verwer- fung der ‚Geschichte von Mächtigen‘ bedeutet die Aneignung emanzipatorischer Lektionen aus der Geschichte – eine notwendige Bedingung, um Lethargie zu überwinden und Geschichte als ‚machbar‘ zu begreifen.«*

Die Aneignung der linken Geschichte stellte sich im spanischen Staat als besonders problematisch dar. Nach dem Sieg im Spanischen Bürgerkrieg wurde die franquistische Erzählweise über die II. Spanische Republik, den Bürgerkrieg und die Diktatur auf allen Ebenen hegemonial. Sie dominierte jahrzehntelang die Geschichtsschreibung und die Formen der Erinnerung und hinterließ damit tiefe Spuren innerhalb des kollektiven Gedächtnisses. Wohingegen die linke Erinnerung an die historischen Ereignisse während des fast vierzig Jahre andauernden Fran- quismus marginalisiert ins Exil sowie ins Private verdrängt worden waren.

Auch mit dem Tod Francos und der daraufhin eingeleiteten transición – d.h. des »friedlichen Übergangs« von der franquistischen Diktatur in eine liberal- parlamentarische Monarchie 1975 –, die von allen politischen Lagern [von Vertre- tern des franquistischen Systems bis zu Kräften der linken Opposition] mitgetragen wurde, fand keine staatliche Auseinandersetzung mit der jüngsten diktatorischen Vergangenheit statt. Stattdessen einigte man sich auf die wirkungsmächtige Strategie des »Konsens des Schweigens« dies bedeutete die Geschichte ruhen zu lassen und keine alten Wunden aufreißen zu wollen. Damit ging auch eine neue Deutung des Bürgerkrieges einher, die diesen als eine nationale Tragödie und die

* Holger

Marcks, Vortrag:
Geschichte wird
gemacht – Über
die emanzipatori-
sche Aneignung
von Geschichte,
[www.archive.org/
details/mitge-
schnitten-003](http://www.archive.org/details/mitge- schnitten-003)

die erinnerung

LA MEMORIA

Gräueltat als Verantwortung aller SpanierInnen festschrieb. Der einzige Akt, auf den die linke Opposition bestand, war eine Amnestie für die Opfer. Das Ergebnis, welches im Jahre 1977 verkündet wurde, spiegelt jedoch nur die staatliche Doktrin juristisch wider: Das spanische Parlament beschloss eine Generalamnestie, die eine Straffreiheit für Opfer und TäterInnen gleichermaßen vorsah. Dies hatte auch zur Folge, dass das gesamte franquistische Verwaltungspersonal [auch im Polizei- und Militärapparat] unbehelligt in den Ämtern blieb.

Zögerliche Versuche der Aufarbeitung

Ungeachtet der Weigerung des neuen politischen Systems, sich der Vergangenheit zu stellen, gab es bereits kurz nach Ende der franquistischen Diktatur erste Versuche im außerparlamentarischen Bereich, sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen und eine linke Erinnerungspolitik zu entwickeln. Nach der Aufhebung der Zensur begann zunächst auf zwei Ebenen eine öffentlichkeitswirksame Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, dies betraf den wissenschaftlichen sowie den kulturellen Bereich [hier insbesondere das oppositionelle Kino]. Beide Bereiche lieferten erste wichtige Beiträge zur Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Von der breiten Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet bemühten sich zu diesem Zeitpunkt auch linke Initiativen um die Schaffung einer Erinnerungspolitik: Sie begaben sich auf die Suche nach den Verschwundenen, sammelten Gelder für Mahnmale und forderten sogar vor den Wohnstätten mutmaßlicher Täter Gerechtigkeit.

Für eine Zäsur in der Entstehung einer linken Erinnerungspolitik zu diesem Zeitpunkt sorgte der Putschversuch von franquistischen Militärs im Jahre 1981. Wenngleich dieser nach wenigen Stunden scheiterte, verfehlte er seine Wirkung nicht, da er fast vierzig Jahre Diktatur und die mit ihr einhergehende massive Repression in den Erinnerungen neu aufleben ließ. Die Repression, die 1936 begonnen hatte und die nach dem franquistischen Sieg systematisch verfolgt wurde, hatte die Gesellschaft in einen kollektiven Schock- und Angstzustand versetzt, der lange einen breiten Widerstand gegen das System verhindert hatte. Wie nachhaltig diese Repression wirkte zeigte sich jetzt nach dem gescheiterten Militärputsch: Der linke Widerstand, der sich seit Ende der 1960er Jahre formiert hatte, wich der »Phase des desencanto« [Ernüchterung], welche sich durch eine erneute

Gesetz zur historischen Erinnerung

Am 27. Dezember 2007 trat das »Gesetz zur historischen Erinnerung« in Kraft. Es schreibt verschiedene Maßnahmen fest, die die Rehabilitierung der Opfer der Diktatur zum Ziel haben, darunter eine gegenüber bestehenden Regelungen verbesserte Hilfe für Opfer des Franquismus. Es sieht die Leistung höherer Rentenzahlungen und medizinischer Versorgung für Witwen und Waisen aus dem Spanischen Bürgerkrieg sowie Entschädigungen für Häftlinge

des Regimes für den erlittenen Freiheitsentzug vor. Außerdem enthält das Gesetz Bestimmungen zur Öffnung der historischen Archive und zur Exhumierung der Massengräber durch öffentliche Behörden, nicht nur durch private Einrichtungen, wie es in der Vergangenheit üblich war. Auch sollen die immer noch zahlreichen Symbole des Franquismus aus der Öffentlichkeit verbannt sowie die nach Franquisten benannten Plätze und Straßen umbenannt werden.

politische Apathie der breiten Gesellschaft auszeichnete. Auch die erinnerungspolitischen Initiativen verschwanden zu diesem Zeitpunkt.

Eine linke Erinnerungspolitik entsteht

Erst zwei Jahrzehnte später, Mitte der 1990er Jahre, entstanden verschiedene neue erinnerungspolitische Gruppen, die die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit zu ihrem Thema machten. Neben den Zeitzeugen selbst waren es in erster Linie deren Kinder, die sich für ein Andenken an die Geschichte ihrer Elterngeneration einsetzten. Allerdings wurde ihr Engagement lange Zeit von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. Es waren kleine Initiativen, Projekte, Vereine und Kollektive, die lokal in ihren Orten oder Stadtteilen versuchten die historischen Wahrheiten öffentlich zu machen, die linke Geschichte [wieder-]herzustellen, eine eigene Erinnerungskultur zu konstruieren und die Gerechtigkeit für die Opfer des Bürgerkrieges und Franquismus forderten. Dadurch sind in den letzten Jahren sehr unterschiedliche Projekte entstanden, die entsprechend verschiedene Ansatzpunkte und Schwerpunkte für ihre Arbeit gewählt haben. Das bedeutet aber nicht, dass die jeweiligen Gruppen nur in einem Segment tätig sind. Es gibt keine klaren Grenzen, sondern die Arbeit der verschiedenen Gruppen hat vielfältige Überschneidungen, wo die Gruppen sich häufig gegenseitig unterstützen. Ihre gegenwärtige Bedeutung für die Aufarbeitung der Historie erhalten sie somit im gemeinsamen Zusammenspiel, die einzelnen Projekte sind als Teile eines Ganzen zu betrachten. Und das ist auch eine Besonderheit der inzwischen existierenden erinnerungspolitischen Bewegung: wengleich sich alle Gruppen politisch in der Linken verorten, unterscheiden sie sich doch in ihren politischen Wurzeln. So sammelt sich innerhalb der Bewegung die Vielfalt linker Strömungen, die bereits während des Bürgerkrieges existierte. Während sich Anarchisten und Kommunisten in jener Zeit sogar bekämpften, existiert heute innerhalb der erinnerungspolitischen Gruppen ein linker pluralistischer Anspruch, der für die Zusammenarbeit mit anderen Gruppen entscheidend ist.

Jahrzehnte später – die Verbrechen dokumentieren

Die Aufarbeitung der franquistischen Verbrechen ist ein zentraler Aspekt der erinnerungspolitischen Initiativen. Es geht darum, das Ausmaß der Repression während

Kritik am Gesetz zur historischen Erinnerung

Auf den ersten Blick scheint das »Gesetz zur historischen Erinnerung« ein Fortschritt zu sein, die Probleme liegen zum Teil im Detail, denn Soll- und Kann-Bestimmungen prägen das Gesetz. So soll Institutionen mit der Streichung der Subventionen gedroht werden können, wenn sie sich der Beseitigung der Symbole des Franquismus verweigern. Und auch wenn alle Symbole beseitigt werden, verboten werden sie nicht. Zudem ist das »Valle de los Caídos« [Tal der Gefallenen] von den Maßnahmen ausgenommen. Einen weiteren Aspekt stellen die Unrechtsurteile dar, die nicht annulliert, sondern nur als »illegitim«

des Franquismus zu dokumentieren und öffentlich zu machen. Verschiedenste lokale Gruppen haben begonnen, die Geschichte des eigenen Ortes, des Stadtteils, der Stadt oder gar einer ganzen Region aufzuarbeiten. Es gilt die blinden Flecken der Verbrechen sichtbar zu machen. In lokalen bzw. regionalen Studien zeigen sie die multiplen Formen der Repression auf: Systematische staatliche Repression wie Verfolgung, Haft, Zwangsarbeit, Folter, Mord und erzwungenes Exil, die Männer und Frauen gleichermaßen traf und deren Opfer häufig auch Kinder waren. Hinzu kam die ökonomische, soziale und kulturelle Ausgrenzung, die viele republikanische Familien erfahren mussten. Die bereits erschienenen Studien bieten auch einen Einblick in das Universum der franquistischen Haftanstalten, dessen zentrales Ziel es war die Menschen zu brechen und umzuformen. Insgesamt 900 Haftanstalten unterschiedlichen Typs bildeten die Grundlage der in Stein gegossenen Repression: »194 Konzentrationslager, 217 Zwangsarbeiterbataillone, 87 Disziplinarbataillone, 200 Gefängnisse...«*

Wichtiger Bestandteil für ihre Forschungsarbeit war, sich mit Nachdruck für die Öffnung aller Archive einzusetzen. Denn der Zugang zu den meisten Militärarchiven, fast allen Archiven der katholischen Kirche sowie zum Archiv der Francisco-Franco-Stiftung war für die Forschung und Öffentlichkeit verschlossen. Der entsprechende Gesetzesbeschluss im Rahmen des Gesetzes zur historischen Erinnerung stellt einen Teilerfolg da. Er soll den Zugang zu einigen dieser Archive erleichtern.

* Walther Bernecker, Sören Brinkmann, Kampf der Erinnerungen: Der spanische Bürgerkrieg in Politik und Gesellschaft, 2006, S. 113.

Die Suche nach den Verschwundenen

Teil der Aufarbeitung der Repression ist die Suche nach den »desaparecidos« [Verschwundenen]. Auf 90.000 bis 180.000 schätzen Historiker die Anzahl der Menschen, die von Franquisten festgenommen, ermordet und in anonymen Massengräbern, in Straßengräben, auf Feldern, im Wald oder an den Friedhofsmauern verscharrt wurden. Die Suche nach den Verschwundenen ist das zentrale Themenfeld für viele erinnerungspolitische Gruppen. Mit dieser Arbeit ist ihnen eine außerordentliche mediale Präsenz gelungen, die das Interesse einer breiten Öffentlichkeit an dem Thema geweckt hat. Seit der ersten Exhumierung im Jahre 2001 ist es landesweit zu einem Erinnerungsboom gekommen: Eine Vielzahl neuer Gruppen ist entstanden, medial wurde es zu einem zentralen Thema und auch auf parlamentarischer Ebene konnte die Auseinandersetzung mit der Historie nicht weiter ignoriert

bezeichnet werden. Auch die Entschädigung steht nur denjenigen zu, die ein rechtliches Urteil gegen sich oder ihre Angehörigen nachweisen können. Ausgeschlossen sind die Opfer, die außergerichtlich von den Falangisten ermordet, gefoltert, vergewaltigt oder inhaftiert wurden. Weiter sieht das Gesetz nicht vor, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen oder die Verfolgten für ihr vom Staat enteignetes Vermögen zu entschädigen. Schließlich missachtet das Gesetz sogar die wichtigste Empfehlung des Europaparlaments, eine Wahrheitskommission einzurichten.

werden. Es zeigte sich, dass ein großer Teil der Angehörigen von Verschwundenen das tiefe Bedürfnis hatten, ihre Angehörigen zu finden, zu exhumieren und für sie eine angemessene Grabstätte zu schaffen. In vielen Fällen kennen die Familienangehörigen den Ort, an dem die Opfer vergraben worden sind. Aus Angst vor Repression und Ausgrenzung schwiegen sie jedoch Jahrzehnte lang darüber.

Die Vorarbeit zur Suche nach den anonymen Massengräbern leisten die erinnerungspolitischen Gruppen durch intensive Recherchen, zu deren wichtigsten Quellen Zeitzeugenbefragungen gehören. Die Exhumierung erfolgt dann durch Archäologen und Gerichtsmediziner, die von Freiwilligen der Gruppen unterstützt werden. Durch eine anschließende DNA-Analyse wird versucht, die Personen zu identifizieren. Anschließend werden die sterblichen Überreste den Angehörigen zur Bestattung übergeben.

Die franquistische Erinnerungskultur entfernen

Neben der Aufarbeitung der franquistischen Verbrechen wurde ein anderer Aspekt zum zentralen Thema für die erinnerungspolitischen Initiativen: der fortwährende Bestand der franquistischen erinnerungspolitischen Landschaft auf der iberischen Halbinsel.

Denn nach dem Ende des spanischen Bürgerkrieges wurde mit einem immensen Aufwand seitens der Franquisten ein Totenkult für die »nationalen Gefallenen« betrieben, der »glorreiche Sieg« über die Republikaner propagiert und auch ein übersteigerter Führerkult kultiviert. Ausdruck fand der nahezu inflationäre Totenkult in fast allen Gotteshäusern und auf örtlichen Ehrenmalen, wo sich auf entsprechenden Plaketten die Inschrift findet: »Gefallen für Gott und fürs Vaterland«. Weiter wurde eine Vielzahl von Erinnerungsorten für Franco und seine wichtigsten Unterstützer geschaffen: Zahlreiche Monumente und Denkmäler sowie die Namen vieler Straßen und Plätze zeugen davon und dies nicht nur in den spanischen Großstädten, sondern auch in fast jeder kleinen Ortschaft.

Obwohl bereits 1981 ein Gesetz erlassen worden war, das eine Entfernung der franquistischen Symbolik bis zum Ende des Jahres 1984 vorsah, wurde es jahrelang praktisch nicht umgesetzt. Entsprechend begriffen viele Initiativen die fortwährende Präsenz von franquistischen Symbolen als Teil der fehlenden Auseinandersetzung.

Asociación para la recuperación de la memoria histórica [ARMH]

Die »Asociación para la recuperación de la memoria histórica« [ARMH] – Verein zur Wiedergewinnung der Geschichte, entstand im Jahre 2001 vor dem Hintergrund der ersten öffentlichen Exhumierung eines Massengrabes von Verschwundenen. Erfolgt war die Exhumierung auf Privatinitiative des Journalisten Emilio Silva, der auf der Suche nach seinem Großvater war. Emilio Silva erhielt danach jedoch so viele Zuschriften, dass er beschloss, gemeinsam mit Freunden einen Verein in Madrid zu

gründen, der sich dem Thema annahm. Inzwischen sind eine Vielzahl weiterer lokaler ARMH-Gruppen entstanden, die landesweit miteinander vernetzt sind. Ihr zentraler Fokus richtet sich auf die Verschwundenen; bis Ende 2006 haben sie die sterblichen Überreste von fast 551 Personen aus insgesamt 73 anonymen Massengräbern geborgen und teilweise identifiziert.

www.memoriahistorica.org

Die meisten Initiativen sprachen sich für eine konsequente Entfernung der franquistischen Symbole aus. Die Ideen, was mit den Symbolen passieren sollte, waren sehr unterschiedlich: Einige forderten, dass diese auf den Müllhaufen der Geschichte geworfen werden sollten. Andere wollten, dass die Symbole in Museen ausgestellt und erklärt werden. Nur wenige Initiativen sprachen sich dafür aus, die Symbole an ihren Orten zu erhalten und mit kritischen Anmerkungen auszustatten.

Eine Erneuerung der konsequenten Entfernung aller franquistischen Symbole schreibt das »Gesetz zur historischen Erinnerung« fest. Dennoch wird von einzelnen Kommunen die Entfernung der Symbole verschleppt. Vor diesem Hintergrund sprechen sich immer mehr Initiativen dafür aus, dass die Bevölkerung die Entfernung der Symboliken selbst in die Hand nehmen solle. Im Rahmen öffentlicher Aktionen seitens der erinnerungspolitischen Gruppen legen diese jetzt selbst Hand an bei der Entfernung franquistischer Straßen- und Platzschilder sowie Plaketten. Mitunter entfernen Nachbarn und Bewohner auch ohne großes Aufsehen die Symbole von ihren Häusern.

Aneignung der linken Geschichte

Die Rückbesinnung und die Dokumentation der linken Historie und die Erinnerung an diese stellen einen wichtigen Bestandteil der gegenwärtigen Arbeit dar. Es gilt, die linke Geschichte wieder ins Blickfeld der Öffentlichkeit zu rücken. Dabei werden verschiedene Formen der Erinnerungspolitik verfolgt.

Ein Aspekt ist es, im Gegenzug zu den existierenden franquistischen Denkmälern eine eigene linke Erinnerungslandschaft zu schaffen. Selbst in kleinen Orten entstehen so Denkmäler, die an die gefallenen Republikaner erinnern bzw. die noch Lebenden für ihren Einsatz für die II. Spanische Republik ehren. Oder es entstehen etwas abseits an den Orten des Verbrechens wie den Konzentrationslagern oder den Bauten der Zwangsarbeiter Monumente, die an die Opfer der franquistischen Repression erinnern. Die Schaffung dieser Erinnerungsorte ist verbunden mit einer Hommage an die eigenen Helden und Opfer. So werden zur Einweihung eben dieser Orte die Zeitzeugen und ihre Angehörigen eingeladen. In einem Festakt wird den Lebenden gedankt und Toten gedacht. Für viele derjenigen, die für ihre linke Überzeugung ihr Leben riskierten und häufig verloren haben, kommt diese Ehrung

Memoria Libertaria

Unter dem Titel »memoria libertaria« treten verschiedene lokale Arbeitsgruppen der CGT landesweit auf. Ihr Anliegen ist die geschichtspolitische Aufarbeitung der Vergangenheit. So bemühen sie sich seit Jahren darum, die Verbrechen des Franquismus und den Widerstand zu dokumentieren. Sie haben bereits eine Vielzahl von wissenschaftlichen Studien und Biographien zu dem Thema herausgegeben. Eine der wichtigsten Studien ist »El canal de los presos«, die den Bau eines 150 km langen Kanal durch 10.000 Zwangsarbeiter

thematisiert. Eines der ambitioniertesten Projekte der Arbeitsgruppen ist die Mitarbeit an der Internetseite www.todoslosnombres.org, eine Datenbasis für die Opfer des Franquismus in Andalusien.

Wichtiger Aspekt ihrer Arbeit ist die Schaffung einer Erinnerungskultur. Eine Vielzahl von Ausstellungen sind hier entstanden, die besonders die eigene Widerstandsgeschichte darstellen. Auch beteiligten sie sich an der Entstehung eines Denkmals in Bilbao für die verschiedenen baskischen Bataillone. www.memorialibertaria.org

zu spät. Für die noch Lebenden ist es eine späte, aber dennoch notwendige Anerkennung ihrer Taten. Auch medial wird diese späte Anerkennung wahrgenommen und verbreitet.

Ein wichtiger Aspekt, der zur Verbreitung der linken Geschichtsschreibung beiträgt, ist die Zusammenstellung von Ausstellungen. So sind in den letzten Jahren im Rahmen der erinnerungspolitischen Arbeit eine Vielzahl von Ausstellungen entstanden. Die Ausstellungsinhalte spiegeln die verschiedenen Facetten der Historie von der II. Republik bis zur liberal-parlamentarische Monarchie wieder. Im Fokus stehen die Themen Repression und Widerstand. Mittels pädagogisch-didaktischer Ausstellungskonzepte richten sich die Ausstellungen vor allem auch an das jüngere Publikum. Gerade den Enkeln und Urenkelkindern der Zeitzeugen sollen die linken Kämpfe jener Zeit nahe gebracht werden, aber auch die schrecklichen Verbrechen nicht vorenthalten werden. Es ist der Teil der Geschichte, der bis heute nicht oder nur rudimentär in den Lehrplänen und in den Schulbüchern Erwähnung findet.

Vor dem Hintergrund des Sterbens der Zeitzeugengeneration ist damit begonnen worden, deren Erinnerungen in Form von Videointerviews zu speichern und sie als einen wichtigen Bestandteil der eigenen Geschichte wahrzunehmen. Nur wenigen Zeitzeugen ist es aufgrund des fortgeschrittenen Alters heute noch möglich, im Rahmen von Veranstaltungen ihre Lebensgeschichten zu erzählen. Dadurch, dass viele Archive nach wie vor verschlossen sind und die wissenschaftliche Aufarbeitung der Historie insbesondere des Franquismus erst am Beginn steht, sind die Berichte der Zeitzeugen als besondere Quellen innerhalb der Erinnerungsgeschichte anzusehen. Um sich der Geschichte in all ihren Dimensionen annähern zu können, ist es notwendig, bewusst auch subjektive Elemente und Informationen mit aufzunehmen. Denn *»weder Buch noch Film können die Möglichkeit ersetzen, Zeitzeugen mit ihrer persönlichen Gestik, Mimik und ihrem Sprachduktus dabei zu betrachten, wie sie die Geschichte ihres Widerstandes und der unabhängigen Entscheidungen, ihn zu leisten, erzählen.«** Und so tragen die Stimmen der Zeitzeugen dazu bei, ein umfassendes Verständnis für die Zeit des Bürgerkrieges und des Franquismus zu erreichen.

* Steffen Kreuzer/ Sophia Schmitz, ERA – European Resistance Archive, in: Thomas Flierl, Elfriede Müller [Hg.], Vom kritischen Gebrauch der Erinnerung, Berlin 2009

Foro por la memoria

Insbesondere das landesweit in lokalen Gruppen agierende »Foro por la memoria« – Forum für die Erinnerung – hat die Entfernung franquistischer Symbolik zu seinem Thema gemacht. Das Foro por la memoria war zu Gründungsbeginn eng an die PCE [Partido Comunista Española] – also an die spanische Kommunistische Partei – gebunden. Dadurch unterschied sich das Foro von allen anderen zivilgesellschaftlichen Initiativen. Im Jahr 2005 spaltete sich das Foro: während die einen sich weiter parteipolitisch banden, öffnete

sich der andere Flügel für linke Personen aller Strömungen. Ein Schwerpunkt beider Gruppen liegt auf der Dokumentation der fortwährenden Präsenz von franquistischen Symbolen auf ihren Internetseiten. Derzeit dokumentiert die »Federación Estatal de Foros por la memoria« 675 franquistische Symbole in 50 Städten.

www.foroporlamemoria.info
www.foroporlamemoria.es

Der Kampf um die linke Erinnerung hat begonnen...

Die Vielzahl der Arbeiten der erinnerungspolitischen Bewegung, die in den letzten 15 Jahren entstanden sind, haben ihre Spuren in der öffentlichen Wahrnehmung der Vergangenheit hinterlassen. Es ist ihnen zu verdanken, dass der Pakt des Schweigens aufgebrochen wurde und die Aufarbeitung der jüngsten Historie auf der politischen Agenda steht. Wenngleich die Erfolge ihrer Arbeit nur schwer zu messen sind, zeigen das öffentliche Interesse und die parlamentarischen Zugeständnisse insbesondere in Form des Gesetzes zur historischen Erinnerung, dass ihre Arbeit Früchte trägt. Allerdings ersetzen diese Zugeständnisse nicht die Arbeit der erinnerungspolitischen Gruppen. Denn das neue Gesetz stellt aus Sicht der erinnerungspolitischen Gruppen nur eine absolute »Lightversion« ihrer Forderungen dar und seine konkrete Umsetzung lässt mancherorts auf sich warten. Auch der gescheiterte Vorstoß des Untersuchungsrichters Garzón, die Verantwortlichen für Ausgrenzung, Haft, Zwangsarbeit, Folter und Mord zur Rechenschaft zu ziehen, zeigt die Grenzen der staatlichen Aufarbeitung der Vergangenheit. Eine Aneignung der linken Geschichte wird nur durch diejenigen geleistet, die ein ernstzunehmendes Interesse daran haben und das ist die erinnerungspolitische Bewegung selbst. Nur sie kann zu einer weiteren Verschiebung des erinnerungspolitischen Koordinatenkreuzes in der spanischen Gesellschaft beitragen und den Raum für Wahrheit und Gerechtigkeit, d.h. für die Anerkennung der linken Geschichte, der Erinnerung und Achtung der Opfer schaffen. ▲

venceremos

61

»guernica-bild«
von picasso

hergestellt
aus kacheln
von einem
baskischen
handwerks-
betrieb
in guernica



Interview
mit

Xavi Sarrià

Sänger und

Texter der

Band

»Obrint Pas«

aus València

»auf eigene faust unsere geschichte aneignen«

[alb]: Seit einigen Jahren gibt es in Spanien eine öffentliche Diskussion über die Zeit des Spanischen Bürgerkrieges. Wie beurteilst du den Charakter des öffentlichen »Krieges« über die Interpretationshoheit der Geschichte? In welche Richtung hat sich das »offizielle Erinnern« entwickelt?

Xavi Sarrià: Wir sind gegen diese Art von öffentlichem Diskurs, wie sie die sozialdemokratische Regierung [PSOE] und die parlamentarische Opposition der Konservativen [PP] führt. Laut ihrer Lesart gab es zwei Seiten, die beide Verlierer des Krieges waren. Es ist klar, dass alle litten, aber es gab eine Seite, unsere nämlich, die 40 Jahre durch Repression des faschistischen Regimes niedergeworfen, verfolgt, vernichtet und gedemütigt wurde.

Ein Regime – erinnern wir uns –, welches in der Zeit des Überganges [»Transición«] in den 1970er Jahren nicht abgeschafft oder »reformiert« wurde, sondern verschiedene funktionierende Strukturen der alten Macht konservierte. Das ist das große Übel, das fortbesteht in der jetzigen spanischen »Demokratie«: man verankerte am Grunde der Gesellschaft Politik und Gräueltaten eines Regimes, welches niemals verurteilt wurde.

In diesem Sinne lehnen wir das »Ley de Memoria Histórica« [Gesetz der historischen Erinnerung] ab und klagen es offen an; erstens, weil es beschämend ist, dass 30 Jahre »Demokratie« vergehen mussten, um ein Gesetz der historischen Wiedergutmachung zu verabschieden; zweitens, weil hier die Sieger und Besiegten auf eine Stufe gestellt werden, vergessend, dass erstere eine Politik der Vernichtung an den zweiten etablierten; drittens, weil man sich darauf beschränkt, Symbole in unseren Straßen zu entfernen [30 Jahre nachdem tausende von Straßen- und Plätzenamen ebenso wie Statuen und Monumente zu Ehren von Franco im gesamten Staat Platz hatten] und nicht die Kriminellen und Kollaborateure des faschistischen Regimes [öffentlich] verurteilt werden.

geschichte wiedererlangen

RECUPERAR HISTORIA

[alb]: Von außen betrachtet hat man den Eindruck, dass eine großer Teil der Gesellschaft das »große Schweigen« über das Thema bevorzugt; vor allem, was die Verantwortung der Rechten während des Franco-Faschismus und der Zeit der »Transición« angeht. Warum, denkst du, gibt es so starke Tendenzen, die Geschichte schweigend ad acta zu legen?

Xavi Sarriá: Weil wir in einem Staat leben, der aktiv Erinnerungslosigkeit vor sich her trägt. Das heißt konkret, alles in Schweigen zu hüllen und das Vergessen/Verdrängen der Staatspolitik. Nur so ist die beschämende Position der Rechten und ihrer Verbündeten in Kirche, öffentlichen Medien und der Armee gegen die humanitären Aktivitäten zu erklären, wie die Exhumierung Tausender aus Massengräbern, wie sie heute noch im ganzen Land existieren. Diese extreme Position der spanischen Rechten begünstigt einen beschämenden Pakt des Staates in der Zeit des so genannten »Übergangs«, den wir heute noch bezahlen.

[alb]: Als kulturpolitische Band handeln die Texte von Obrint Pas oft von Widerstand und Geschichte. Wie ist euer Bezug zu jener Zeit, zu ihrem Ausdruck des Widerstandes? Ich meine damit konkret euren Bezug auf den Widerstand unter dem Franquismus, aber auch in der Zeit der »Transición«. Zum Beispiel das Verhältnis zu den »Maquis«; ist das heute prägend für das Selbstverständnis linker/linksradikaler AktivistInnen?

Xavi Sarriá: Die Rückeroberung und Wiederentdeckung unserer geschichtlichen Tradition des Kampfes und des Widerstandes ist fundamental für uns. Man muss verstehen, dass im spanischen Staat – wie ich es euch zuvor erklärt habe – das [aktive] Vergessen eine sehr mächtige Waffe ist, mit der auch heute noch bewusst von den Herrschenden hantiert wird. Beispielsweise ist es beschämend, dass es im spanischen Staat keine Museen über den faschistischen Terror gibt und dass es keine pädagogischen Konzepte für junge Menschen gibt, um den heldenhaften Kampf unserer Großeltern vermittelt zu bekommen oder die schlimme Repression, die sie erleiden mussten, zu thematisieren.

Viele von uns mussten sich auf eigene Faust Geschichte aneignen, um zu entdecken, dass es auch hier hunderte von Konzentrationslagern gab, großangelegte Erschießungen oder Versklavung [zur Zwangsarbeit] von politischen

Häftlingen. Und sprechen wir nicht vom Drama abertausender ExilantInnen, die später im Kampf gegen die Nazis in ganz Europa fielen. All das wird weder im Fernsehen erklärt noch in der Schule. Deshalb ist es unverzichtbar, dass wir selbst das historische Erbe wiedererlangen müssen. Nur so kann man die Natur unseres Feindes verstehen und aus den Fehlern lernen, die uns zu Besiegten hat werden lassen.

[alb]: Gibt es in València Aktionen, um in den öffentlichen Streit um die Erinnerung zu intervenieren?

Xavi Sarrià: València ist ein deutliches Beispiel der ganzen Barbareien, die die spanische Rechte weiterhin gegen unsere Erinnerung verübt. Man muss begreifen, dass València die letzte Provinzhauptstadt der Republik war [die gefallen ist] und eine derjenigen, die am härtesten durch die anschließende faschistische

Repression »abgestraft« wurde. Man schätzt heutzutage, dass 26.000 Personen aufgrund des entfesselten Terrors der nationalen Truppen starben, als diese 1939 in die Stadt eindrangen. Die Mehrheit der Opfer sind immer noch in den immensen Massengräbern beerdigt, die [unbedacht] Teil des städtischen Friedhofs sind. Nun gut, in den letzten Jahren hat die Stadtregierung der Partido Popular [PP] versucht, die örtlichen Massengräber mit Zement zuzuschütten, um definitiv die Spuren der Massaker auszuradieren. Ziemlich deutlich! Zum Glück hat sich das »Forum der Erinnerung« gegründet, das es geschafft hat, diese neuere Offensive der Rechten gegen unsere Würde zu stoppen. ▲



xavi sarrià · sänger und texter der band »obrint pas« aus valencia
auftritt bei »move against g8« · 2. juni 2007 · rostock

»Nicht zu jung, um zu kämpfen.«

Josef Eisenbauer kämpfte zwei Jahre bei den Internationalen Brigaden in Spanien. Im Rahmen der Veranstaltungsreihe zum 70. Jahrestag des Kriegsendes besuchte er Mitte April 2009 Berlin und erzählte aus seinem bewegten Leben. Noch mit 92 Jahren leitet Eisenbauer Mal- und Zeichenkurse in seiner Heimatstadt Wien. Das Interview erschien erstmalig in der Zeitung »Neues Deutschland« vom 23. April 2009.

ND: Sie wurden vor einer Woche 92 Jahre alt – herzlichen Glückwunsch. Einen Tag später erzählten Sie Ihre Lebensgeschichte als Spanienkämpfer vor fast 400 Zuhörern in Berlin. Wie wurden Sie empfangen?

J. Eisenbauer: Für mich war es unbeschreiblich. Nie hätte ich erwartet, dass sich so viele Menschen für mich und meine Geschichte interessieren. Ich bin sehr herzlich aufgenommen worden. In Österreich habe ich auf Veranstaltungen gesprochen, wo nur fünf Leute kamen. In meinem Heimatland haben es linke Kräfte zur Zeit sehr schwer.

ND: Sie waren 19 Jahre alt, als Sie nach Spanien gingen – ohne militärische Ausbildung.

J. Eisenbauer: Mit zwei Kameraden bin ich im November 1936 nach Spanien aufgebrochen. Es war eine lange Odyssee, bis wir in Albacete, dem zentralen Sammelpunkt für Interbrigadisten, ankamen. In Wien hatten uns ältere Genossen von den Interbrigaden erzählt. Wir wollten dem Faschismus mit der Waffe in der Hand begegnen. Zu dieser Zeit hatte uns der Austrofaschismus alles genommen. Er hat uns unserer Jugend beraubt, indem er Lokale schließen, Vereine auflösen und Organisationen verbieten ließ. Ich war damals im Kommunistischen Jugendverband, und wir waren rot bis an die Zähne. In Paris gab es eine herbe Enttäuschung. Man hielt uns für zu jung, um in Spanien kämpfen zu dürfen. Als wir dann einem deutschen Genossen unsere österreichischen Reisepässe gaben, die er zur Rettung deutscher Antifaschisten gut gebrauchen konnte, ging alles ganz schnell.

venceremos

65

*Interview
mit*

Josef Eisenbauer
Österreichischer
Spanienkämpfer
1936-1939

ENTREVISTA

ND: Wie lief die Kommunikation unter den internationalen Freiwilligen?

J. Eisenbauer: Früh hatten wir unsere Dreiergruppe aufgelöst, damit wir schnell Spanisch lernten. Zunächst war es schwierig, aber es ging irgendwie. Größere Probleme hatten wir mit der Ausrüstung. Nach einer minimalen Ausbildung wurde ich zu meinem ersten Einsatz geschickt, mit Waffen aus dem 19. Jahrhundert.

Wir waren meist unterlegen und von einer 30-köpfigen Gruppen kamen oft nur drei oder vier Männer zurück. Dann erhielten wir ein schweres russisches Maschinengewehr. In einer Schlacht bei Guadalajara standen wir italienischen Soldaten gegenüber. Wir ließen sie dicht herankommen, um dann das Feuer zu eröffnen.



**joseph eisenbauer,
österreichischer
spanienkämpfer
am 24.4.2009 vor
dem denkmal der
spanienkämpfer in
berlin/volkspark
friedrichshain.**

ND: Klingt recht brutal...

J. Eisenbauer: Wir sind nach Spanien gegangen, um zu kämpfen. Die Internationalen Brigaden wurden immer dort eingesetzt, wo es brannte. Alle rechneten fest damit, nicht in ihre Heimat zurückzukehren.

ND: Innerhalb der Volksfront, in der sich Sozialdemokraten, Anarchisten und Kommunisten zusammengeschlossen hatten, gab es teilweise große Spannungen – bis zu Kämpfen untereinander. Wie haben Sie diese erlebt?

J. Eisenbauer: Davon habe ich nichts mitbekommen. Was mich und meine Kameraden interessierte, waren Frontberichte, wo der nächste Einsatz war und wie wir bessere Waffen bekommen könnten. Die Faschisten wurden durch Italien und Deutschland unterstützt. Uns unterstützte einzig die Sowjetunion. Allerdings kam viel Material nicht an, sondern wurde an der französischen Grenze abgefangen.

Ich bin sehr enttäuscht, dass uns die westlichen Staaten wie Großbritannien, Belgien, Frankreich oder die Niederlande nicht unterstützten. Später mussten sie dies mit einem harten Preis bezahlen: mit der Besetzung durch die Nazis.

ND: Wie endete der Krieg für Sie?

J. Eisenbauer: Nach zwei Jahren verließ ich verletzt Spanien. In einem französischen Lazarett wurde mir angeboten, in die Sowjetunion zu gehen. Dort wurde ich später aufgrund meiner Sprachgewandtheit als Dolmetscher eingesetzt. Als Politikommissar versuchte ich, Probleme zwischen deutschen Kriegsgefangenen und der Roten Armee zu löschen. Nach insgesamt zehn Jahren kam ich zurück nach Wien und arbeitete noch einige Jahre als Dolmetscher für die Rote Armee.

Ich traf auch meine beiden Freunde wieder, mit denen ich aufgebrochen war. Wie durch Zufall hatten wir drei überlebt. Nach dem Einsatz in den Internationalen Brigaden wurde einer ins KZ Dachau verschleppt, der andere hatte in der englischen Armee gekämpft. ▲

»Lebenslanger Kampf«

venceremos

68

Antonio Camargo Sancho/Ricard Vargas haben ihren Beitrag zum Sturz des Franco-Faschismus geleistet. Ihr Ziel: Überwindung des Kapitalismus. Der folgende Artikel erschien erstmals in der Tageszeitung »Junge Welt« am 6. Mai 2009.

Vor 70 Jahren endete der Spanische Bürgerkrieg mit einem Sieg reaktionärer Kräfte über die zweite spanische Republik. Doch der Widerstand gegen den faschistischen Diktator Franco hielt an. Zwei von jenen Menschen, die ihr Leben riskiert haben, um den Franquismus zu beenden, sind Antonio Camargo Sancho und Ricard Vargas, beide inzwischen 60 Jahre alt.

Der Katalane Ricard Vargas war geprägt von seiner Kindheit im Arbeiterviertel LeClot in Barcelona und der Geschichte seines Vaters, den er nie kennenlernte – weil der wenige Monate nach seiner Geburt an den Folgen der Internierung durch die Franco-Faschisten gestorben war. Von Anfang an war Ricards Kampf gegen den Franquismus auch einer gegen die Unterdrückung der katalanischen Kultur. Als Schlüsselerlebnis schildert er im Gespräch mit jW, wie ein Schulkamerad von seinem Lehrer verprügelt wurde, weil er den katalanischen Eigennamen eines Berges verwendete und nicht die vorgeschriebene spanische Bezeichnung. »*Wir standen damals alle auf und verteidigten ihn*«, erinnert sich Ricard Vargas.

Mit 14 nahm er das erste Mal an einer Demonstration teil. Gemeinsam mit Schulfreunden schloß er sich als 16jähriger den Arbeiterkommissionen (Comisiones Obreras, C.C.O.O.) an. Diese waren, anders als die C.C.O.O. heute, kein durchorganisierter Gewerkschaftsapparat, sondern lokale basisdemokratische Zusammenschlüsse.

Antonio Camargo Sancho entschied sich als 20jähriger, bei den C.C.O.O. in Madrid mitzuarbeiten. Auch seine Familie hatte im spanischen Bürgerkrieg gegen die Faschisten gekämpft. Nachdem er als Zehnjähriger von einem andalusischen Dorf nach Madrid gezogen war, begann seine Politisierung in einer Jesuitenschule. »*Unser Schulleiter sprach sich offen gegen das Franco-Regime aus. Er lehrte*

LUCHA PARA SIEMPRE

**VENCEREMOS
wir werden siegen**

**1939 | 2009
zum spanischen
bürgerkrieg und
seinen folgen**

Am 16./23./29. April 2009 fand die Veranstaltungsreihe »Venceremos« in Berlin statt. Initiiert wurde sie von der Antifaschistischen Linken Berlin [ALB], die eine Reihe von KooperationspartnerInnen gewinnen konnte, u.a. die Tageszeitungen »Junge Welt« und »Neues Deutschland« sowie die Gewerkschaften DGB-Jugend, IGM-Jugend und IG BAU Berlin und nicht zuletzt die »Kämpfer und Freunde der spanischen Republik« [KFSR] sowie die zahlreichen AutorInnen dieses Heftes.

Insgesamt kamen 700 BesucherInnen zu den drei Veranstaltungen (300/250/150), was – angesichts der be-

Werte der Solidarität und des Kampfes, vor allem Konfliktbereitschaft gegenüber dem Franquismus.« Mit seinem Einstieg in den Beruf trat er in die kommunistische Liga ein und gründete zusammen mit seinen Kollegen eine C.C.O.O. Allein der Kontakt zu Kollegen war damals derart gefährlich, daß sie sich dafür verummten mußten.

Vermummen mußte sich auch Ricard, denn der Arbeiterkampf in Barcelona setzte verstärkt auf direkte Aktionen. Im Vergleich zum Baskenland stand hier jedoch weniger die nationale Unabhängigkeit im Mittelpunkt. Die katalanische Widerstandsbewegung orientierte sich stark an der antikapitalistischen Tradition. Ricard schloß sich 1972 der Iberischen Befreiungsbewegung (Movimiento Iberico de Liberacion, MIL) an, deren Ziel es war, den Klassenkampf vor allem finanziell zu unterstützen. Die Gruppe organisierte mehrere Banküberfälle, um das »kapitalistisch enteignete Geld umzuverteilen«. Schwerpunkt der MIL war vor allem die politische Bildungsarbeit, etwa der Aufbau der Bibliothek »Mai 37«. Ein gefährliches Unterfangen im franquistischen Spanien. Bücher mußten in Frankreich gedruckt und über abenteuerliche Wege im Rucksack über die



ricard vargas
aus barcelona,
ehemaliger kämpfer
der MIL
am 23. april 2009
im festsaal in
kreuzberg 36/berlin.

scheidenen Mittel der Bewerbung – ein enormes Interesse an diesem Kapitel linker Geschichte und ZeitzeugInnen im Allgemeinen zeigt. Uns als ALB ging es um die Darstellung des internationalen antifaschistischen Kampfes einerseits sowie der Erkenntnis, dass die linke Geschichte und ihre Widersprüche mit uns und durch uns weitergegeben werden muss, damit sie nicht in die weißen Seiten des Geschichtsbuches verdrängt werden.

Wir bedanken uns bei allen ReferentInnen, dass wir teilhaben durften, an einigen Ausschnitten ihres Kampfes um Befreiung.

¡Venceremos!

Pyrenäen transportiert werden. Nachdem die MIL 1974 durch die Verhaftung und Hinrichtung von Salvador Puig Antich zerschlagen wurde, floh Ricard über Frankreich nach Italien.

In Madrid bekamen die Arbeiter von den Protesten in anderen Regionen Spaniens wenig mit. Vor allem der militante Protest wurde durch die gleichgeschalteten Medien auf die ETA reduziert, erinnert sich Antonio. Von der MIL haben die Menschen erst erfahren, als die Gruppe zerschlagen und dem MIL-Kämpfer Salvador der Prozeß gemacht wurde. Daraufhin gab es Solidaritätsaktionen.

Die letzten Jahre des Franco-Regimes waren für Antonio ausgefüllt mit politischer Arbeit und Aktionen. Genossen landeten damals wegen des Malens einer Parole an eine Wand für mehrere Jahre im Gefängnis. Wären sie als Widerständler enttarnt worden, hätte dies mindestens zehn Jahre Knast bedeutet.

Ricard kehrte bereits kurz nach seiner Flucht aus dem Exil zurück und leistete in autonomen Untergrundgruppen Widerstand. Sie konzentrierten sich auf gezielte Sabotageakte. »Wir kämpften vor allem für das Ende des Kapitalismus und für das Ende der Ausbeutung.« Ende 1974 wurde er festgenommen. Er erlebte neun Tage Isolationshaft und Folter und zwei Jahre Gefängnis, bis er 1976, im Jahr nach dem Tod Franco, im Zuge einer Amnestie entlassen wurde.

Beide setzten in die danach begonnene »Transicion« in Spanien große Hoffnungen: »Wir glaubten, daß nicht nur die Diktatur zu Ende gehen würde, sondern auch eine Revolution möglich war«, erinnert sich Ricard, »und der Gedanke, daß der Kapitalismus aufhören würde, erfüllte uns mit Hoffnung«. Auch heute sind die Männer nicht im Ruhestand. Antonio engagiert sich immer noch in der Gewerkschaft: »Ich kämpfe weiterhin, um diese kapitalistische Ausbeutung zu beenden, damit der Mensch frei sein wird«. ▲

antonio camargo sancho aus madrid, ehemaliger aktivist der unter dem franquismus illegalen c.c.o.o. am 23. april 2009 im festivalsaal in kreuzberg 36/berlin.



»Die Wunden wurden nie geschlossen...«

Empar Salvador ist Präsidentin des Fòrum per la memòria de País Valencià (Forum für die Erinnerung der Region Valencia). Am Rande der Veranstaltung »Post-Franquismus und die aktuelle Entwicklung der »Memoria Històrica« am 29. April 2009 in Berlin sprach die Politikwissenschaftlerin Silke Hünecke ausführlich mit der Aktivistin.

venceremos

71

»Ich komme aus der *Generation der Kinder des Schweigens*«, mit diesen Worten führte Empar Salvador in ihre eigene Geschichte ein. Ihr Vater – ein Anarchist – musste 1939, als Barcelona von den franquistischen Truppen eingenommen wurde, nach Frankreich fliehen. Vom französischen Internierungslager wurde er später nach Deutschland verschleppt und zur Zwangsarbeit gezwungen. Nach dem Zweiten Weltkrieg kehrte er illegal über die Pyrenäen nach Katalonien zurück. 1946 kam Empar zur Welt. In der Klandestinität lebend, versuchte die Familie sich durchzuschlagen. Während dieser Zeit wurde ihre Mutter immer wieder Opfer von Repression; Franquisten schoren ihr die Haare und zwangen sie Rizinusöl zu trinken. Schließlich erkrankte die Mutter schwer und die Familie war gezwungen, zu den Großeltern nach Valencia umzusiedeln. Als Empar sechs Jahre alt war, kamen Franquisten in ihr Haus und nahmen sie mit. Die Rechtsprechung des spanischen Faschismus sah vor, dass Kinder, die nicht gemäß franquistischer Vorstellungen erzogen wurden, ihren Familien entrissen werden konnten. Empar kam für drei Jahre in ein Nonnenkloster, dort wurden die Kinder gezwungen von früh bis spät zu arbeiten. Ihnen wurde weder lesen noch schreiben oder rechnen beigebracht. Statt Personen mit einem eigenen Namen wurden sie zu Objekten mit einer Nummer.

Als Empar aus dem Nonnenkloster entlassen wurde, konnte sie sich nicht mehr an ihren Namen und ihre Familie erinnern. Sie kam zurück in eine durch die Repression zerrüttete Familie, in der – analog zur gesellschaftlichen Situation – Geschwiegen und Vergessen werden sollte. Jahrzehnte später litt sie unter

LAS HERIDAS NO CUREN

immenser Traurigkeit, die sie sich nicht erklären konnte. Langsam begann sie den Ursachen auf den Grund zu gehen, was sie sehr aufwühlte.

Ihre persönliche Geschichte war Auslöser sich mit der lokalen Historie der Stadt Valencia in der Zeit des Bürgerkrieges bzw. des Franquismus auseinanderzusetzen. Wenngleich über 20 Jahre seit dem Ende der Diktatur vergangen waren, herrschte noch immer ein Pakt des Schweigens über die Verbrechen. Für Empar stellte sich der Pakt als ein Kompromiss dar, den die ehemaligen Bürgerkriegskontrahenten 1975 eingingen: Die linken Parteien verzichteten auf die Aufdeckung der Verbrechen und die Franquisten würden im Gegenzug den Demokratisierungsprozess unterstützen. Ein Kompromiss also, der insbesondere auf dem Rücken der Opfer ausgetragen wurde; hatten die Opfer doch lange gehofft,



empar salvador.
präsidentin des
»Fòrum per la
memòria de Pais
Valencià«.

dass mit Ende der Diktatur die Verantwortlichen endlich zur Rechenschaft gezogen würden. Jahrzehntlang hatten sie über ihre grausamen Erfahrungen geschwiegen aus Angst weiteren Repressalien ausgesetzt zu werden und nun wurden sie zum fortgesetzten Schweigen genötigt, damit – wie es hieß – »keine alten Wunden« aufgerissen würden und es zu einem neuen Konflikt kommen könne.

»Diese Wunden sind jedoch nie geschlossen worden«, so Empar. Nachdem ihre Versuche, bei Parteien und politischen Institutionen Unterstützung für ihr erinnerungspolitisches Anliegen zu gewinnen, scheiterten – da diese kein Interesse daran hatten, die Verbrechen der Vergangenheit aufzuarbeiten – gründete sie mit anderen Betroffenen das *Fòrum per la memòria de Pais Valencià*. Alle Vereinsmitglieder haben Ähnliches oder noch Schlimmeres erlebt.

Für Empar stehen dabei drei konkrete Aspekte in der politischen Arbeit im Vordergrund: Wahrheit, Gerechtigkeit und Reparation.

Um die Klärung von Wahrheit ging es im ersten Anliegen, dessen sich der Verein angenommen hat: Er stellte Nachforschungen an, was mit vielen tausend Flüchtlingen geschah, die in den Wirren des Bürgerkrieges nach Valencia geflohen waren – schließlich war Valencia eine der letzten Städte, die von den Franquisten eingenommen wurde. Auf der Suche nach den Flüchtlingsgeschichten stießen sie auf ein anonymes Massengrab, das sich am Rande eines Friedhofs befand.

Nach intensiver Recherchearbeit stellte der Verein seine Ergebnisse in einer umfangreichen Studie mit dem Titel »Der franquistische Genozid in Valencia. Die stillen Gräber des Friedhofs« vor. Hier finden sich auf mehr als 400 Seiten Namen und Daten von 24.600 Verschwundenen und deren offizielle Todesursache sowie der Ort, an dem sie offiziell starben, ebenso der Ort, an welchem sie im Massengrab verscharrt wurden. Neben dieser Arbeit ist ihr Verein auch Anlaufstelle von Angehörigen, die auf der Suche nach ihren Verschwundenen sind. Den Angehörigen wird Hilfe bei der Suche angeboten und Anwälte gestellt, die helfen sollen, die bürokratischen Hindernisse zu überwinden.

Als Teil der Wahrheitsfindung ist ein weiterer Ansatz, die Herstellung der Präsenz von Geschichte im öffentlichen Raum. Entsprechend stellen erinnerungskulturelle Maßnahmen einen wichtigen Teil der Arbeit des Vereins dar: Durch Gedenkveranstaltungen und die Schaffung von Erinnerungsorten hoffen sie die

Erinnerung an die Opfer der Verbrechen zu wahren. Konkret berichtet Empar u.a. über die Schaffung eines Erinnerungsortes in Paterna.

In einem Massenprozess wurden dort 5000 RepublikanerInnen zum Tode verurteilt und hingerichtet. Der Verein hat die Mauer, vor der die Hinrichtungen stattfanden, freigelegt und dort ein Monument errichtet. Zur Einweihung dieses Gedenkortes erschienen rund 1000 Personen aus dem Ort.

Unter dem Aspekt der Gerechtigkeit ist die juristische Aufarbeitung der Vergangenheit zu sehen, auf die der Verein sehr viel Wert legt: Beispielhaft dafür ist die Klage, die sie gemeinsam mit weiteren erinnerungspolitischen Vereinen eingereicht haben, in der sie versuchen, eine Einstufung der Verbrechen des Franquismus als Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu erwirken. Dies wäre ein wichtiger Schritt für eine weitere Strafverfolgung, denn wenn diese als Verbrechen gegen die Menschlichkeit anerkannt würden, würde es auch keine Verjährung mehr geben. Auch wenn Empar wenig optimistisch ist, dass dieses vor den spanischen Gerichten anerkannt wird, so ist dies jedoch die notwendige Verfahrensweise, um (bei einer möglichen Ablehnung) vor den Internationalen Gerichtshof ziehen zu können. In dem Zusammenhang stehend sieht sie auch ihre Anstrengungen Reparationszahlungen für die Opfer zu erreichen, ähnlich der Entschädigungen, zu der Deutschland verpflichtet wurde, an die Opfer des NS zu zahlen.

In diesem Zusammenhang äußert Empar auch harsche Kritik an dem 2006 in Spanien eingeführten Erinnerungsgesetzes. Obgleich dieses Entschädigungszahlungen für die Opfer vorsieht, so würden hier doch Opfer erster und zweiter Klasse geschaffen. Diejenigen, die Opfer im Zeitraum von 1936 – 1966 waren, erhalten weit weniger Geld, als diejenigen, die in dem Zeitraum von 1967 – 1975 Opfer waren. Dies könne, so Empar, zu einer Spaltung der Opfergruppe beitragen. Als Skandal betrachtet Empar auch, dass die franquistischen Urteile im Erinnerungsgesetz nicht annulliert, sondern nur als ungerecht und illegitim tituliert werden.

Eine klare Positionierung gegen den Franquismus und seine Verbrechen sieht Empar als dringend notwendig an. Die Verantwortlichen sollten endlich zur Rechenschaft gezogen werden. Selbst wenn es wie in Argentinien, Chile oder Paraguay zu zum Teil geringen Strafen und der Unterschlagung von einzelnen

Fällen kommen sollte, so würde dies trotzdem auf die Gesellschaft wirken. Die spanische Gesellschaft würde merken, dass solche Verbrechen bestraft würden – auch wenn es eine lange Zeit dauere. Eine Botschaft, die dazu beitragen könne, dass sich solche Verbrechen nicht wiederholen. ▲

venceremos

75



keine kopflastige sache:

entfernung der monumente und symbole, die den faschistischen teil der spanischen geschichte verherrlichen. diktator franco jetzt ohne kopf.

»auch ein verlorener kampf ist nicht vergebens. spätere generationen lernen daraus.«

Für die Linke weltweit stellte der Spanische Bürgerkrieg von Beginn an einen Referenzpunkt dar. Die Entschlossenheit und der persönliche Mut, den eben nicht nur Mitglieder linker Gruppierungen aufbrachten, suchten in dieser Zeit ihresgleichen. Auch Fotoaufnahmen des Spanischen Bürgerkrieges zeugen von der Begeisterung, die sich hier ausbreitete.

Vor diesem Hintergrund erklärt sich auch die starke internationale Anteilnahme, die von literarisch-publizistischer Seite bis zur persönlichen Unterstützung im Rahmen der Internationalen Brigaden reichte. Für uns als AntifaschistInnen ist es genau dieser internationale Charakter, der auf Seiten des Widerstandes im Spanischen Bürgerkrieg herausragt. Die Tatsache, dass in einer Epoche von zwei Weltkriegen die unterdrückten und entrechteten Teile der Bevölkerung sowie politische AktivistInnen praktisch zeigten, dass die Grenzen nicht zwischen Völkern, sondern zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern verläuft, ist zutiefst beeindruckend: dass sich Menschen eben nicht als Kanonenfutter in Kriegszeiten für die Interessen der Besitzenden auf das Schlachtfeld führen ließen. Im Gegenteil: zu erkennen, dass der Feind des Menschen derjenige ist, der Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus, Ungleichheit von Mann und Frau zur Herrschaftsgrundlage des Menschen über den Menschen macht.

Und dies vor dem Hintergrund der 1930er/40er Jahre, wo in ganz Europa faschistische Herrschaft als *eine* Option des Kapitalismus die politische Oberhand gewann. Getragen durch die Unterstützung und unter dem Beifall breiterer Teile der Bevölkerung[en], ohne dass sich ein ernsthafter und breiter Widerstand formierte. Genau in dieser Situation vollbringen Teile der spanischen Bevölkerung eine ungeheure Kraftanstrengung: Einerseits kämpfend [mit der Waffe in der Hand] gegen den aufkommenden Franquismus und seine faschistischen Verbündeten, andererseits die Produktionsmittel selbst in die abgearbeiteten Hände zu nehmen. Die unmittelbare Agrarreform, die Kollektivierungen der Betriebe, die Legalisierung von Abtreibung, die Volksversammlungen, die Internationalen Brigaden; alles bereits Zeichen einer anderen, einer egalitären Utopie von Gesellschaft. Einer gesellschaftlichen Idee, in der es um Bedürfnisproduktion statt Profite, um Selbstverwaltung statt um Fremdbestimmung, um Gleichheit von

ANTIFASCISTA
INTERNACIONALISTA
ANTICAPITALISTA

**Antifaschistische
Linke Berlin**

::[alb]::

März 2009

**Berlin/
Kreuzberg 36**

Mann und Frau statt um Herrschaft des einen Geschlechts über das andere geht. All diese Versuche basisdemokratischer Gesellschaftsideen weisen weit über einen Abwehrkampf gegen ein barbarisches System wie das des Faschismus hinaus. Das ist es, was uns als internationalistische AntifaschistInnen nicht nur zutiefst beeindruckt, sondern allen Respekt abfordert.

Aber der Spanische Bürgerkrieg zeigt ebenso das Scheitern der Linken an sich selbst. Die politischen Spannungen, die z.T. sogar in physische Auseinandersetzungen mündeten, spiegeln auch die Komplexität dieser aufgewühlten Epoche wider. So löst die Uneinigkeit im Vorgehen und das Gegeneinander der spanischen und internationalen Linken von damals bis heute heftige Kontroversen unter Linken aus.

Da der Spanische Bürgerkrieg ein wichtiger Bezugspunkt für die internationale Linke ist, ist es umso bitterer, dass die jahrzehntelange, systematische Unterdrückung der Linken und ihr schwieriger Widerstand während des Franquismus und der »transición« nur Wenigen präsent ist. Den blinden Flecken über die Verbrechen des Franquismus und dem Schattendasein des linken Widerstandes wollen wir mit dieser Broschüre und unserer Veranstaltungsreihe ein Stück entgegenreten.

Mit unserer Veranstaltungsreihe wollen wir denen das Wort überlassen, die unter dem Einsatz ihres Lebens gegen Faschismus und für eine gerechtere Welt gekämpft haben. Im Bewusstsein, dass wir die letzte Generation sein werden, die einen direkten Austausch mit den noch lebenden Kämpfern dieses antifaschistischen Widerstandes treten kann. Daher sehen wir es als unsere Aufgabe, die verschiedenen Facetten des Widerstandes zu bewahren und zu verteidigen und damit die sich für uns als Linke – aus den Erfahrungen von Krieg, Diktatur und dem Widerstand – ergebenden Bezüge aufzuzeigen. Es liegt auch an uns, das jahrzehntelange Scheitern einer Erinnerungspolitik von links zu beenden. Die bescheidene Aufarbeitung des internationalistischen, antifaschistischen Widerstandes in Form dieser Broschüre und der Veranstaltungsreihe soll ein Beitrag sein, unser Selbstverständnis als AntifaschistInnen historisch zu untermauern. Die [kritische] Aufarbeitung der Geschichte von links – speziell die des Widerstandes – kann auch für gegenwärtige sozial-politische Bewegungen inspirierend sein und Argumente liefern, ähnliche Fehler nicht zu wiederholen.

Hoch die internationale Solidarität – venceremos!



Hier findet ihr in alphabetischer Reihenfolge eine erläuternde Zusammenstellung von Abkürzungen, Begriffen, Organisationen und bedeutsamen Ereignissen rund um den Spanischen Bürgerkrieg und den Widerstand gegen den Franco-Faschismus.

Abraham-Lincoln-Brigade

Freiwilligenverband der Internationalen Brigaden aus den USA. Viele der rund 3.000 Freiwilligen waren zuvor in sozialistischen, kommunistischen oder anarchistischen Gruppen und Parteien aktiv und formten in Spanien Teil der XV. Brigade. Später engagierten sich viele von ihnen in Bewegungen gegen die imperialistische Außenpolitik der USA und die Kriege in Vietnam, Chile, Nicaragua und zuletzt im Irak.



Anarchismus

Die stärkste Kraft der spanischen ArbeiterInnenbewegung war lange Zeit der Anarchismus bzw. der Anarchosyndikalismus. Nach der Niederlage im Bürgerkrieg wurden AnarchistInnen im Inland jedoch von erbarmungsloser Verfolgung heimgesucht oder sie riefen sich im letztlich vergeblichen Guerillakampf auf. Durch die verheerende Repression gelang es auch nicht, die anarchistische Gewerkschaft CNT neu aufzubauen. Gleichzeitig sahen die AnarchistInnen die Mitarbeit in den legalen Strukturen des franquistischen Zwangssyndikats als Verrat an. So blieb die Stellung der AnarchistInnen in Spanien selbst schwach. Manche von ihnen arbeiteten aber durchaus in den ArbeiterInnenkommissionen mit, die durch ihren rätedemokratischen Ansatz nicht weit von libertären Organisierungsideen entfernt waren.

La Brigada Político-Social

Die »Politisch-soziale Brigade« war während des Franquismus eine gefürchtete Polizeieinheit, deren Aufgabe die Aufstandsbekämpfung war und die für ihre außerordentliche Brutalität bekannt war. Ihr Sitz an der Madrider »Puerta de Sol«, einem der zentralen Plätze der spanischen Hauptstadt, war ihr berühmtes Folterzentrum. Beispielhaft für die Brutalität dieser Polizeieinheit sind die Geschichten von Grimau und Ruano. Dorthin wurde 1962 der KP-Kader Julián Grimau gebracht, der schon im Bürgerkrieg gegen die Faschisten gekämpft hatte. Grimau wurde tagelang gefoltert und schließlich aus dem Fenster geworfen. Als er diesen Sturz überlebte, wurde er von einem franquistischen Sondergericht zum Tode verurteilt und später erschossen. 1969,

über das Land war gerade ein Ausnahmezustand verhängt worden, geriet der Student Enrique Ruano in die Fänge der Brigada Político-Social, nachdem er Flugblätter der verbotenen ArbeiterInnenkommissionen verteilt hatte. Enrique Ruano starb bei einem Sturz aus dem Fenster eines Polizeikommissariats. Offizielle Version: Selbstmord. Die Antifranquisten prangerten den Tod Ruanos sofort als Polizeimord an.

CC.OO. · Comisiones Obreras [Arbeiterkommissionen]

Die CC.OO. ist mit 1,2 Millionen Personen die mitgliederstärkste spanische Gewerkschaft. Sie steht der Kommunistischen Partei [PCE] nahe, agiert jedoch vollständig unabhängig und ist in ihrer Praxis sozialdemokratisch und staatstragend. CC.OO. hat ihren Ursprung in illegalen francokritischen Arbeiterversammlungen in den 1960er Jahren in Madrid, dem Baskenland, Katalonien und Asturien. Kurz vor Ende des Franquismus wurde die 10-köpfige CC.OO.-Führung inhaftiert und in einem Großprozess zu insgesamt 162 Jahren Haft verurteilt [»Proceso 1001«]. Arbeiterkommissionen wurden teilweise von der illegalisierten PCE initiiert. Aktive Mitglieder der CC.OO. wurden vom Franco-Staat verfolgt. Im Verlauf der Transición übernahm die PCE die Kontrolle über die meisten teilweise anarchistisch oder sozialistisch ausgerichteten und autonom agierenden Arbeiterkommissionen. 1977 wurden fünf Anwälte der CC.OO. von Rechtsextremisten bei einem Anschlag getötet.



demonstration der cc.oo. im jahr 1977

CEDA · Confederación Española de Derechas Autónomas [Spanische Konföderation der Autonomen Rechten]

Reaktionäre, mehrheitlich katholische Allianz der spanischen Rechten unter Führung Gil Robles, gegründet 1933. Die einflussreichste Bewegung innerhalb der CEDA war die Acción Popular [Volksaktion], ein aus rund 15 regionalen Parteien bestehendes Bündnis. CEDA plante die Machtübernahme als katholische Massenpartei und die Abschaffung der Demokratie.

CGT · Confederación General del Trabajo [Allgemeine Arbeiterkonföderation]

Die CGT ist mit 60.000 bis 90.000 Mitgliedern [Quelle: Wikipedia] derzeit die größte anarchistische Gewerkschaft weltweit. Gegründet als Abspaltung der CNT im Jahr 1979. Im Gegensatz zur CNT nimmt die CGT an Betriebsratswahlen teil und stellt in einzelnen Betrieben Vertrauensleute.

CNT · Confederación Nacional del Trabajo [Nationale Arbeitskonföderation]

Anarchistische Gewerkschaft in Spanien, gegründet 1911 in Barcelona. Mehrfach verboten wuchs die CNT bis 1937 mit 1,5 Millionen Mitgliedern



zur größten Gewerkschaft und überflügelte ihre sozialistische Konkurrenz der UGT. Sie verweigerte sich dem Wahlsystem und verhalf so indirekt rechten Parteien zur parlamentarischen Mehrheit und konnte sich sogar nur teilweise zur Volksfront durchringen. Während des Spanischen Bürgerkrieges übernahm sie zeitweise die Kontrolle über Katalonien und lieferte sich auch Kämpfe mit der spanischen KP [PCE]. Unter der Franco-Diktatur hart verfolgt gründete sie sich in den 1970er Jahren wieder, konnte jedoch nie an ihre Bedeutung anknüpfen. Als anarchistische Gewerkschaft ist heute einzig die CGT [eine Abspaltung der CNT] relevant.

Connolly-Brigade

Verband irischer Freiwilliger der XV. Internationalen Brigade, benannt nach dem marxistischen Gewerkschaftsführer James Connolly, der nach dem gescheiterten sozialistischen Osteraufstand von 1916 hingerichtet wurde. Die Mehrheit kam aus der irisch-republikanischen Bewegung, einige hatten zuvor in der IRA gekämpft. Rechtsextremisten aus Irland entsendeten ebenso Kräfte nach Spanien, die an der Seite Francos kämpften. In Irland hatte es in 1920/30er Jahren heftige Straßenkämpfe zwischen der IRA und den faschistischen »Blueshirts« gegeben. Daher zogen viele SozialistInnen und AnarchistInnen doppelt motiviert nach Spanien. Im Februar 2009 starb mit Bob Doyle im Alter von 93 Jahren der letzte irische Spanienkämpfer.



feierlichkeit für angehörige der connolly-brigade in irland

Cope

Konservativ-katholische Radiostation, gegründet während der Franco-Diktatur 1960. Cope ist heute einer der führenden Sender Spaniens. Eigentümer sind die Spanische Bischofskonferenz [50%] sowie der Jesuitenorden und der Dominikanerorden. Als einflussreicher Meinungsmacher nimmt Cope Einfluss auf Politik, Kultur und Gesellschaft.

División Azul [Blaue Division]

Spanischer Militärverband, gebildet im Juni 1941, der den Krieg der faschistischen deutschen Wehrmacht gegen die Sowjetunion unterstützte. Hauptmotiv der 17.000 Soldaten, darunter 600 Offiziere, war der Antikommunismus. Die »Blaue Division« war benannt nach der Farbe der blauen Hemden der Falange. Nach außenpolitischem Druck beorderte Franco die Division 1943 zurück nach Spanien. Viele Freiwillige zogen den Krieg gegen die Sowjetunion vor und gliederten sich teilweise in die Waffen-SS ein.

ETA: Euskadi Ta Askatasuna [Baskenland und Freiheit]

ETA ist eine 1959 gegründete Organisation, die bewaffnet für ein unabhängiges und sozialistisches Baskenland kämpft. Die Repression der Franco-Diktatur traf die baskischen Regionen besonders hart. Ihre Wurzeln hat ETA in der christlich-konservativen baskischen Nationalpartei [PNV], deren Führung ins Exil floh. Nach ersten bewaffneten Aktionen gegen den Franco-Staat wendet sich ETA kommunistischen und konfessionslosen Idealen zu. Bis Mitte der 1970er Jahre verübte ETA mehrere spektakuläre Aktionen gegen das Regime, darunter der tödliche Anschlag auf den Chef der berüchtigten Spezialpolizei von Donosti. Im Dezember 1973 tötete ETA den Militär und Politiker Carrero Blanco. Er galt als graue Eminenz des Franquismus und war kurz zuvor vom Diktator als Regierungschef eingesetzt worden. Im Zuge der transición und der beginnenden »Demokratie« spaltet sich ETA, ein Teil hält am bewaffneten Kampf fest. Ziele von Anschlägen sind Einrichtungen von Militär, Polizei und Guardia Civil sowie Wirtschafts- und Tourismuszentren, aber auch Politiker der regierenden Parteien. Unter der sozialdemokratischen Regierung Felipe Gonzalez' töteten 23 Personen, die der ETA zugerechnet werden. ETA verübt ihrerseits Anschläge, bei denen auch Zivilisten getötet werden.

Verschiedene Verhandlungsrunden für eine Beilegung des militärischen Konflikts zwischen ETA und der Regierung des spanischen Staates scheitern in den 1990er und 2000er Jahren entweder an der Ungeduld der ETA oder an der Weigerung der Regierung, Zugeständnisse zu machen.



venceremos
81

Falange / Falange-Española

Die Falange war und ist in Spanien eine ultranationalistische, faschistische und antikommunistische Bewegung. Gegründet im Jahr 1933 war sie Kern der Nationalen Bewegung [Movimiento Nacional], der Staatspartei des Franco-Regimes. Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Militär, Verwaltung und Justiz des heutigen Spaniens haben ihre Wurzeln in der Franco-Partei Falange, so etwa der ehemalige Präsident von Spanien José María Aznar von der konservativen Volkspartei [PP].

Heute gibt es in Spanien verschiedene Parteien mit der Bezeichnung Falange, die sich jeweils als Nachfolger der historischen Falange sehen. ETA verübte im Jahr 2006 einen Bombenanschlag auf ein Falange-Quartier in Santona.



die gleichen märsche, die gleichen fahnen, die gleichen grüße: anhänger der falange in spanien

FRAP - Frente Revolucionario Antifascista y Patriota [Antifaschistische Patriotische und Revolutionäre Front]

FRAP war eine revolutionäre kommunistische Organisation, die ab den 1970er Jahren bis 1978 in Spanien gegen den Franquismus kämpfte. Ihren Ursprung hat sie in kommunistischen Gruppen an den Universitäten von Madrid, Valencia und Barcelona. Die FRAP führte einen »revolutionären Kampf gegen Franquismus und Yankee-Imperialismus«, trat für Enteignungen ein und forderte eine demokratisch-föderale Republik. In der FRAP hatte sich die Kommunistische Partei Spaniens – marxistisch/leninistisch [PCE m/l] mit einem Dutzend kleinerer sozialistischer und kommunistischer Gruppen der Arbeiter-, Frauen-, Bauern- und Studierendenbewegung zusammengeschlossen. Die FRAP trägt Verantwortung für zahlreiche Angriffe auf Angehörige des Sicherheitsapparates der faschistischen Diktatur.



einsatz der guardia civil in
der franco-diktatur...

Guardia Civil

Spanischer Teilverband des Militärs, der auch Polizeiaufgaben übernimmt, darunter Zoll-, Flughafen-, Grenz- und Drogenkontrolle sowie Terror- und Spionageabwehr. Die bereits 1844 gegründete Guardia Civil untersteht dem Innen- sowie dem Verteidigungsministerium. Unter Franco war sie Instrument der politischen Unterdrückung. Auch nach dem Ende der Franco-Diktatur wurde das Personal nicht ausgewechselt. Offiziere der Guardia Civil führten



guardia civil heute

1982 einen Putschversuch im demokratisierten Spanien durch. Noch bis heute berichten politische Gefangene von Folter, sexualisierter Gewalt, Scheinhinrichtungen und Gewaltexzessen in Kasernen der Guardia Civil.

Hitler-Stalin-Pakt

Dieser auf zehn Jahre angelegte Vertrag vom 24. August 1939 wird auch als deutsch-sowjetischer Nichtangriffspakt bezeichnet. Die demoralisierenden Auswirkungen auf SpanienkämpferInnen waren erheblich, machte er doch deutlich, wie der z.T. harte Konflikt zwischen KP-treuen InterbrigadistInnen und beispielsweise POUM/AnarchistInnen einzuordnen war: auch in Spanien bestimmten aussenpolitische Manöver der Sowjetunion die Vorgehensweise. Neben der Unmöglichkeit, einerseits den antifaschistischen Kampf nur partiell zu unterstützen und andererseits mit Faschisten eine Pakt zu schließen, waren die manifesten Auswirkungen fatal: Polen und die Baltikumstaaten wurden faktisch aufgelöst und besetzt, Stalin erkaufte sich Zeit [zur Kriegsvorbereitung] und Nazi-Deutschland Ressourcen zur Kriegsvorbereitung und einen mächtigen Verbündeten gegen unentschlossen kalkulierende Westmächte wie Großbritannien, Frankreich und USA. Schon im September 1939 überfiel Deutschland Polen und brach 1941 mit dem Überfall auf

die Sowjetunion den Pakt. Erst 1989 wurden der Vertrag und seine Geheimabkommen für nichtig erklärt.

Klerikalfaschismus

In den 1930er Jahren wurde die ideologische Nähe und Zusammenarbeit von kirchlichen Amtsträgern mit faschistischen Bewegungen als Klerikalfaschismus bezeichnet. Der christliche Antisemitismus war wichtiges Bindeglied. Ähnliche Beispiele war das Hlinka-Regime [Slowakei], die Ustasa-Regierung [Kroatien], die Eiserne Garde [Rumänien] und der sog. Austrofaschismus [Österreich].

Legion Condor

Truppenverband der deutschen Wehrmacht aus Marine und Heer, jedoch mehrheitlich der Luftwaffe, die ab November 1936 den Krieg der Franco-Armee gegen die gewählte Regierung Spaniens unterstützte. Die Legion Condor griff in alle wichtigen Schlachten des Bürgerkrieges ein und ist vor allem durch die Zerstörung der baskischen Städte Gernika [26.4.1937] und einige Tage später Durango bekannt.



ns-parade für soldaten der legion-condor in berlin

MIL · Movimiento Ibérico de Liberación

[Iberische Befreiungsbewegung]

Diese vor allem in Katalonien operierende antifranquistische Widerstandsbewegung war zu Beginn der 1970er Jahre aktiv. Die MIL war in den »Grupos Autónomos de Combate« [Autonome Kampfgruppen] organisiert und verstand ihren [bewaffneten] Kampf als Werkzeug zur Befreiung der Arbeiterklasse vom Kapitalismus. Dazu raubte sie Banken aus und verteilte das Geld an Komitees streikender Arbeiter oder publizierte illegal Schriften gegen den Franco-Staat und den Kapitalismus. Die MIL wollte die Kämpfe der Arbeiter direkt unterstützen und attackierte daher im Gegensatz zu Guerillagruppen wie FRAP oder ETA keine Militär- oder Polizeiposten. Bekannteste Persönlichkeit der MIL ist der katalanische Anarchist Salvador Puig Antich, der im März 1974 in Barcelona hingerichtet wurde.



symbol der mil

Nicht-Einmischungs-Pakt

Dieser auch als Nichteinmischungskomitee bezeichnete Ausschuss sollte europäische Staaten daran hindern, auf einer Seite des Spanischen Bürgerkrieges einzuschreiten. Dem Ausschuss gehörten 27 Großmächte an, darunter auch die faschistischen Staaten Italien und das Deutsche Reich, welche ihren Verbündeten Franco massiv unterstützten. Die sozialistische Sowjetunion entsandte auch einen Vertreter in den Ausschuss, unterstützte ihrerseits aber später die Spanische Regierung. Andere Mächte wie Großbritan-

nien und Frankreich stellten sich nicht gegen den Militärputsch und förderten so den Sieg der Faschisten. Grund war wohl die Gegnerschaft zu den sozialistischen Tendenzen der Spanischen Republik.

Opus Dei

Auf Deutsch »Werk Gottes« oder »Gottes Werk«. Streng gläubige Gruppierung innerhalb der katholischen Kirche, gegründet 1928 in Madrid. Angehörige des Opus bekleideten Schlüsselpositionen im Franco-Faschismus. Später profitierten Opus-Firmen von der neoliberalen Öffnung des Regimes. Der sektenähnliche Elite-Bund betreibt in Iruña [Baskenland] eine private Universität nach »päpstlichen Recht« mit 15.000 Studierenden.

Opus Dei wird mit der organisierten Flucht von NS-Verbrechern über die »Rattenlinien« in Italien in Verbindung gebracht: Kroatische Ustascha-Faschisten sowie deutsche Nazis wie Klaus Barbie, Adolf Eichmann und Josef Mengele gelangten mit falschen Pässen und mit Startkapital ausgestattet über Italien [und z.T. Spanien] nach Argentinien bzw. Südamerika.

PCE - Partido Comunista de España [Spanische Kommunistische Partei]

1921 aus zwei kleineren Gruppierungen hervorgegangene Kommunistische Partei Spaniens, in der sich Ende der 1920er Jahre ein prosowjetischer, teilweise stalinistischer Kurs durchsetzte. Zunächst recht bedeutungslos, schloss sie sich mit anderen linken Kräften der Volksfront an und gewann am 16.2.1936 die Parlamentswahlen. Während des Spanischen Bürgerkriegs



die pce stand während des spanischen bürgerkrieges für einen stramm leninistischen kurs und sah ihre feinde auch auf seiten der anarchistinnen

ging die PCE zeitweise gewaltsam gegen die links-sozialistische POUM und AnarchistInnen vor. Vom Franco-Regime brutal verfolgt, gingen viele Funktionäre ins Exil in die Sowjetunion und kämpften innerhalb der Roten Armee gegen das faschistische Deutschland. Wenige Wochen nach der Legalisierung 1977 hatte sie wieder 300.000 Mitglieder. Die PCE hat enge Verbindungen zur Gewerkschaft CC.OO. Die PCE dominiert das 1986 gegründete Bündnis Izquierda Unida [Vereinigte Linke] und konnte trotz mehrerer Spaltungen bis Ende der 1990er bis zu 13 Prozent der Stimmen gewinnen. Im Jahr 2008 rutschte sie auf vier Prozent der Stimmen ab.

POUM - Partido Obrero de Unificación Marxista

[Arbeiterpartei der Marxistischen Einheit]

Kleine sozialistische/marxistische Arbeiterpartei, gegründet 1935. Die POUM pflegte enge Kontakte zur anarchistischen Massengewerkschaft CNT, war jedoch wesentlich kleiner. Hochburgen waren Katalonien, Valencia und Extremadura. Von der Kommunistischen Partei Spaniens [PCE] wurden ihre Mitglieder als »trotzkistische Verräter« diffamiert.



PSOE · Partido Socialista Obrero Español [Spanische Sozialistische Arbeiterpartei]

Spanische sozialdemokratische Partei, gegründet 1879. Seit deren Gründung 1888 eng mit der Gewerkschaft UGT verknüpft. Zwischen 1931 und 1933 Teil der links-liberalen Regierung der Zweiten Spanischen Republik und später Teil der Volksfront. Während des Spanischen Bürgerkrieges stellte sie den Präsidenten, bis die Partei 1939 verboten wurde und ins Exil ging. Mit der Legalisierung während der Transición in den 1970er Jahren legte sie ihre marxistischen Wurzeln ab und wuchs in den 1980er Jahren zur stärksten Partei. Der Innenminister unter der Regierung von Felipe Gonzales führte bis 1987 Todesschwadronen gegen die baskische Befreiungsbewegung an und diese töteten 28 Menschen. Seit 2004 ist José Luis Rodríguez Zapatero für die PSOE spanischer Ministerpräsident.

venceremos

85

Spanischer Staat

Die Mehrheit der Linken in Spanien verwendet die Bezeichnung Spanischer Staat [Estado Español]. Sie möchten damit die Kritik am derzeitigen Staat ausdrücken und lehnen das Konstrukt einer spanischen Nation ab. Grundlage ist die Überzeugung, dass es in Spanien verschiedene Bevölkerungsgruppen mit zum Teil mehr als zweitausendjähriger Sprach- und Kulturgeschichte gibt, wie etwa im Baskenland, Galizien, Andalusien oder Katalonien. Während der II. Spanischen Republik genossen diese Bevölkerungsgruppen bzw. Regionen umfassende Autonomie und Selbstbestimmung.

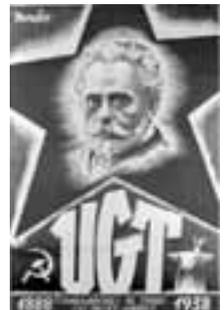
Thälmann-Bataillon

Freiwilligenverband bestehend aus rund 1.500 Deutschen, Österreichern und Schweizern. Neben einem Bataillon war die gesamte XI. Brigade nach dem 1933 verschleppten und 1944 im KZ-Oranienburg getöteten Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Deutschlands benannt. Andere Bataillone der XI. Brigade trugen die Namen von Etkar Andrés [KPD, Hamburg] oder Hans Beimler.

UGT: Unión General de Trabajadores

[Allgemeine Arbeiterunion]

Diese 1888 in Barcelona gegründete Gewerkschaft ist heute mit etwa 880.000 Personen zweitgrößte Interessenvertretung der arbeitenden Bevölkerung in Spanien nach den Arbeiterkommissionen [CC.OO.]. Ursprünglich mit einer marxistischen Ideologie gegründet, steht sie der sozialdemokratischen Partei PSOE nahe. Die UGT war in den 1930er Jahren stärkster Konkurrent der größten Gewerkschaft, der anarchistischen CNT. Die UGT unterstützte die Volksfrontregierung und Aktive der Gewerkschaft kämpften im Spanischen Bürgerkrieg gegen die Franco-Truppen. Tausende UGT-Funktionäre wurden inhaftiert, gefoltert und ermordet. Mit Beginn der Franco-Diktatur 1939 floh die UGT-Führung ins Exil. In einigen Betrieben arbeiteten zeitweise UGT-Komitees illegal weiter. 1977 wurde die Gewerkschaft wieder legalisiert.



literaturliste

venceremos

86

- Ahrens, Helmut / Degen, Hans: Widerstand in Spanien. Wandlungen in den Aktionsformen vom Bürgerkrieg bis zum Tode Francos, Verlag Büchse der Pandora [1977].
- Beevor, Antony: Der spanische Bürgerkrieg, Bertelsmann [2006].
- Bernecker, Walter/Brinkmann, Sören: Kampf der Erinnerungen, Graswurzel [2006].
- Bernecker, Walther L.: Krieg in Spanien 1936-1939, Wissenschaftliche Buchgesellschaft [2005].
- Bianchi, Vera: Feministinnen in der Revolution. Die Gruppe Mujeres Libres im Spanischen Bürgerkrieg.
- Bohl, Andreas: Revolution in Spanien, ab-Verlag [1988].
- Borkenau, Franz: Kampfplatz Spanien, Klett-Cotta [1988].
- Bredel, Willi: Spanienkrieg [2 Bände], Aufbau-Verlag [1977].
- Brenan, Gerald: Die Geschichte Spaniens, Karin Kramer [1978].
- Brenan, Gerald: Spanische Revolution, Karin Kramer [1973].
- Broue/Temine: Revolution und Krieg in Spanien [2 Bände], Suhrkamp [1987].
- Collado Seidel, Carlos: Der spanische Bürgerkrieg. Geschichte eines europäischen Konflikts, Becksche Reihe, [2006].
- Froidevaux, Alexandre: Erinnerungskultur ‚von unten‘ in Spanien. Eine Oral History-Untersuchung der recuperación de la memoria histórica in Valencia [2000-2005], [2007].
- Hoffmann, Gerhard: Barcelona-Gurs-Managua. Auf holprigen Strassen durch das 20. Jahrhundert, Karl Dietz Verlag [2009].
- Kantorowicz, Alfred: Spanisches Tagebuch, Aufbau-Verlag [1951].
- Kantorowicz, Alfred: Tschapajew – Das Bataillon der 21 Nationen, Greifenverlag [1950].
- Kirschey, Helmut: A las barricadas, Erinnerungen und Einsichten eines Antifaschisten, Achterland verlags compagne [2000].
- Lataster-Czisch, Petra [Hg. Eigentlich rede ich nicht gern über mich. Lebenserinnerungen von Frauen aus dem Spanischen Bürgerkrieg 1936-1939. Kiepenheuer [1990].
- Lustiger, Arno: Schalom Libertad! Juden im spanischen Bürgerkrieg, Aufbau Taschenbuch Verlag [2001].
- Maassen, Hans: Brigada International [2 Bände], Militärverlag der DDR [1974].
- Macher, Julia: Verdrängung um der Versöhnung willen. Die geschichtspolitische Auseinandersetzung mit Bürgerkrieg und Franco-Diktatur, Friedrich Ebert Stiftung [2002].
- Malraux, Andre: Die Hoffnung, Volk und Welt Verlag, [1986].
- Mühlen, Patrick von zur: Spanien war ihre Hoffnung, JHW Dietz Nachfahren [1981].
- Paz, Abel: Durrutti, Edition Nautilus, [1989].
- Regler, Gustav: Das große Beispiel, Kiepenheuer & Witsch [1976].
- Renn, Ludwig: Der spanische Krieg, Das neue Berlin, [2006].
- Rizy, Lisl / Weinert, Willi: „Bin ich ein guter Soldat und guter Genosse gewesen?“ Österreiche Kommunisten und Kommunistinnen im Spanischen Bürgerkrieg und danach, Sternverlag [2008].

- Saña, Heleno: Die libertäre Revolution.
Die Anarchisten im Spanischen
Bürgerkrieg,
Nautilus [2001].
- Schäfer, Max: Spanien, Verlag Marxistische
Blätter [1976].
- Schauff, Frank: Der spanische Bürgerkrieg,
Vanderhoeck & Ruprecht [2006].
- Souchy, Augustin: Nacht über Spanien,
Trotzdem [1992].
- Tellez, Antonjo: Sabatè. Stadtguerilla in
Spanien nach dem Bürgerkrieg
1945 – 1960, Trikont-Verlag [1974].
- Thomas, Hugh: Der Spanische Bürgerkrieg,
Büchergilde Gutenberg [1961].
- Tosstorff, Reiner: Die POUM in der spani-
schen Revolution,
Neuer ISP Verlag [2006].
- Uhl, Michael: Mythos Spanien,
JHW Dietz Nachfahren [2004].
- Weiss, Peter: Die Ästhetik des Wider-
stands, Suhrkamp [1975].
- Vilar, Pierre: Der Spanische Bürgerkrieg
1936-1939, Wagenbach [2001].
- Vossen, Ursula: Schatten der Erinnerung.
Film und Literatur im Spanien nach
Franco, Gardez! Verlag [2002].



SOLIDARITÄT MIT DEM BASKENLAND

Als am 26. April 1937 die Bombengeschwader der deutschen Legion Condor auf Wunsch Francos die baskische Stadt Gernika (span.: Guernica) zerstörten, zerstörten sie die Stadt, die das baskische Streben nach Freiheit und den Widerstand am Stärksten symbolisierte. Als Protest gegen dieses Verbrechen malte Pablo Picasso sein Bild »Guernica«.



Der spanisch-französisch-baskische Konflikt ist nicht gelöst. Immer noch verweigern Spanien und Frankreich der baskischen Bevölkerung das Recht, über ihre Zukunft selbst zu entscheiden.

In Spanien nutzen sie den Deckmantel des Antiterrorismuskampfes, um großen Teilen der baskischen Gesellschaft politische und demokratische Rechte zu entziehen. Polizeiwillkür, Massenverhaftungen, Parteienverbote und die Entrechtung der Gefangenen sind Teil dieser repressiven Politik.

Wir, **Euskal Herriaren Lagunak – Freundinnen und Freunde des Baskenlandes**, unterstützen das Recht der baskischen Bevölkerung auf Selbstbestimmung und die Forderung nach einer Lösung des Konflikts durch Dialog und politische Verhandlung aller Konfliktparteien.

 **EUSKAL HERRIAREN**
lagunak
freundinnen und freunde des baskenlands

www.info-baskenland.de
Mail: info@info-baskenland.de

Diese Zeit braucht diese Tageszeitung



Jetzt
3 Wochen gratis*



* 3-Wochen-Testabo bestellen über:

Tel. 0 30 / 53 63 55 50, Fax: 0 30 / 53 63 55 44 oder per E-Mail: abo@jungewelt.de



lichtung gnutheil

manche meinen erden
lechts und links
kann man nicht
verwechseln
werch ein illtum

manche meinen erden
rechts und links
kann man nicht
verwechseln
werch ein illtum

RED STUFF

T-SHIRTS ★ AUFKLEBER ★ UND MEHR



RED STUFF ★ BERLIN-KREUZBERG
WALDEMARSTRASSE 110 ★ U-GÖRLITZER BAHNHOF
WWW.ANTIFA-VERSAND.DE



»Er fragte, wie in diesem Land überhaupt je wieder Kultur entstehen könne und wies dann auf die Menschen hin, die sich widersetzt hatten. Kultur sei Widerstreit, sagte er, und Auflehnung. Zu messen sei die Stärke der Auflehnung am Grad der Unterdrückung. So lange der Wille zur Gegenwehr vorhanden sei, sei auch Kultur vorhanden. In Schweigen, in Anpassung schwinde die Kultur, gebe es nur noch Zeremoniell, Ritual. Auch wenn, bei der ungeheuren Übermacht, nur noch wenige Hunderte an ihrer Auflehnung festhielten, so beweise dies doch das Vorhandensein einer Kultur. Und wie hoch sei doch diese Haltung zu bewerten, angesichts der Ausrottungen, wie sie jetzt begangen würden [...].«

Peter Weiss | Die Ästhetik des Widerstandes
Dritter Band II